

Die innere Verwaltung
Badens unter Minister Bekk
in der vorn.ärzlichen Zeit

Marietheres Scholtissek

1959

Die innere Verwaltung Badens unter Minister Bekk
in der vormärzlichen Zeit

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Marietheres Scholtissek

Baden - Baden

Referent: Prof. Dr. Franz Schnabel

Korreferent: Prof. Dr. Johannes Spörl

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Februar 1959



I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Seite:

Einleitung	4
A <u>Die Kontroverse zwischen J.B.Bekk und Heinr.v.Andlaw:</u>	
I. <u>Bekks politische Anschauungen in seiner Schrift:</u>	
<u>"Die Bewegung in Baden"</u>	15
1) Die eine Staatsordnung formenden und ihr widerstrebenden Kräfte	15
2) Die Verantwortung der Regierung für die Förderung der Staatszwecke	19
3) Die Umgestaltung der Staatsordnung auf möglichst friedlichem Wege	22
4) Der Aufbau der Staatsverwaltung und Bekks Reformversuche	26
II. <u>Die Märzforderungen und die Reaktion der Regierung nach der oben genannten Schrift</u>	34
1) Die Petition der Mannheimer Versammlung vom 27. Februar 1848	34
2) Stellungnahme Bekks zu den einzelnen Petitionspunkten	35
III. <u>Die Entgegnungen des Freiherrn von Andlaw nach seiner Darstellung: "Aufruhr und Umsturz in Baden"</u>	43
1) Politische Anschauungen Andlaws im Gegensatz zu Bekk	44
2) Andlaws Kritik an den vormärzlichen Rechtszuständen und der Verwaltung	52
3) Das Verhalten der Regierung als Ursache zur Revolution von 1848/49	60
B <u>Bekks Haltung in den Verhandlungen der II. badischen Ständekammer von 1846:</u>	
I. <u>Der Zustand der badischen Presse und die Kammerverhandlungen über Pressefreiheit und Zensur von 1846 . .</u>	71

1) Charakterisierung der badischen Presseverhältnisse von 1846/47 mit Berufung auf Ludwig Häusser	71
2) Die Motionen auf Pressefreiheit der Abgeordneten Platz und Peter in der II. Ständekammer von 1846	77
3) Die Pressediskussion in der Kammer	81
II. <u>Bekks Stellungnahme gegenüber dem deutschen Bund</u> . . .	90
1) Das Problem des deutschen Bundes und Badens Sonderstellung	90
2) Kammerdiskussionen in bezug auf die Bundesfrage	92
3) Bekks Verteidigung der Regierungshaltung bezüglich des deutschen Bundes	93
III. <u>Kammerverhandlungen über die Deutschkatholiken</u> . . .	98
1) Motionsbegründung auf Religionsfreiheit des Abgeordneten Zittel	98
2) Aufstellung von Gefährdungspunkten bei Zulassung der deutsch-katholischen Kirche und ihre Widerlegung durch Zittel	101
3) Bassermanns Stellungnahme	103
4) Petitionen badischer Bürger auf Ablehnung der Deutschkatholiken	104
5) Bekks Vermittlerrolle in dem Dissidentenstreit.	105
IV. <u>Verhandlungen über die Verwaltung und ihre Maßnahmen</u> . . .	117
1) Allgemeiner einleitender Überblick über die bürokratische Verwaltung in Baden	117
2) Kammerdiskussionen betreffs der Verwaltung.	119
3) Bekks Antwort auf die Anklagen gegen die badische Regierung	123
C <u>Die Anlässe zum revolutionären Verhalten des badischen Volkes:</u>	127
I. <u>Die Armenunterstützung infolge der Teuerung von 1847</u>	
1) Die Mißernten von 1845/46 als Anlässe zum Ausbruch von Unruhen	127
2) Die Maßnahmen der Regierung zur Beseitigung der Not	128

3) Ergebnis und Folgen der Hilfsmaßnahmen durch die Regierung	136
II. <u>Presse- und Zensurwesen:</u>	139
1) Das Zensurwesen und die Vorwürfe gegenüber der Regierung	139
2) Beeinflussung der badischen Presse durch das Aus- land (Schweiz, Frankreich, Amerika)	140
3) Die Handhabung der Zensur der in Baden erschiene- nen Schriften	143
4) Die Differenzen zwischen den Ministerien des Innern und der Justiz bezüglich der gerichtl. Ver- folgung von Pressevergehen	150
5) Das Zunehmen der Presseausschreitungen und die Ohnmacht der Regierungsmaßnahmen	152
III. <u>Handwerk und Gewerbe:</u>	156
1) Der Einfluß Frankreichs und der Schweiz auf die ba- dischen Handwerksgesellen und die Gründung von Ge- sellenvereinen.	156
2) Das Problem des Wanderverbots für Handwerksgesellen	158
3) Die Verhältnisse und Unruhen unter dem Uhrmacherge- werbe im Schwarzwald.	161
4) Weinbaugewerbe und Branntweinausschank	165
5) Unruhen unter dem Bäckergerwerbe infolge von Preis- regulierungen	167
<u>Schluß:</u>	169

- - - - -

<u>Anmerkungen:</u>	173
<u>Literatur- und Quellenverzeichnis:</u>	175
<u>Abkürzungen:</u> G.L.A. :: Generallandesarchiv in Karlsruhe	
La.-Prot. = Landtagsprotokolle	
s. = Jahrhundert	

E i n l e i t u n g

Zu jenen badischen Staatsmännern, die in der ersten Hälfte des 19. s. dem Liberalismus und der Verwirklichung der Verfassungsrechte zum Durchbruch verhelfen. gehört auch der 1797 in Triberg im Schwarzwald geborene Sohn eines Domänenverwalters, Johann Baptist B e k k¹⁾. Seine Haltung in der Ständekammer und seine Maßnahmen als Minister des Innern unmittelbar vor den revolutionären Erhebungen wurden von den Zeitgenossen, vor allem in den Monaten kurz nach der Revolution, verschieden beurteilt und gewürdigt. Er reihte sich ein in die Schar der konstitutionell gesinnten Vertreter des badischen Frühliberalismus und blieb auch als mit verantwortlicher Regierungsbeamter dieser Linie mit einer gewissen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit treu.

Baden stand in der Zeit vor dem großen Problem, die vielen historisch verschieden gewachsenen standes- und grundherrlichen Gebiete, die ihm nach den napoleonischen Kriegen zugefallen waren, zu einem einzigen Staatsgebilde zu vereinigen. Mit den daraus erwachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten verband sich die große Aufgabe, eine freiheitliche Verfassung, wie sie Baden 1818 von dem Großherzog Karl, der für den Konstitutionalismus sehr aufgeschlossen war, geschenkt bekam, ins Leben zu führen. Unter dem Nachfolger, Großherzog Ludwig, der wenige Monate nach der Verkündung der Verfassung die Regierung übernahm und sie bis 1830 innehatte, wurde diese Verfassung zum fortwährenden Streitobjekt zwischen ihm und der Volksvertretung, da er die Rechte, die dem Volke darin zugebilligt wurden, als für zu weitgehend empfand, wenn er auch nicht gerade den Absolutismus wieder herzustellen beabsichtigte. So brachten die zwanziger Jahre einen starken Rückschritt für die liberale Entwicklung des Landes mit sich. Erst auf dem Landtag von 1831 wurden dann nach heftigen Debatten mehrere Gesetzesentwürfe verabschiedet, die der Verwirklichung der liberalen Forderungen, welche die Ver-

fassung versprochen hatte, entgegenkam. Dazu gehörten die Zensurfreiheit, die Gemeindeordnung, wie auch die Durchführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und die Aufhebung des Zehnten.

In diesem Landtag saß zum ersten Male J.B. Bekk unter den Abgeordneten der zweiten Ständekammer. Er hatte keinen geringen Anteil an dem Zustandekommen dieser Gesetze²⁾. Der badische Frühliberalismus fand in Bekk einen eifrigen Verfechter aller liberalen Ideen. Er hatte zudem die Notwendigkeit erkannt, daß eine Regierung nicht hinter den Forderungen eines politisch mündig gewordenen Volkes zurückbleiben durfte, ohne einen gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung heraufzubeschwören. Schon in diesem Landtag gewann er sich das Vertrauen aller derjenigen, denen die Verwirklichung eines echten Konstitutionalismus am Herzen lag.

Auf Bekk, der 1820 in Freiburg sein Rechtsstudium mit der Staatsprüfung abgeschlossen hatte, hatten gewiß die beiden Staatsrechtslehrer Prof. Karl v. Rotteck und Prof. Karl Theodor Welcker keinen geringen Einfluß, obwohl er diesen später in manchen Anschauungen entgegenstand. Bekk begann seine Laufbahn als Aktuar beim Bezirksamte Pfullendorff. Am 26. Okt. 1822 wurde er dann in das Oberhofgericht Meersburg aufgenommen, womit seine Existenz materiell gesichert war, sodaß er ein Jahr darauf die Heiratsgenehmigung bekam.

In dem Bericht, den das Meersburger Hofgericht bei Bekks Versetzungsgesuch nach Freiburg an das Justizministerium sandte, wurde ihm ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, daß er sich durch „Fleiß“ und „gründliche Rechtskenntnisse“ ausgezeichnet habe, und am 17. März 1826 siedelte er auf Beschluß des Justizministeriums als Hofgerichtsadvokat nach Freiburg über. 1829 kehrte er infolge seiner Ernennung zum Hofgerichtsassessor nach Meersburg zurück und war damit in den Staatsdienst aufgenommen. Zwei Jahre darauf begann Bekks umfassende Tätigkeit in der zweiten badischen Ständekammer, die sich über fast zwei Jahrzehnte hinzog. Als Abgeordneter

des ersten Ämterwahlbezirks wurde er 34-jährig in den Landtag von 1831 gewählt. Das war eben jener Landtag, kurz nach dem Thronwechsel, als Großherzog Leopold sein der Verfassung wohlgesinntes Regiment antrat, und als die überwiegende Mehrheit in der Kammer aufseiten der liberalen Opposition stand. Weech kennzeichnet in seiner Biographie Bekks Haltung in dieser Kammer, er sei wie ein „Geschäftsmann voll juristischer Schärfe und Klarheit“³⁾ erschienen und habe sich durch eine „Fülle von Kenntnissen“ ausgezeichnet. Bei den großen politischen Debatten trat er jedoch noch nicht so in den Vordergrund, aber auffallend war auch zu der Zeit schon seine Unparteilichkeit und Unabhängigkeit, wodurch er sich überall Beliebtheit erwarb. Selbst von seinem Gegner Rotteck - so sagt Weech - sei er mit Anerkennung und Achtung genannt worden.

Rottecks Staatslehre in dem hauptsächlich von ihm herausgegebenen Staatslexikon fußte - entgegen dem historischen Recht - auf dem naturrechtlichen Liberalismus, auf den Lehren Rousseaus, Montesquieus und der französischen Aufklärung. Sie schloß sich eng an die Ideen der französischen Revolution von 1789 an⁴⁾. Franz Schnabel bezeichnet dieses Staatslexikon als „das Grundbuch des vormärzlichen Liberalismus“⁵⁾, wodurch die „konstitutionellen Lehrsätze zum Besitztum der gebildeten Schichten“ gemacht worden sind. Welcker, der von den Erlebnissen einer Englandreise 1837 beeinflusst war, wollte die Vorzüge des englischen Verfassungssystems auf die deutschen Verhältnisse übertragen, ohne daß er dabei die in Deutschland gegebenen Voraussetzungen genügend berücksichtigte. Er bemühte sich in dem Staatslexikon um die Überwindung der Gegensätzlichkeit zwischen Regent und Regierten. Robert Mohl hatte in seiner Staatslehre zu einem Ministerkollegium geraten, das aus der Kammermehrheit entstanden sein sollte, damit die Volksrechte den Verfassungsgrundsätzen entsprechend gewahrt würden. Auf diese Weise sollte der Dualismus zwischen der monarchischen Gewalt und den Ständen überwunden und ausgeglichen werden.

Bekk hatten diese Ideen beeinflusst, und er bejahte ebenfalls das parlamentarische System. Nach seiner Anschauung muß ein Volk, in dem das Selbständigkeitsgefühl erwacht ist, so weitgehend wie möglich an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen können. Dabei sei die Staatsform - ob Republik oder konstitutionelle Monarchie - nicht entscheidend. Trotzdem hielt Bekk die letztere im Augenblick für die bessere, da über den in Fluß geratenen Freiheitsideen ein fester, geordneter Halt stehen müsse, gleichsam als „pouvoir regulateur“ (nach B. Constant).

Mit den Geheimräten Winter und Nebenius war ein neuer, den Volksrechten entgegenkommender Geist in die badi-sche Regierung eingezogen, welcher aber gleich 1832 vom Deutschen Bund her eingedämmt wurde. Das war auch das Jahr, in dem Bekk am 1. Mai zum Ministerialrat befördert wurde und in das Ministerium, in die katholische Kirchensektion aufgenommen wurde. Das Oberhofgericht sah diesen befähigten und arbeitsamen Mann sehr ungern fortgehen und bemühte sich durch mehrfache Eingaben, Bekk wenigstens solange im Gericht festzuhalten, bis sein Platz neu besetzt sein würde. Das Gericht sagte dabei von Bekk, daß er „mit so außerordentlicher Leichtigkeit arbeitet, und durch e i n e n Nachfolger, wenn dieser nicht ebenso wie er mehr als zwei gewöhnliche Arbeiter zu leisten vermag, nicht zu ersetzen ist. ...“⁶⁾

Bekk trat sein Amt in der Kirchensektion erst gar nicht an, da er schon am 10. Mai des Jahres auf Beschluss des Staatsministeriums in das Innenministerium hinübersetzt wurde.

Dann kam der Landtag von 1832, der ihn auch wieder stark in Anspruch nahm. Nach den Rückschlägen durch die Bundespolitik und infolge der „verfassungsfeindlichen Tendenzen der Bürokratie“⁷⁾ waren zwar die liberalen Ideen nicht gänzlich unterdrückt - schließlich war ja nach dieser Landtagsperiode das Zehntablösungsgesetz endlich verkündet worden - aber es bildete sich doch

eine feindselige Spannung zwischen Regierung und Landtag heraus, die allmählich zum „Dauerzustand“ wurde. Der Landtag von 1835 brachte dann noch einmal einen Fortschritt, nämlich den Anschluß an den Zollverein, den Bekk auch trotz verschiedener Bedenken befürwortet hatte. Sein Hauptbeweggrund dabei war die Stärkung der Nationaleinheit Deutschlands, die den speziellen Nachteilen für Baden doch voranging.

Noch mehr vertiefte sich diese Spaltung, als nach dem Tode des stets vermittelnden Ministers Winter 1838 dieser durch den wenn auch bedeutenden, gemäßigt liberalen Staatsmann Nebenius, den Schöpfer der badischen Verfassung, abgelöst wurde. Nebenius trat bereits 1839 wieder zurück, weil der Haupteinfluß in der Regierung wieder in die Hände des absolutistisch gesinnten und das konstitutionelle System bekämpfenden Freiherrn von Blittersdorff übergegangen war, welcher Minister des Auswärtigen war. Man spricht von der sogenannten Blittersdorffschen Ära, die das Mißverhältnis zwischen Ständekammer und Regierung auf die Spitze trieb, was sich in den Kammersitzungen von 1841/42 in dem berühmten Urlaubsstreit erst recht entlud. Dabei war Bekk nach Häussers Formulierung der „intellektuelle Führer der Opposition“⁸⁾. Um den überhitzten Debatten ein Ende zu machen, hatte die Regierung die Kammer aufgelöst, was den Erfolg herbeiführte, daß in den neu gewählten Landtag die Opposition mit der verstärkten Mehrheit einzog. Blittersdorff veranlaßte damals eine Wahlagitation mit allen Mitteln der Strafdrohungen, Verfolgungen und Versprechungen, wie sie einer Regierung nicht würdig waren. Mit Häusser gesprochen wurden damals zuerst „alle Hebel der Leidenschaft, persönliche und politische, in Bewegung gesetzt und kein Mittel unversucht gelassen, auch ganz schmutzige nicht. Die Vertreter der Wirtshauspolitik, die gewöhnlichen Lärmmacher und kleinen Handlanger dimagogischer Geschäftigkeit wurden damals zuerst geschaffen und gebildet, die Massen zum ersten Male mit unklaren politischen Sympathien oder Antipathien erfüllt“¹³⁾. So wurde dieser Wahlkampf

zur „Vorschule“ für die späteren Wühlereien und Erhebungen.

In der Opposition zeichneten sich zu der Zeit schon die verschiedenen Richtungen klar von einander ab, die diesen Methoden und reaktionären Anschauungen des Blittersdorffschen Regiments entgegenstanden. Auf der radikalen linken Seite standen Hecker und seine Anhänger, in der Mitte die noch konstitutionell denkenden Abgeordneten wie Welcker und Bässermann und zur gemäßigt liberalen Seite gehörten solche wie Bader und Bekk. 1842 hatte man Bekk erst zum Vizepräsidenten und dann zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Da Blittersdorff seine Unterdrückungsmaßnahmen nicht vom Großherzog und dem Ministerium bewilligt bekam, legte er schließlich resigniert 1843 sein Ministeramt nieder und kehrte als Bundestagsgesandter nach Frankfurt zurück. Dadurch kam für den Liberalismus wieder ein Moment des Aufatmens, und viele gaben sich schon der Hoffnung hin, daß nun in kurzer Zeit die Verfassungsrechte nicht mehr nur auf dem Papiere stehen würden. Das durch das Blittersdorffsche System einmal stark erschütterte Vertrauen der Bürgerschaft in diesen Verwaltungsapparat war nicht so leicht zurückzuerobern und bot den republikanisch gesinnten Radikalliberalen einen willkommenen Angriffspunkt gegen die bestehende Staatsordnung. Woher sollte ein Volk die Gesetze achten und lieben lernen, wenn es beständig die Willkür und Polizeischikanen der Beamten vor Augen hatte!

Am 26. Okt. 1837 war Bekk aus dem Ministerium wieder ausgetreten, da man ihn zum Vizekanzler des Oberhofgerichtes in Mannheim ernannte. Diese Tätigkeit entsprach wohl am meisten seinem Wesen und seinen Fähigkeiten, weshalb er sich dort auch am wohlsten fühlte. Einschließlich der Urlaubsunterbrechungen für die Landtagszeiten blieb Bekk in diesem Amt bis zum 31. März 1845, wo er zum Mitglied des neu geschaffenen Staatsrates "mit dem Charakter eines Geheimrates II. Klasse, unter Beibehaltung seines bisherigen Ranges"¹⁰⁾ befördert wurde.

Die ungewöhnlich lange Dauer des Landtages von 1843 bis 1845 brachte heftige Debatten über das zu erwartende Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung und die Gerichtsorganisationen mit sich, wobei sich die Regierung und die liberale Opposition wieder in einem starken Spannungsverhältnis befanden. Die radikale Linke hatte sich das Opponieren "angewöhnt", auch dort, wo es "weder sittlich noch politisch gerechtfertigt war"¹¹⁾. Das hatte auf das gemeine Volk den Einfluß, daß ihm die Begriffe verwirrt wurden. Es sah allmählich in dem Kampf gegen die Regierung "den höchsten Grad von Gesinnungstüchtigkeit". Bekk hatte stets eine klare Position eingenommen. Er bekannte sich eindeutig zur Entwicklung der liberalen Volksrechte und der weitgehenden Mitwirkung aller im staatlichen, verwaltungsmäßigen Zusammenleben. Daneben war er aber von der Notwendigkeit überzeugt, die bestehende Staatsordnung solange unterstützen zu müssen, bis auf gesetzmäßigem Wege die notwendigen Änderungen und Verbesserungen durchgeführt waren. Daher sah er seine Hauptaufgabe darin, nach Kräften beizutragen zur Beschleunigung der Gesetzesvorlagen und zu ihrer Bestätigung durch die Kammern. Die Regierung mußte ein Gleichgewicht schaffen zwischen den Forderungen der Zeit und den noch bestehenden, alt überkommenen Regierungsformen und -maßnahmen. Bekk sagt selbst, daß die Vermittlungspolitik die einzige sei, welche das "Staatsschiff" vor dem Sinken bewahren und den gewaltsamen Umsturz verhindern könnte.

Diese Vermittlerrolle zwischen Opposition und Regierung hätte der ersten Kammer zugestanden, worauf sich jedoch diese "Filialanstalt der Regierung" aufseiten der "ministeriellen Ultras", wie Häusser sie nannte, nicht verstand. Wenn von dorthin keinerlei Hilfe für ein ruhigeres Staatsleben zu erhoffen war, so hätte die Regierung wenigstens selbst rechtzeitig zwischen den extremen Anschauungen und Parteien in ihrem Lande vermitteln müssen. Eine solche Aufgabe wurde besonders erschwert durch die oben bereits angedeuteten Verhältnisse in der bürokratischen Verwaltung. Das System, das sich

unter Blittersdorff mit so tiefgehender Wirkung eingewurzelt hatte, hätte nur mit einer gleich starken entgegengesetzten Macht ausgerottet werden können. Da wird der Regierung wohl auch mit Recht der Vorwurf gemacht, sie habe zu der Zeit des Rücktritts jenes reaktionären, monarchistisch denkenden Ministers die Gelegenheit verpaßt, gemeinsam mit der Mehrheit in der II. Kammer den Weg einzuschlagen, der die Forderungen des Liberalismus angenommen hätte. So hätte man damals lieber statt des zwar anerkannt freisinnigen und allgemein beliebten Geheimrat Nebenius, dem es leider an Energie und Kraft zum Durchgreifen fehlte, einen robusteren konstitutionell gesinnten Mann ins Ministerium wählen sollen. Man machte Nebenius zum Vorwurf, er habe nur seinen ehrenwerten Namen als "Deckmantel" hergegeben für ein Treiben der Bürokratie und Polizeiherrschaft, das sich in nichts von dem des Blittersdorffschen Systems unterschied. Im Gegenteil hatte sich vieles noch dadurch verschlimmert, daß nun an die Stelle der offen bekannten monarchistischen Gesinnung ein Scheinkonstitutionalismus getreten war. Diese Haltung der Regierung mußte eine Verschärfung der Opposition notgedrungen heraufbeschwören und die Kluft vertiefen.

Nicht ohne Bedeutung war auch die durch Mißernten hervorgerufene Notlage in verschiedenen Landesteilen, welche einen bereitwilligen Boden für revolutionäre Umtriebe schuf.

Der Landtag von 1845/46 legte unverhohlen an den Tag, wie weit die Geduld des Liberalismus überfordert war, der die Verfassungsrechte endlich verwirklicht sehen wollte. Die Regierung wurde in Situationen hineingezwängt, woraus sie mit großen politischen und moralischen Niederlagen hervorging. Z.B. hatte das Zensurwesen eine unhaltbare Form angenommen und bot der Opposition ständig Gelegenheit zur wohlbegründeten Kritik. Bekk bemühte sich als Präsident der Kammer um eine würdigere Form der Sprache und konnte es aber nicht verhindern, daß der Ton vielfach die Grenzen der Rücksichtnahme und Beherrschung überschritt und zum offenen Angriff auf die Regierung

übergang. Als dann der Streit um den Deutschkatholizismus losbrach, wurde er zum Anlaß für die Regierung, sich mit Gewalt aus der Affaire zu ziehen und im Februar 1846 den Landtag aufzulösen. Auch hier wiederum brachte wie schon die Neuwahl von 1842 das Ergebnis eine erhebliche Verstärkung der Opposition. Diesmal saß Bekks Freund und Gesinnungsgenosse Mittermaier, der sich um die Strafprozeßordnung sehr verdient gemacht hatte, auf dem Präsidentenstuhl, was ersterem die Gelegenheit verschaffte, stärker in die Diskussion eingreifen zu können. Dabei bewies er eine klare, scharfe und ganz auf dem Boden des Rechts fußende Denkungsweise und Gabe des Formulierens, womit er der Regierung Wege zu bahnen suchte, auf der sie sich bewegen konnte, ohne einerseits als Unterdrückerin der Freiheitsrechte zu gelten, noch andererseits von ihrer Staatsgewalt etwas aufgeben zu müssen. Dieser Standpunkt war dem Regierungskommissar gemäß, wobei er daneben als konstitutioneller liberaler Politiker ganz seine Unabhängigkeit bewahrte.

Langsam sah es die Regierung ein, daß man sich nun unbedingt mit der Majorität der Kammer verbünden müsse, um nicht zu unterliegen. Blittersdorff riet selbst von Frankfurt aus zu einem liberalen Ministerium, weil er hoffte, dieses würde sich unter den bestehenden unhaltbaren Zuständen aufreiben und zerstört werden. Danach dann würde auf dem Trümmerfeld einer mißglückten liberalen Regierungsform sich um so leichter die Reaktion durchsetzen und verfestigen können, und alle früher begangenen Fehler ließen sich leicht auf den Schultern dieses Ministeriums abladen. Diese Voraussicht hat sich in ähnlicher Form später tatsächlich bewahrheitet, wenn auch dabei die allgemeinen deutschen Verhältnisse noch mitgesprochen haben.

So entschloß man sich zu dem "Ministerium Bekk". Die Erwartungen und Hoffnungen, die man allgemein mit dieser Veränderung in einer derartig verfahrenen Situation der Regierung verband, überstiegen die Möglichkeiten. Trotzdem begab sich Bekk im März 1846 - zunächst ohne Portefeuille - ahnend was ihm bevorstand auf den ihm ange-

botenen Platz des Ministers des Innern. Im Dez. 1846 wurde ihm schließlich unter der Ernennung zum Staatsrat mit einer Besoldung von 6000 fl. jährlich die Leitung des Innenministeriums anvertraut. Er schrieb damals im Jan. 1847 an seinen Freund, den Abgeordneten Bissing, er hege nicht die Erwartungen, die man an die Veränderung seiner Stellung knüpfte: "Daß die Erfüllung der Wünsche, von welchen Sie schreiben, irgendeine Befriedigung hervorbrächte, halte ich für eine Täuschung. Wieviele solcher Wünsche sind seit einer Anzahl Jahre schon befriedigt worden, ohne daß es für die Beruhigung irgend einen Erfolg hatte! Wo keine begründeten Beschwerden sind, erhebt man ungegründete, man sucht irgend etwas auf, an das man sich halten kann. Den schlagendsten Beweis liefert die Verwaltung des H. Nebenius und der vorige Landtag, sowie auch vor 3 J. der Rückzug Blittersdorffs, wovon man vorher sagte, er werde alle Unzufriedenheit aufheben. Der Fehler liegt in der Spannung und dem unterwühlerischen Geiste der Parteien selbst, also in Verhältnissen, die nicht von einzelnen Menschen abhängen, sondern in dem politischen Miasma liegen

Wenn ich dieser Verhältnisse ohngeachtet mich auf diese Stelle begab, so geschah es mit dem Bewußtsein, daß ich politisch vernichtet werde. Ich nehme dies hin, und suche, meine Pflicht zu tun, um vor meinem Innern gerechtfertigt zu sein. ..."¹⁹⁾ Daraus ist ersichtlich, mit welcher Nüchternheit Bekk seinem Schicksal entgegensah. Aber dabei resignierte er nicht.

Der mehrfach zitierte Heidelberger Historiker Häusser gehört zu den wenigen, die damals kurz nach der Revolution von 1848/49 Bekk tatsächlich gerecht geworden sind, und ich möchte mich an dieser Stelle nicht weiterhin auf ihn berufen.

Die Aufgabe, die hier gesetzt ist, geht dahin, anhand von Ministerialakten und Landtagsprotokollen. - sowie auch der Schrift Bekks über die Bewegungszeit mit Rücksicht auf die dazu von konservativer Seite aus entstandenen Oppositionsschrift des Freiherrn von Andlaw -, die Zeit

des Vorabends zur Revolution und Bekks Einfluß auf das Geschehen zu untersuchen. Es soll dadurch versucht werden beizutragen zur Erkenntnis der tatsächlichen Möglichkeiten, die einer vormärzlichen Regierung unter den zerrütteten Verhältnissen gegeben waren, dem offenen Ausbruch der Revolution entgegenzuarbeiten. Es handelt sich also praktisch um ein Verständnis der Bekkschen Politik und seiner Maßnahmen als leitender Minister gegenüber; Kritiker waren sowohl jene, die seine zu große Milde in bezug auf die Radikalen tadelten, wie auch jenen, die Bekk als einen dem Liberalismus abtrünnig gewordenen Staatsmann verurteilten.

I. Bekks politische Anschauungen in seiner Schrift:

"Die Bewegung in Baden"

Bereits ein Jahr nach den revolutionären Bewegungen von 1848/49 erschien in Baden eine Darstellung¹⁾ derselben aus der Feder des am Ende der republikanischen Revolution zurückgetretenen badischen Innenministers Johann Baptist Bekk, der - wie er selbst sagt - während der ganzen Zeit der Bewegung handelnd und leidend mit derselben verflochten gewesen ist. Ihm als Autor des Buches liegt vor allem daran, die politische Bewegung im ganzen darzulegen, woraus erst die einzelnen Erhebungen entstanden seien: Diese Zusammenhänge, so betont er, seien von vielen urteilenden Politikern der Tagespresse nicht genügend erkannt, jedenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bekk sagt zwar deutlich, daß er mit dem Buche keineswegs die Verwaltung seines Innenministeriums zu rechtfertigen beabsichtige. Vielmehr will er im Interesse der Zeitgenossen schreiben, damit jeder bei ähnlichen etwa wiederkehrenden Fällen sich daran orientieren könne und die begangenen Fehler also künftig vermeide. Jedoch wirkt im Hintergrund sicher auch die Absicht einer Rechtfertigung mit.

Jedenfalls darf nicht übersehen werden, daß die von Bekk vorgetragenen Anschauungen ganz den subjektiven Erfahrungen eines bürgerlich-liberalen Staatsmannes entstammen. Es ist von daher auch verständlich, daß aus konservativer Sicht ein Gegenstück zu dieser Darstellung der Bewegung in Baden entstanden ist, und zwar von dem Mitglied der Ersten Kammer, dem Reichsfreiherrn Heinrich von Andlaw²⁾, worauf weiter unten näher eingegangen wird.

In einem gesonderten Abschnitt äußert Bekk seine persönlichen politischen Ansichten, die uns wertvolle Aufschlüsse geben über die Denkweise und die Persönlichkeit des Ministers und seine Haltung in den entscheidungsschweren Vorgängen vor und während der Erhebungen. Im Vorwort fügt Minister Bekk hinzu, daß diese seine poli-

tischen Ansichten mehr ausführbar seien in Friedenszeiten als während solcher Stürme, wie sie Deutschland in den letzten Monaten erlebt habe.

Es bleibt zu untersuchen, inwieweit sich seine Handlungen mit diesen seinen Grundsätzen deckten und welchen Anteil die früher schon gewachsenen inneren Verhältnisse und die Einwirkungen von außen an den unglücklichen Zuständen in Baden gehabt haben.

In der Einleitung behandelt Bekk zunächst vom allgemeinen Standpunkt aus gesehen die Frage, wie es dazu kommen kann, daß ein Volk, dessen Regierung auf die Vermehrung der Volksrechte und der Freiheit des einzelnen zustrebt, sich dennoch gegen die bestehende Ordnung gewaltsam erhebt.

Es sei unnütz, so legt Bekk dar, die Frage zu stellen, ob der patriarchalische Zustand der besere sei, wo die Autorität gleichsam ohne Bewußtsein und Kritik anerkannt werde und daher mehr Genügsamkeit, Glück und auch mehr Sittlichkeit herrscht. Wogegen in dem angestrebten Zustand der möglichst größten Freiheit des Individuums und des Volkes sich auf Grund der Entwicklung der Geistesbildung Ehrgeiz, Gewinnsucht, Unzufriedenheit und Unruhe ihren Weg bahnten. Der "Drang nachpolitischer Umgestaltung"³⁾ war nun einmal im Fortschreiten und konnte auch nach Bekks Überzeugung nicht rückgängig gemacht werden. Die sich entwickelnden Anschauungen mußte der Kritiker der Zeit mit in Rechnung ziehen.

Bekk steht auf dem Standpunkt: "... Wer die bürgerliche Gesellschaft regieren will, kann sie nicht nach seinem Willen modeln, er findet sie vor, wie sie ist, mit allen Leidenschaften und Interessen der einzelnen. Er darf diese Kräfte nicht ignorieren, sondern nur auf die Voraussetzungen derselben bauen ..."⁴⁾

Dieser Satz ist - wie wir sehen werden - richtungsweisend für seine Grundhaltung während seiner ganzen Ministerschaft, sowohl in den Verhandlungen in der Kammer wie auch in seinen Entscheidungen im Ministerium.

Bekk führt weiter aus, daß die Ordnung in einem Staate aufrechterhalten wird durch militärische, politische und religiöse Momente. Letztere bilden die Stütze für den Gehorsam der Untertanen den Gesetzen gegenüber, und darauf wiederum ruht die Autorität eines Regenten.

Bekk gibt nun eine höchst interessante Analyse des Zeitgeistes. Was die Gesellschaftsordnung und die Organisation eines Staates bekämpft und zerrüttet, sagt Bekk, ist der "kritische, stets schaffende und zerstörende Geist"⁵⁾, welcher alle "Grundlagen der Unterordnung und des Gehorsams" seiner Beurteilung unterwirft. Dabei geben die Selbstsucht und Leidenschaften des Menschen dieser Beurteilung eine "falsche Richtung". Solche Kräfte im Volke haben es darauf abgesehen, die Verwerflichkeit der moralischen Grundlagen der bestehenden Gewalt aufzuzeigen und zu verbreiten. Die Triebkraft für derartige destruktive Kräfte finden wir im allmählichen "Entwachsen der Bevormundung" der Staatsbürger; und ihr Ziel ist eine möglichst große Ausdehnung der Freiheit und der Volksrechte zu erlangen. Traurig ist nur, daß dabei oft die Interessen der Gesamtheit verschüttet werden zugunsten der Freiheit von einzelnen oder von Gruppen.

Praktisch erreicht werden soll dieses Ziel, indem die unbotmäßigen Elemente der Gesellschaft die zentrale Macht zu schwächen sich bemühen und auf die Selbstbestimmung der Bevölkerung hinarbeiten. Um diesen Geist des Widerstandes gegen die Regierung - der an sich noch nicht gefährlich wäre - unter die Massen zu verbreiten, sind durch die Mittel der Presse und des modernen Verkehrs der Eisenbahnen große Erleichterungen gegeben. Hinzu kommt, daß die Kluft zwischen arm und reich durch die Umgestaltung in der Wirtschaft, zumal in den Gewerben immer größer geworden ist. Die Unzufriedenheit unter der großen Zahl der Besitzlosen wird zur Auflehnung ausgenützt, indem man auf ihre besonderen Bedürfnisse eingeht und ihnen Versprechungen macht. Aus der kritischen Beurteilung wird dabei Übertreibung bis hin zur Lüge. Nicht allein die Einrichtungen der Regierung werden

angegriffen, sondern auch darüber hinaus die verantwortlichen Persönlichkeiten; ..." um dadurch alles, was von ihnen ausgeht, schon zum voraus zu verdächtigen" ... 6)

Weiterhin sagt Bekk, daß sich zwar die Regierung auf dem gleichen Wege verteidigen könne, wie sie auch angegriffen wird, aber es sei von jeher leichter zu zerstören, als das Zerstörte nachher wieder aufzubauen oder sich gegen Lügen und Gerüchte zu verteidigen. Überhaupt ist die menschliche Natur leichter für eine bequeme Lüge als für die unbequemere Wahrheit zu gewinnen.

Bekk nimmt dabei aber auch in Rechnung, daß hier und da selbst von Anhängern der bestehenden Ordnung "über das vernünftige Maß" 7) hinausgegangen werde. Sei es, daß sie selbst ebenfalls zu dem Mittel der Lüge griffen, sei es, daß sie materielle Verbesserungen hemmen und sich nicht den zeitgemäßen Forderungen des Volkes anpassen können. Durch Bevorzugung einzelner Klassen werden andere gereizt und beleidigt. Und schließlich sind unter diesen ja auch Menschen, die ihren "Leidenschaften nach handeln" 8).

All diese zuletzt aufgezählten Punkte bieten oft guten Grund zur Erregung der Unzufriedenheit und des Hasses. Denn, sagt Bekk, "... durch eine wirkliche Blöße erhalten daneben selbst die falschen Beschuldigungen eine Art von Beglaubigung..." 9).

Hinzu kommt, daß oft selbst die besten Absichten der Regierung in ihren Ergebnissen fehlschlagen können, entweder durch Mangel an Einsicht oder durch unvorhergesehene Zwischenfälle, oder auch daß an sich allgemein gewünschte Maßnahmen verfrüht in einer Zeit vorgenommen wurden, die noch nicht reif für diese war. In jedem Falle wird die Regierung verantwortlich gemacht. "... Ist der Erfolg schlecht, so fällt auf sie die Schuld, wogegen es, wenn er gut ist, mit Stillschweigen hingenommen und ihr nicht angerechnet wird..." 10).

Die Unzufriedenheit, die sich auf diese Weise gegen

die bestehende Gewalt angesammelt hat, kann in normalen Zeiten durch manche die Ordnung wahrenden Gegenmaßnahmen aufgehoben werden. Dabei helfen auch Religion und Sittlichkeit, und wenn nötig die Strafgesetze; oder aber, wenn wirkliche Fehler bei der Regierung vorliegen, können diese durch materielle Verbesserungen und eventuell durch Ministerwechsel ausgeglichen werden.

Nun können aber auch Verhältnisse eintreten, so führt Bekk weiter aus, "... wo Ereignisse im Völkerleben ... wie ein elektrischer Schlag auf den Volksgeist wirken"¹¹⁾ "... Durch Anstöße von außen wie auch von innen könnten plötzlich alle angreifen und unzufriedene Elemente in Bewegung gesetzt werden. Dabei erweisen sich "die erhaltenden Gegenwirkungen" als machtlos und "... selbst die populärsten Männer, die an die Spitze treten, sind schnell abgenutzt und machtlos, sobald sie nicht selbst mit offenen Segeln bis zum Umsturz lossteuern oder zur Rettung vor dem Untergang irgend Halt machen wollen ..."¹²⁾ In solchen Zeiten stelle sich der Entwicklungsprozeß gleichsam als "geistige Krankheit" dar, wo ein "politisches Masma" in der Luft liege, "... welches blendet, betäubt, hinreißt, ohne daß Vernunftgründe dagegen Aufnahme oder Anerkennung finden ..."¹³⁾

Tritt solch ein Zustand ein, so muß eine Regierung nach Bekks Ansicht als erstes den Forderungen und Wünschen des Volkes nachkommen, "... daß das Staatsschiff nicht untergehe, bis der Sturz vorüber, der Strom veronnen ist, oder die dem Donnerwetter folgende Abkühlung der ruhigeren Überlegung und etwa nötigen Verbesserung begangener Fehler wieder Raum gibt..."¹⁴⁾

Daß Bekk nach dieser Überzeugung tatsächlich gehandelt hat, soweit sein Einfluß reichte, bleibt im folgenden weiterhin zu untersuchen. Jedenfalls war es eine Politik, die aus der Not der Bedrängnisse und aus der Einsicht in die ganze Situation geboren war.

Nach diesem einleitenden allgemeinen Überblick ent-

wickelt Bekk, ehe er auf die tatsächlichen Verhältnisse in Baden während der Revolution eingeht, gleichsam ein ausführliches System, wie sich die Regierung auf die fortschreitende Entwicklung zur Selbständigkeit der Bürger hin einzustellen hatte und mit welchen Kräften sie dabei rechnen mußte. Entstanden sind diese Anschauungen aus den vielfältigen Erfahrungen, die die badische Regierung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte machte, gesehen mit den Augen eines seit nahezu 30 Jahren in der Rechtspflege und Verwaltung dieses Landes tätigen Beamten, dessen aufopferungsfrohe Einsatzbereitschaft gerade in der kritischen Zeit der Gärung für ihn höher standen als sein persönliches Wohl und der Dank der Bürger.

Gewiß ist dabei zu berücksichtigen, daß sich aus der Rückschau vieles anders, leichter und klarer ansieht, als im Augenblick des Geschehens selbst. Trotzdem ist es für die Untersuchung der tatsächlichen Handhabung der Verwaltung in der vormärzlichen Zeit wertvoll, die Stellungnahme einer der hauptverantwortlichen Persönlichkeiten in jener bewegten Zeit, zumal sie unmittelbar nach der Revolution niedergeschrieben ist, vor sich zu haben.

Deshalb soll zunächst auf die politischen Anschauungen Bekks über das praktische Verhalten seiner Regierung eingegangen werden.

In zwei Hauptabschnitten legt er dar, wie einerseits die Regierung verantwortlich ist für die Förderung der Staatszwecke (Gerechtigkeit, Volkswohl und Hebung der sittlichen und intellektuellen Bildung) und auf der anderen Seite sie die staatliche Umgestaltung auf einem möglichst friedlichen Wege verwirklichen muß. Bekk steht dabei in seiner Anschauung ganz auf dem Boden eines liberalen Naturrechtes. Er trat ein für eine liberale Verwaltungsreform, für den Ausbau einer weitgreifenden Selbstverwaltung, die aber nach seinem Rücktritt 1849 wieder fallen gelassen wurde¹⁵⁾. Die Hauptmomente bei der staatlichen Umgestaltung waren: 1. das Verhältnis

der öffentlichen Gewalt zum einzelnen zu regeln, 2. die Erziehung des Volkes zur Freiheit, und 3. die Beteiligung der Bevölkerung an der Staatsverwaltung zu fördern.

Um einen Staat auf dem Fundament der Gerechtigkeit zu erhalten, muß dafür gesorgt werden, daß der Sinn für die Gesetzlichkeit beim Volke genährt und gestärkt wird. Auch die Regierung hat sich den Gesetzen zu unterwerfen, um nicht durch ein schlechtes Beispiel die eigene Autorität zu untergraben. Nur im Falle des wirklichen Notstandes muß ihr die Möglichkeit eines Abweichens zugestanden werden, welches sie aber auch zu verantworten hat.

Was den Wohlstand des Volkes anbetrifft, so waren es vor allem zwei Aufgaben, die der Regierung gerade in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zufielen. Das war die Durchführung der Befreiung des Grundeigentums und die der Gewerbefreiheit. Beide brachten ihre Vor- und Nachteile mit sich, vor allem ist es für die Übergangszeit immer schwer, eine gute Lösung zu finden.

Dem vorausgegangen war ein Wachsen der Bedürfnisse durch die Vermehrung der Bevölkerung, mit der auch die Vermehrung der Erwerbsquellen in einem rechten Verhältnis stehen mußte. Auch das Zunehmen der Industrialisierung trug noch dazu bei, den Unterschied zwischen arm und reich zu vertiefen, das Kapital sehr ungleich unter die Bevölkerung zu verteilen. Aus dieser immer tiefer aufreißenden Kluft vermehrten sich naturnotwendig Mißgunst, Neid, Unzufriedenheit und Unruhe.

Über die Aufgabe, den einzelnen und den verschiedenen Gruppen zu ihrem Recht zu verhelfen, muß die Regierung aber auch die "gesamte nationale Produktionskraft"¹⁶⁾ im Auge behalten. Sie darf nicht wertlose Arbeit fördern und darf andererseits nicht die Kluft zwischen arm und reich zu drückend werden lassen. Im ganzen muß das Streben der Regierung in sozialer Sicht dahin gehen, das Übel des Proletariats zu beseitigen oder nach Möglichkeit zu vermindern.

Der Wohlstand des Volkes wird auch durch Förderung der intellektuellen Bildung gehoben, indem dadurch die Erwerbsfähigkeit des einzelnen erhöht wird. Allerdings zieht diese wiederum eine Vermehrung der Ansprüche und damit Habsucht, Begehrlichkeit und Unzufriedenheit nach sich. Deshalb muß - so sagt Bekk - die intellektuelle Bildung auch mit einer sittlichen verbunden werden. Z.B. auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts muß verhindert werden, daß die Lehrer in den Einflußbereich der destruktiven Kräfte geraten. Aber der Staat kann schließlich nicht Moral predigen, und so ist es ganz natürlich, daß die Kirche auf die sittliche Bildung des Volkes den größeren Einfluß hat. Bekk hält die Religion für die größte Stütze der Sittlichkeit. Nach ihm vermag die "Glaubenskraft am ehesten die innere Zerissenheit oder Auflösung zu heilen"¹⁷⁾. Die Sittlichkeit sei das "Panier für Freiheit, Ordnung und Recht".

Es ist daher notwendig, daß die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche gefördert wird, da eine auf eigenen Füßen stehende Kirche "tätiger und wirksamer" wird, wie es die deutsche Nationalversammlung auch bereits vertreten hatte. Ein unvermeidbarer Nachteil, der daraus entspringt, sei allerdings die Möglichkeit der politischen Parteibildung, vor allem bei einer so gut organisierten und weitverbreiteten Kirche, wie es die katholische sei. Im allgemeinen streben aber die Kirchen nicht den Staatszwecken entgegen, sondern fördern sie vielmehr. Diese Anschauungen Bekks fußten auf einer liberal-katholischen Haltung, wie er sie auch z.B. in den Landtagsdebatten um den Deutsch-Katholizismus bewiesen hat.

Auf den zweiten Hauptpunkt geht Bekk etwas ausführlicher ein:

Bei der Umgestaltung des Staates müssen vor allem die öffentliche Meinung, der "Volksgeist" und das Volksbewußtsein berücksichtigt werden. Nur dadurch kann im Prozeß der Verselbständigung eines Volkes, welches die Be-

Schränkung durch die Staatsgewalt mehr und mehr abzuschütteln bestrebt ist, das Verhältnis zwischen der öffentlichen Gewalt und den einzelnen Bürgern ein harmonisches bleiben. Bekk gebraucht hierbei den Vergleich mit der Zentrifugalkraft der Individuen, die sich von der Bevormundung loszureißen bestrebt sind, welcher die Zentripetalkraft, die das Ganze zusammenhält, entgegenwirkt. Ziel der Staatsmänner muß es sein, "... die Freiheit, soweit sie mit der Ordnung nur immer vereinbarlich ist, zu erweitern, und nach Umständen andere Verhältnisse selbst so umgestalten, daß sie eine weitere Grenze der Freiheit selbst zulässig machen, etwa mit vorübergehend größeren Schutzmaßregeln..."¹⁸⁾ Gefährlich ist es, sich dabei auf andere Staaten zu berufen, die doch alle ihre eigenen politischen Entwicklungen und somit auch ihre geschichtlichen Eigentümlichkeiten haben. Ebenso seien plötzliche Sprünge zu vermeiden, da sie leicht zum Umsturz führen.

Durch Gewalt und Strenge kann man den Freiheitsdrang auf die Dauer nicht unterdrücken. " ... Ihm muß Genüge geschehen, oder der Zustand der Unzufriedenheit ist für die Sache der Ordnung noch gefährlicher als die Freiheit selbst..."¹⁹⁾ Bekk führt hierzu die Beispiele der Pressefreiheit und die Freiheit der Vereine und Volksversammlungen an:

Die Pressefreiheit nennt auch Bekk, wie so viele andere vor ihm, die wichtigste aller politischen Freiheiten. Sie hätte schon längst vor den Märzereignissen durchgeführt werden sollen. Hiervon handeln die badischen Landtagsprotokolle in allen Jahrzehnten seit 1819. Mißgunst reaktionärer Regierungen und - von Bekk vornehmlich betont - die häufigen Mißbräuche auch in anderen Ländern hatten immer wieder zur Unterdrückung von Zeitungen und Büchern geführt. Aber gewisse Nachteile während des Überganges mußten in Kauf genommen und soweit wie möglich durch Repressivgesetze ausgeschaltet werden.

Ähnlich steht es auch mit den anderen politischen Freiheiten. Die der Vereine und Volksversammlungen fand

Bekk noch gefährlicher, weil sie im Geheimen auf die Bürger wirkten; sie machten deshalb auch strengere Beschränkungen notwendig; so müsse der Regierung das Recht zustehen, von der Tätigkeit der Veranstaltungen Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich müssen Organisationen verboten sein, die sich gegen die verfassungsmäßige Staatsform oder ihre sittlichen und rechtlichen Grundlagen stemmen. Eine leichte Überwachung von staatsgefährdenden Vereinen sei einem Verbote derselben vorzuziehen, da diese sonst im Untergrund arbeiten und dadurch noch gefährlicher würden.

Über allem dürfe die Hauptaufgabe der Staatsgewalt nicht aus den Augen gelassen werden, nämlich das Volk selbst zur Freiheit zu erziehen, "... daß es dieselbe ohne Nachteile ertragen lernt ..."²⁰⁾

Es muß darauf geachtet werden, daß bei Gewährung von irgendwelchen politischen Freiheiten zugleich auch die übrigen Zustände denselben angepaßt werden. Das wird dadurch erreicht, daß man die Bevölkerung selbst weitgehend an der Regierung und der Verwaltung des Staates beteiligt. Vor allem muß sie mitwirken können bei der höchsten, nämlich der gesetzgebenden Gewalt. Die Staatsform spielt dabei keine wesentliche Rolle. Bekk sagt, daß die Befriedigung in Beziehung auf Freiheit und Volksrechte in einer Republik ebenso möglich sei wie in einer konstitutionellen Monarchie. Jedoch hält er die letztere für die bessere, da ein fester Halt als "pouvoir regulateur" im "reißenden Strom des Staatslebens" nötig sei und besonders die alten Staaten mit dem Monarchen "den ganzen auf ihre Geschichte gebauten Halt" verlieren würden²¹⁾. An dem Beispiele Frankreichs könne man beobachten, wie weit es in der Republik mit der Freiheit und der Humanität gekommen sei. Diese Staatsform sei für Deutschland ganz ungeeignet, "... zumal wenn man bedenkt, daß es zu einer Republik in unseren Verhältnissen, wo meist nur die Interessen und die Selbstsucht die Bewegung machen, an wahren Republikanern, fast an allem

aufopfernden Sinne fehlt..."²²⁾

Der Hauptzweck, der mit einer Beteiligung der Bevölkerung an der Staatsverwaltung auf möglichst breiter Basis erreicht wird, ist der, daß auch möglichst viele Bürger Verantwortung mittragen und ins "Mitleiden" gezogen werden, sobald es zu größeren Unruhen im Staate kommt. Auf diese Weise werden sie selbstverständlich mit angehalten, die bestehende Ordnung zu verteidigen, ja, sie würden sogar eine Hauptstütze der Regierung.

Auf eine kurze Formel gebracht, müsse also eine Volksvertretung neben der Spitze der Staatsverwaltung nach echt parlamentarischem System aufgebaut werden, wobei ein Einklang zwischen Regierung und Volksvertretung unbedingt notwendig ist und die Minister der letzteren verantwortlich sind. Dazu gehört die Belangbarkeit der Minister vor einem unabhängigen Gericht. Daneben muß der Regierung die Möglichkeit zur Kammerauflösung oder zum Ministerwechsel bei prinzipiellen politischen Uneinigkeiten vorbehalten bleiben.

Eine Schwierigkeit bietet die Tatsache, die die kleinen deutschen Staaten keine völlig selbständige Politik betreiben können und auf das Ganze schauen müssen.

Was das Ministerium anbetrifft, so muß es die Mehrheit für sich haben, wenn es nicht gestürzt werden will. Gelangt die Opposition ans Ruder, so kann sie oft das, was ihre Partei verlangt, nicht durchführen, denn die gleichen Umstände, die ihre Vorgänger weggedrängt haben, zwingen auch sie wieder, anders zu handeln. Oft ist aber auch an dem Mißglücken der Unternehmungen einer Opposition noch die Nachwirkung der Fehler ihrer Vorgänger schuld. So erklären sich häufige Auflösungen und Neuwahlen.

Dort, wo es sich um den Schutz des Rechtes, um die Gerechtigkeit handelt, muß eine Regierung über den Parteien stehen. Auf dem Gebiete der Politik jedoch, wo es

sich um sovieler Zweckmäßigkeitsfragen handelt, muß sie - wie schon oben erwähnt - die mächtigste Partei für sich haben. Bei abweichender Meinung der Regierung von der stärksten Partei kann durch einen Ministerwechsel wieder Einklang erworben werden.

Die Ministerwechsel sind aber stets mit Vor- und Nachteilen verbunden. Zu ersteren zählt die Tatsache, daß auch die Opposition gezwungen wird, "praktischer" und weniger "regierungsfeindlich" zu denken und zu handeln, da sie ja damit rechnen muß, selbst zu regieren, und um sich für den Fall nicht im voraus den Weg zu verbauen.

Ein zu häufiger Ministerwechsel jedoch stört die Ordnung und verwirrt die Zustände nur noch mehr. Deshalb ist er nur im Notfall anzuwenden.

In dem gesamten Staatsapparat stehen sich, so führt Bekk aus, die Bürokratie mit ihren Staatsbeamten und alle übrigen Bürger gleichsam wie in zwei Lagern gegenüber. Die Hierarchie der Beamten, welche im festen Dienstverhältnis zum Fürsten stehen, vertreten - schon durch ihre Stellung dazu gebunden - die Regierung und ihre Interessen. Auf der anderen Seite aber finden wir unter den übrigen Bürgern die kritisierenden, urteilenden und tadelnden Kräfte, die in der Presse, wie auch in den Versammlungen und Vereinen ihre Ideen und Meinungen durchsetzen und verbreiten wollen. Diese Darstellung entspricht ohne Zweifel dem tatsächlichen Zustand der vor-märzlichen Zeit. Die Opposition hielt das Mißtrauen gegen die Regierung für den Normalfall, und die Minister erwiderten die Abneigung; das dualistische Staatsdenken wirkte in den frühen konstitutionellen Staaten weiter. Bekk gehörte zu den wenigen, die dies überwinden wollten. Um der Bürokratie ein gefährlich werdendes Übergewicht zu nehmen, hielt er es für notwendig, einerseits - wie eben bereits angedeutet - möglichst viele Bürger an der Regierung zu beteiligen, andererseits aber auch

die Beamten so auszuwählen und ihre Stellung so einzurichten, daß sie dem Staate eine starke Stütze werden konnten.

Entsprechend der Montesquieu'schen Theorie, die sich inzwischen in diesem Punkte weitgehend durchgesetzt hatte, unterscheidet Bekk zwischen den Richtern und den übrigen öffentlichen Beamten. Den Richtern muß sowohl in bezug auf ihre Amtsausübung wie auch auf ihre Entlassung, Versetzung und Zuruhrsetzung eine möglichst große Unabhängigkeit gesichert werden. Bei Verletzung ihrer Richterpflicht sollen sie von einem höheren Gericht im öffentlichen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Über der Rechtsprechung soll als wichtigstes Ziel stehen, "... das Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Erkenntnisse"²³⁾ zu erhalten.

Die öffentlichen Diener dagegen, vor allem die politischen Verwaltungsbeamten, müssen im Geiste des Ministeriums handeln, was natürlich auch seine Nachteile hat. Nämlich beim Regierungswechsel müssen diese sich unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung nach den Anschauungen der Regierungspartei richten oder aber ihr Amt verlassen.

Bekk unterstützt auch die Verminderung der Beamtenzahl durch eine Geschäftsvereinfachung, und indem ihre Arbeit durch "volkstümliche Einrichtungen mit Beteiligung von Bürgern" ersetzt wird. Willkürliche Entlassungen seien zu vermeiden, um nicht Unglück in den betreffenden Familien und damit Unzufriedenheit und Auflehnung heraufzubeschwören.

Um die Fähigsten und Besten für die Beamtenschaft auszuwählen, sollen die Anwärter in einer Probezeit vor ihrer festen Einstellung als Staatsdiener ihre charakterliche Haltung und Tüchtigkeit beweisen. In ihrem Verhalten dürfen sie sich weder im Dienste noch außerhalb desselben gegen die Regierung stellen, um deren Autori-

tät nicht zu untergraben. Bekk betont zwar, daß Ernst und Strenge bei der Amtspflicht unumgänglich seien, aber er warnt dabei vor einer "knechtischen" Gesinnung, die nur Ausdruck von Selbstsucht sei. Dadurch gingen doch nur die "öffentliche Achtung" und die "moralische Wirksamkeit" verloren²⁴⁾.

In bezug auf die Gemeinde- und Staatsverwaltung gelangten Bekks Reformversuche erst durch Minister Lamey in dem Gesetz vom 5. Oktober 1863 zur Durchführung. Baden hatte 1831 bereits eine neue Gemeindeordnung erhalten, die als die liberalste in Süddeutschland galt. Ministerialrat Ludwig Winter, als dessen Schüler Bekk bezeichnet wird und in dessen Ministerium er zu Beginn der dreißiger Jahre aufgenommen worden war, hatte schon 1819 eine liberale Gemeindeordnung in Anlehnung an die "bürokratische Tradition des altbadischen Beamtentums"²⁵⁾ entworfen, ohne sie durchsetzen zu können. Das gelang ihm erst in dem erfolgreichen Landtag von 1831. Die Haupterrungenschaften dieser Gemeindeordnung bezogen sich auf das Gemeindebürgerrecht, indem die Unterscheidung von den bisherigen Orts- und Schutzbürgern wegfiel, auf die Bürgermeisterwahl, bei der dem Staat nur noch ein beschränktes Bestätigungsrecht zufiel; dann auf die Wahlen des Bürgerausschusses und Gemeinderates, welche den Gemeinden allein zustehen sollten; und schließlich auf die Ortspolizei, welche von nun an lediglich noch eine Gemeindesache sein sollte ohne Einmischung der Staatsbehörden²⁶⁾. Dies waren große Fortschritte in bezug auf die Selbstverwaltung, jedoch beschränkten sie sich nur auf die untersten Instanzen und wurden in der Folgezeit in der praktischen Durchführung durch die hemmende reaktionäre Politik der Großmächte auch stark eingeschränkt. Bekk setzte sich vor allem ein für eine zwischen dem Parlament und den Gemeinden vermittelnde Zwischenbehörde, für "landschaftliche Kommunalverbände"²⁷⁾, die an der Staatsverwaltung auch aktiv mit beteiligt sein sollten. Daneben sollte die Verwaltungsrechtspflege eine moderne, auf dem Rechtsstaat und der Selbstverwaltung ruhende Umformung erhalten. So entwickelte er wie folgt seine

Anschauungen:

In der Gliederung der Staatsverwaltung steht auf der untersten Stufe die Vielzahl der Gemeinden. Diese sollen sich mit möglichst großer Selbständigkeit verwalten. Bekk sagt selbst, daß "Vielregieren" die Staatsgewalt nur schwächen und zersplittern würde. Lediglich zum Schutze der Rechte einer Gemeinde muß es der Regierung zustehen einzugreifen. Wenn innere Schwierigkeiten auftauchen, soll die Regierung zwar die Vermittlerrolle übernehmen, aber die eigentliche "Heilung muß von innen aus der Gemeinde selbst erwartet werden"²⁸⁾ ... Auf diese Weise könnte eine Gemeinde an ihrem eigenen Beispiel erkennen, wie schwer es ist zu verwalten, und würde eine "verständigere Beurteilung der Staatsverwaltung" an sich lernen.

Was die Bürgeraufnahme in eine Gemeinde anbetrifft, so muß der Gemeinde das Recht vorbehalten bleiben, die Stimmberechtigung als ordentliches Gemeindemitglied zu erteilen oder auch zu verweigern. Davon unabhängig ist das Recht der Gewerbeausübung, welches auf dem Staatsrecht und nicht auf dem Gemeinderecht beruht. Eine Ausnahme zur Erwerbung des Bürgerrechtes gewährt die Tatsache, daß ein Bürger seit einer bestimmten Anzahl von Jahren in dem betreffenden Ort ein Gewerbe ausgeübt hat. Damit wird ihm automatisch das Bürgerrecht zugestanden.

Über den Gemeinden stehen als Zwischenverbände die Kreis- und Bezirksämter. Diese stehen unter dem Vorsitz von Staatsbehörden. Parallel dazu sollten sich aber nach Bekks Ansicht auch korporative Verbindungen der Gemeinden des Bezirkes untereinander zur Vertretung der persönlichen Interessen bilden. Diesen sollte bei der politischen Verwaltung - also in den vom Staate geleiteten Bezirksämtern - eine Mitwirkung eingeräumt werden

Daraus würden sich dreierlei Vorteile ergeben: Einmal würde der rein bürokratische Geist zurückgedrängt zugunsten eines volkstümlicheren; zum andern wäre die Volksbeteiligung mit an der Verwaltung erreicht, und schließlich würde der "Gemeingeist" gefördert, der den

auflösenden, destruktiven Elementen entgegenwirkt.

Der "Gemeingeist" - das Wort stammt von Freiherrn vom Stein - kann auch auf eine andere Weise, nämlich durch die Zünfte und Gewerbsinnungen gefördert werden, welche dem staatsbürgerlichen Rechte unterstellt sind.

Um auf die Freiheit der Kirche noch einmal zurückzukommen, so kann hier der Staat der kirchlichen Verwaltung im allgemeinen nichts vorschreiben. Wenn die Staatsbehörden der Oberkirchenräte aufgegeben werden, so muß an ihre Stelle eine von der Kirche zu bestimmten Institution gesetzt werden. Bisher hatte der Staat vom Standpunkt der Kirchenhoheit aus bei gewissen kirchlichen Verfügungen und ihren weltlichen Folgen - was z.B. Gehaltsentziehungen oder Pfründe, Stiftungen u.a. anbetraf - zu entscheiden. Von jetzt an sollte er nur noch das Recht zur Anwendung der richterlichen Gewalt haben, wenn z.B. ein Rechtsstreit über weltliche Folgen einer kirchlichen Verfügung entstehen sollte, während die Kirchenhoheit ganz der Kirche selbst zugehört. Lediglich über Stiftungen, welcher wie auch kirchlicher Art, muß sich der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht vorbehalten, während die Verwaltung von den Beteiligten selbst durchgeführt wird.

Einen weiteren wichtigen Punkt bildet die Rechtspflege. Auch hier steht Bekk durchaus auf dem Boden des modernen Rechtsstaates des 19. Jahrhunderts, wobei man deutlich eine Anlehnung an Robert Mohl erkennt. Den Bürgern sollte dabei wiederum eine möglichst weitgehende Mitwirkung zustehen, einmal indirekt durch die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, dann aber auch direkt durch die Wahl von Geschworenen in Strafsachen. Bekk befürwortet bei dieser Wahl auch den Einfluß der Staatsgewalt neben dem Wahlkörper des Bezirks, wie es bis dahin üblich war. Ihm ist sogar eine Wahl durch das Los eine größere Gewähr für die Gerechtigkeit als eine von einem "aus politischer Parteibildung hervorgegangenen Wahlkörper".

Auch in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sollte den

Parteien ein umfassendes freies Rekusationsrecht zugebilligt werden, das rechtsverbindend für den Richter ist.

Alle diese Einrichtungen müssen erst allmählich eingeführt und durchgesetzt werden, damit sich das Volk nach und nach daran gewöhnen kann. Nur so werden Mißbräuche und die daraus erwachsenden Unruhen und Auflehnungen vermieden. Aber das bedeutet nicht, daß die Regierung so lange wie möglich an den althergebrachten Formen festhalten soll. Vielmehr muß sie den Willen zeigen, sich nicht gegen die vom Volke selbst geforderten Neuerungen zu stemmen, sondern sie zu fördern. Vor allem darf dann nicht gezögert werden, wenn bereits politische Freiheiten und Volksrechte gewährt worden sind.

Für die Übergangszeit ist notwendig, daß die Regierungsgewalt verstärkt wird und größere Vorsicht im Wahlsystem geboten ist.

Unantastbar bleiben jedoch das Recht der Volksvertretung mit dem Steuerbewilligungsrecht. Alle übrigen Befugnisse werden von der Verantwortlichkeit der Minister getragen.

In bezug auf das Wahlsystem müsse, so meint Bekk, darauf geachtet werden, daß das "Emporkommen eines zerstörenden Radikalismus" verhindert wird, indem "mehr Elemente der Ordnung in die Repräsentation gebracht werden"²⁹⁾. Bekk lehnt das allgemeine Wahlrecht ab, denn hierbei sei die Wahl stets unzuverlässig, da die Massen sich stark von den augenblicklichen Beeinflussungen mitreißen lassen. Dies sei nicht "praktisch" für die Wahl. Daher stimmt Bekk für eine Wahl mit Zensus nach Klassen, wobei Rücksicht auf die geistige Bildung und den größeren Besitz genommen wird. Denn diese beiden zuletzt genannten Kräfte würden ja auch die natürliche Macht darstellen. Zudem trägt der größere Besitz mehr Lasten im Staat, und hat damit größere Teilnahme am Bestand und der Entwicklung der Staatsordnung.

Unter all diese Betrachtungen über die Verwaltungs-

formen und ihre Durchführung setzt Bekk den Schlußstrich. daß letztlich der "politische Wellenschlag" von dem gesellschaftlichen Leben untrennbar sei und man überall auf Erden mit Unvollkommenheiten und Fehlschlüssen rechnen müsse. So kann es nötig werden, daß entweder durch Fehler der Regierung oder wegen Anstoß von außen, wegen Verblendung oder Entartung entstandene Unruhen "mit dem Eisen" niedergeschlagen werden müssen.

Von diesen Regierungsgrundsätzen Bekks kann man zusammenfassend sagen, daß sie sich auf die Theorien der Montesquieu'schen Gewaltenteilung stützen, die zu jener Zeit zum Allgemeingut der liberalen Staatsdenker geworden waren. Bekk beweist dabei aus der Erfahrung seiner langjährigen Tätigkeit in der Verwaltung wie auch in der Rechtspflege eine äußerst gute Beobachtungsgabe der Verhältnisse, so wie sie waren und sich allmählich weiterentwickelten. Daraus erkannte er die Notwendigkeit der von ihm so heftig vertretenen Mitverwaltung der Bürger in den Staatsangelegenheiten. Seinen praktischen Vorschlägen versuchte er als Minister in seiner liberalen Verwaltungsreform im Frühjahr 1849 Gesetzeskraft zu verschaffen, aber jene Gesetze fielen dem revolutionären Umsturz zum Opfer, da Bekk noch während der zwei Monate dauernden republikanischen Revolutionsregierung entlassen wurde. Nach der endgültigen Niederwerfung der Revolution durch Bundestruppen war an die Verwirklichung dieser liberalen Reform vorläufig nicht mehr zu denken. Wie oben bereits angedeutet wurde, geschah dies erst durch Lamey 1863, wenn auch - wie Heffter sagt - "mit erheblicher Abschwächung zugunsten des Beamtenstaates"

Mit dieser Exposition hat sich Bekk das Gerüst geschaffen, in welches er nun die tatsächlichen Begebenheiten während der Erhebungsmonate einbauen kann und womit er beim Leser seiner Darstellung eine bereitwillige und verständige Aufnahme zu finden hofft. Es ist hier nicht die Aufgabe, die Entwicklung der Revolution anhand des Berichtes von Bekk zu verfolgen, sondern es sollen die Punkte zusammengetragen werden, die der Autor

selbst als Ursachen für die Erhebung des badischen Volkes anführt.

II. Die Märzforderungen und die Reaktion der Regierung nach der oben genannten Schrift

Nach der Verkündung der badischen Verfassung von 1818 begannen sich die Ideen um die Verwirklichung der politischen Freiheiten allmählich zu verbreiten. Aber die Regierungen vermochten nicht Schritt zu halten¹⁾ in ihren Bewilligungen der Freiheitsrechte²⁾ mit den Forderungen des Liberalismus. Einen großen Teil der Schuld an dem zunehmenden Gärungsprozeß und der sich mehr und mehr verstärkenden Spannung zwischen den Bürgern und den Regierungen in Deutschland trug der Deutsche Bund, der die freiheitliche Entwicklung ständig hemmte, indem er die partikularen Machtbefugnisse der kleineren und größeren Landesherren zu erhalten bestrebt waren. So breitete sich das Aufbegehren der Bevölkerung, die sich²⁾ um die seit langem versprochenen Freiheiten betrogen sah¹⁾, mit List und Kunst³⁾, vor, und gelangte bis zum Februar 1848 schließlich zum Ausbruch, der seinen Anstoß von außen, nämlich von den Vorgängen in Frankreich her erhielt.

Die Hauptforderungen des Volkes in Baden war zusammengefaßt in einer Petition, die von der Mannheimer Versammlung am 27. Februar 1848 beschlossen worden war und gedruckt im Lande verteilt wurde. Dieselbe wurde mit vielen Unterschriften versehen am 1. März der II. Kammer von verschiedenen Seiten her überreicht. Die Regierung versuchte "der Lanze die Spitze abzubrechen", indem sie in dieser Kammersitzung gleich zu Anfang - noch vor Eröffnung der Petitionen - verkündete, daß sie das vom Bunde 1832 unterdrückte Pressefreiheitsgesetz vom 20. Dezember 1831 wieder herstelle. Diese Absicht war zwar vorher nach Frankfurt berichtet worden, aber man konnte in den drängenden Verhältnissen keine Antwort mehr abwarten und hatte daher selbständig entschieden. Mit dieser Aufhebung der Zensur war ein Anfang des Entgegenkommens von seiten der Regierung gemacht, aber er

reichte nicht aus, die weiteren Forderungen zurückzuhalten. Daher zog die Regierung die Konsequenzen und beeilte sich, soweit es die Zeitnot und die Verhältnisse zuließen, für alle übrigen Punkte der Petition Gesetzesvorlagen in die Kammer einzubringen.

Zu diesen Punkten nimmt Bekk im einzelnen Stellung. Als erstes soll noch einmal von der Pressefreiheit die Rede sein. Höchst eindrucksvoll legt Bekk dar, daß gerade eine so weittragende Freiheit wie die der Presse zu einer Zeit gegeben werden müsse, wo die Regierung noch "die Macht zur Sicherung der Schranken"³¹⁾ habe. Dies sei hier durch den Bundesbeschluß verhindert worden. Man hat damit so lange gezögert, bis es nicht mehr möglich war, im Zuge der Entwicklung die Pressefreiheit länger vorzuenthalten. Die Folge davon war, daß man keine Möglichkeit zu "sichernden Vorschriften gegen den Mißbrauch" mehr hatte. Weder ein straffes Repressivgesetz noch eine strenge Strafgesetzgebung mit einem raschen richterlichen Verfahren waren vorhanden. Es war auf diese Weise nach der Freigabe der Presse nicht mehr zu vermeiden, daß mit derselben großer Mißbrauch getrieben wurde, gerade deshalb, weil in dieser aufgewühlten Zeit alle Gemüter so stark erregt und besonders empfindlich für jede Beeinflussung waren. Man konnte von dem einfachen Bürger auch kaum erwarten, daß er die Grenzen zwischen berechtigter und aufrichtig gemeinter Kritik an vielen veralteten und reformbedürftigen Einrichtungen der Regierung und einer auf Lüge und Entstellung aufgebauten Verblendung zu unterscheiden vermochte, welche das Ziel der Auflösung der bestehenden Staatsordnung vor Augen hatte. Die Klagen, die über derartige "Ausschweifungen" der Presse bei der Regierung eingingen, konnten nicht berücksichtigt werden, wegen der bereits oben aufgeführten Gründe der nicht auf diese Umstände eingestellten Gesetzgebung und wegen der "Langsamkeit des Verfahrens". Bekk betont dabei ausdrücklich, daß das Innenministerium häufig beim Justizministerium um schnellere Bearbeitung der

Presseprozesse gebeten habe. Durch diese großen Verzögerungen der Urteile über Pressevergehen fehlte auch jedes abschreckende Beispiel, und daher wurde auch keine Besserung erzielt, im Gegenteil, die Redakteure wurden immer dreister, wie es anhand von Akten des Innenministeriums in einem anderen Kapitel aufgezeigt werden wird.

Eine andere Forderung verlangte, daß die provisorischen Ausnahmegesetze des Bundes - die von Karlsbad, Frankfurt und Wien - außer kraft gesetzt wurden. Obwohl es gewagt war, sich zu einer Zeit über Bundesbeschlüsse hinwegzusetzen, wo noch keine andere Regierung mit ähnlichen Zugeständnissen vorangegangen war, gewährte Großherzog Leopold von Baden auch diese Freiheit.

Der nächste Punkt betraf den Eid auf die Verfassung, den neben dem Militär auch alle Bürger leisten sollten. Damit geriet die Regierung in eine Zwickmühle, denn im Laufe der zur Republik strebenden Erhebungen wandten sich die Radikalen bald gegen die früher von ihnen selbst geforderten Eide und erklärten diese für "unmoralisch" und "unverbindlich". Die Folge davon war, daß viele Bürger, auch Beamte, Ärzte und Anwälte den Verfassungseid verweigerten, worauf die Regierung gezwungen war, die Betroffenen dem Gesetze entsprechend aus ihrem Dienste zu entlassen, was natürlich wieder dazu beitrug, den Widerstand gegen die Regierung noch zu vermehren. Außerdem habe der Verfassungseid - so bemerkt Bekk - später auch nicht vor "Untreue beim Abfall des Militärs geschützt".

Weiterhin wurde gefordert, daß gewisse politische Rechte nicht mehr wie bisher an bestimmte Konfessionen gebunden seien. In der Hauptsache bezog sich das auf die Deutschkatholiken und die Israeliten.

Was die Juden anbetrifft, so stellt Bekk fest, hat die Opposition in der II. Kammer in den vergangenen Jahren stets gegen die Gleichstellung derselben gestimmt.

mit Ausnahme von Bassermann, Welcker und Mathy, die nie von der Linie ihrer "freiheitlichen Grundsätze" abgewichen seien, obwohl sie in diesem Punkte die Volksstimmung gegen sich gehabt hätten. Im Sommer 1846 hatte dann die Mehrheit sich für eine Gleichstellung ausgesprochen und daher kam es am 1. März 1848 sogar zur Aufstellung dieser Volksforderung. Dadurch aber gerade wurde - so meint Bekk - an vielen Orten im Lande der alte Haß gegen die Juden wieder lebendig, und es kam zu den sogenannten "Judenkrawallen". Bekk beklagt sich über eine solch wankelmütige Haltung, daß "... viele die Freiheit so verstehen, daß nur ihre eigenen Rechte, nicht aber auch die ihnen gegenüberstehenden Rechte anderer anerkannt werden"³²⁾ Es wurde sogar notwendig, daß eine Reihe von Abgeordneten der Opposition in der II. Kammer einen Aufruf erließen, in dem sie "... von den verabscheuungswürdigen und frevelhaften Verfolgungen der Israeliten abmehnten ..."³³⁾

Im Odenwalde ging mit diesen Judenverfolgungen die Auflehnung vieler Bauern und ganzer Gemeinden gegen die Standes- und Grundherren zusammen. Es wurde geplündert und gebrandschatzt, und vor allem wurden die Archive mit den Urkunden der Standesherrn verbrannt. Der Punkt 6 der Petitionen verlangte dann auch, daß die Regierung die Reste des Feudalwesens beseitige; vor allem das Jagdregal, die Bürgereinkaufsgelder und die Abzugssteuern der Standes- und Grundherren.

Ein Gesetzesentwurf vom 10. März 1848, wonach für alle derartigen Zerstörungen die betreffenden Gemeinden zu haften und den Schaden zu ersetzen hatten, erreichte wenigstens die Einstellung der Judenkrawalle wie auch der Vergehen gegen die Standesherrn. Um das Volk jedoch nicht von neuem zu reizen, wurden daher von der Regierung zunächst nur die politischen Rechte der Juden geregelt, während man die Bürgeraufnahme - um keine Gemeinde zu einer solchen zu zwingen -, noch ungeregelt ließ, bis durch die deutschen Grundrechte die Angelegen-

heit dann ihre Erledigung fand.

Für die Feudallasten existierten schon eine Reihe wichtiger Ablösungsgesetze, die deren Aufhebung durch Entschädigung aus der Staatskasse vorsahen.

Da aber viele der ehemals Reichsunmittelbaren, welche bei der Gründung des Großherzogtums an Baden gekommen waren, ihre Rechte durch diese Ablösungsgesetze beschnitten sahen, hatten sie bei der Bundesversammlung Beschwerde eingelegt und erreicht, daß man ihre Ansprüche durch die Landesgerichte untersuchte. Solche Verhandlungen hatten sich teilweise schon seit Jahren hingezogen und so eine Durchführung der betreffenden Gesetze verzögert. Dazu gehörten auch bestimmte Rechte der ehemals Reichsunmittelbaren bezüglich der Bürgermeisterwahlen, der Bürgeraufnahmen und der Beiträge zu den Gemeindelasten, für deren Zuständigkeit ebenfalls der Bund zu Rate gezogen wurde. Es kam daraufhin zu Verhandlungen mit der Regierung und den Ständen, die aber bis zum Ausbruch der Revolution noch kein Ergebnis gebracht hatten.

Und so galt bis dahin immer noch das provisorische Ausnahmegesetz der Regierung vom 16. Febr. 1837, wonach den Reichsunmittelbaren entsprechend Art. 14 der Bundesakte die Zuständigkeit in den drei oben genannten Rechten erhalten blieb, entgegen den Bestimmungen der Gemeindeordnung von 1831.

Diese Verzögerung der Entscheidung ist auch ein Hauptgrund für die zunehmende Unzufriedenheit und die Unruhen in den Gebieten der Standes- und Grundherren gewesen. Am 14. März 1848 wurden dann die Ausnahmegesetze durch eine Regierungsverordnung zurückgenommen.

Auch in bezug auf die Verantwortlichkeit der Minister wurde in der Petition ein Gesetz gefordert, nach welchem diese von einem Staatsgerichtshof mit Geschworenen belangt werden können. Das hierzu erschienene Gesetz von 1820 war unzureichend, weil darin ein Verfahren noch

nicht festgesetzt war, außerdem wünschte man einen anderen Gerichtshof als das damals für zuständig erklärte Oberhofgericht.

Die Regierung versprach zwar auch hierfür eine möglichst baldige Gesetzesvorlage, aber durch den Entwurf der Reichsverfassung wurde diese dann überholt. Danach hatte ein Reichsgericht über Klagen gegen alle Minister, sowohl des Reiches wie auch der Länder zu entscheiden.

Der Punkt 5 verlangte die Zulassung von Klagen gegen öffentliche Beamte wegen irgendwelcher Verwaltungsmaßnahmen, ohne eine vorherige Ermächtigung vom Ministerium erhalten zu haben. Die Verhandlungen in den Kammern über ein solches durchaus auch von der Regierung wünschenswertes Gesetz wurden dadurch kompliziert, daß beachtet werden mußte, daß dem Zivilrichter bei derartigen Entscheidungen lediglich ein Urteil über die Handhabung, über die Überschreitung der Amtsgewalt als solche zustand, daß er nicht "... das verfassungsmäßig von der Verwaltung zu handhabende öffentliche Recht selbst vor sein Forum ziehe..."³⁴⁾

Nach dem Punkt 7 sollte die Regierung für eine "gerechtere Verteilung der Staats- und Gemeindelasten", wie auch für die Unterstützung der Gewerbsamkeit und der "einfachen Arbeit"³⁵⁾ sorgen. Es waren dazu aber keine praktischen Vorschläge gemacht worden, und daher konnte die Regierung lediglich versprechen, sich für eine Besserung einzusetzen. In der Hauptsache ging es bei den Lasten um die Frage nach den Kapital- und Vermögenssteuern und die Abschaffung einiger direkter Steuern. Von dem seit 1831 den Gemeinden zustehenden Recht, die Gemeindelasten nach eigenem Ermessen nach einem "vom allgemeinen Steuerfuß abweichenden Maßstab" zu wählen, war, wie Bakk feststellte, bisher auch kein Gebrauch gemacht worden. Es war mit anderen Worten noch sehr unklar, was da für die Regierung zu tun blieb.

Ähnlich ging es auch mit der Pflege der Gewerbsamkeit

und der Unterstützung der sogenannten einfachen Arbeit. Wenigstens veranlaßte die Regierung das Zusammentreten von Mitgliedern der Handelskammer, der Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsvereine zur Beratung all dieser Probleme. Sichtbare Besserungen traten in der nächsten Zeit darauf jedenfalls nicht ein, im Gegenteil, durch die zunehmenden Unruhen steigerte sich der Staatsaufwand nicht allein, sondern obendrein verringerten sich noch die Einkünfte. Der Kredit wurde geschwächt, Handel und Gewerbstätigkeit wurden immer mehr beeinträchtigt und geradezu gelähmt, so daß die Armut zunehmen mußte.

Punkt 8 der Petition forderte die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände. Auch dies war eine selbstverständliche Folge der rechtlichen Gleichheit und persönlichen Sicherheit, die immer noch nicht durchgeführt war, obwohl die Landtage seit 1819 immer wieder darauf angetragen hatten. Den Entwurf einer neuen Gerichtsverfassung, in der diese Forderung ganz erfüllt wurde, legte das Justizministerium den Ständen Mitte Mai 1848 vor, jedoch wurde deren endgültige Durchführung durch die erneuten Erhebungen im Frühjahr 1849 verhindert, und so sei dies, meint Bekk, "... eine derjenigen Früchte, um welche uns die Mairevolution für jetzt gebracht hat...".

Darunter fiel auch die im Punkt 11 angestrebte Unabhängigkeit der Richter.

Weiterhin verlangte die Petition endlich die Beteiligung der Bürger an der Kreisverwaltung. Diese Forderung hat Bekk schon von jeher bejaht und befürwortet, und es ist nur zu selbstverständlich, daß das Volk hierin eine Möglichkeit suchte, die Bevormundung durch die Regierung abzuschütteln. Im Juli 1848 lag auch hierzu eine Gesetzesvorlage bereit, in der neben dem Kreisamt eine jährlich zusammentretende Kreisversammlung aus von den Gemeinden zu wählenden Mitgliedern vorgesehen war, und aus welcher wiederum ein Aus-

schaß ständig im staatlichen Kreisamt als beratende und stimmberechtigte "bürgerliche Behörde" mitwirken sollte.

Leider ist aber auch dieses wie das vorhergenannte Gesetz durch die Mairevolution nicht mehr zur Durchführung gelangt, wie weiter oben bereits ausgeführt wurde.

Im folgenden Punkt der Petition wurde die Forderung noch einmal - gleichsam als vom gesamten badischen Volk vertreten - ausgesprochen, die Bassermann bereits am 5. Febr. 1848 als Motion in die II. Kammer gebracht hatte; nämlich die Forderung auf eine Vertretung des gesamten deutschen Volkes bei der Bundesversammlung hinzuwirken. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ließ daher bald über den Bundestagsabgeordneten den Antrag auf eine Volksvertretung bei der Bundesversammlung einbringen. Bekk sagt dazu: "... Die Regierung fühlte mit der Kammer die hohe Bedeutsamkeit dieses Antrags und die Scheue, in einer so hochwichtigen Sache gegenüber den Großmächten die Initiative ergreifen zu müssen, trat in den Hintergrund bei dem Gedanken an die eingetretene ungeheuere Bewegung, welche die Kräfte nicht mehr nach dem Umfange der Länder messen ließ, und welche überhaupt nur allein durch eine nationale Vereinigung einen großartigen, vor Zerfall und Anarchie sichernden Gang erhalten könne ... "36)

Dies war der erste Schritt zu dem später nach Frankfurt berufenen Vorparlament, dessen Bedeutung und Ergebnisse für die Bundespolitik nicht näher behandelt werden soll. Wichtig bleibt hier nur die Tatsache, daß es in einem Lande wie Baden möglich war, den Anstoß zu derartig entscheidenden und die freiheitlichen Bestrebungen des Volkes unterstützenden Maßnahmen zu geben. Als letztes war in der Petition an die II. Kammer vom 1. März 1848 die Forderung enthalten, daß sowohl das Staatsministerium wie auch die Bundestagsgesandtschaft "nur von Männern des allgemeinen Vertrauens" besetzt

werden sollten. Daraufhin fand schon bald eine Umbesetzung der Präsidenten des Justizministeriums und des Finanzministeriums statt. Die beiden sogenannten "reaktionären" Minister Trefurt und Regenauer traten am 7. März 1848 von ihrem Amte zurück. Ebenfalls wurde der Bundestagsgesandte Blittersdorf durch den bisherigen Abgeordneten der II. Kammer Freiherrn v. Welcker ersetzt.

In diesem Zusammenhang bemerkt Bekk eine Tatsache, die man einige Monate früher auch auf seine eigene Wahl zum Innenminister hätte anwenden können. Er sagt:
". Es war in solchen Zeiten nicht leicht, einen Mann zu finden, dessen Befähigung und Charakter den Verhältnissen entsprach und der zugleich geneigt war, in einem voraussichtlich nicht lange dauernden Amte seine Kräfte aufzureiben, und im Kampfe mit den übersprudelnden Leidenschaften, mit dem Unverstand und der Verblendung zugleich seinen politischen Ruf zum Opfer zu bringen..."³⁷⁾

Rückblickend muß man feststellen, daß die badische Regierung, wenn sie schon nicht den freiheitlichen Forderungen des Volkes in früheren, ruhigeren Zeiten infolge der ihre Weile benötigenden langsamen Entwicklungen nachgekommen ist, so doch in den Revolutionsmonaten so weit wie nur irgend möglich nachgegeben hat. Bekk vertritt sogar nach der Niederwerfung der revolutionären Kräfte 1850 die Meinung, daß man "... den gegenwärtigen Ruhepunkt, die Zeit der Ermattung, Erholung und Besinnung nur dazu benützen sollte, sie (die volkstümlichen Einrichtungen) so weit möglich auszubauen, in's Leben zu führen und mit denjenigen Garantien zu umgeben, welche, zumal in der Übergangsperiode, den argen Mißbrauch der Freiheit steuern..."³⁸⁾.

III Die Entgegnungen des Freiherrn von Andlaw nach
seiner Darstellung: "Aufruhr und Umsturz in
Baden"

Nachdem die ersten revolutionären Erhebungen in Baden von der Regierung niedergeworfen waren, wurden schon die heftigsten Angriffe gegen letztere laut, und zwar diesmal nicht von den radikal-liberalen Vertretern, sondern von der entgegengesetzten Seite. Es waren jetzt die Konservativen, die die Regierung der Schwachheit und Nachlässigkeit gegenüber den Revolutionären anklagten. Ein früheres, strengeres und machtvolleres Durchgreifen der Regierung hätte nach dieser Ansicht einen Ausbruch der Revolution sehr wohl verhindern können, und außerdem sei die Regierung teilweise selbst zu liberal eingestellt. Einige ihrer verantwortlichen Mitglieder hätten geradezu den Aufrührern in die Hände gearbeitet und sie unterstützt.

U.a. spielte man dabei auf den von Minister Bekk berufenen Regierungsdirektor Peter von Konstanz an, der - wie Bekk sagt - "bei den Bewegungsmännern in großem Vertrauen stand". Bekk erhoffte sich gerade durch diese Wahl eine Beruhigung des Seekreises, da er Peter auch von früher her als einen "wenngleich politisch überreizten, denn doch sehr gewissenhaften Mann" kannte³⁹⁾. Daß er sich später immer mehr an die republikanische Partei anschloß und tatsächlich zum Verräter an der Großherzogl. badischen Regierung wurde, konnte nicht im voraus abgesehen werden, wenngleich die Ernennung gerade eines solch liberalen Mannes in der kritischen Zeit nicht ohne Risiko war. Aber aus dem Mißglücken dieses Versuches (und ohne einen Mann wie Peter wäre der Aufruhr im Seekreis sicher auch nicht niedergehalten worden) nachträglich dem verantwortlichen Minister eine Alleinschuld zu geben, ist zwar sehr leicht getan, aber deswegen nicht unbedingt berechtigt, zumal wenn man die Umstände mit einrechnet, unter welchen gerade diese Ernennung geschehen war.

Als Mitglied der ersten Ständekammer Badens nimmt der Freiherr Heinrich von Andlaw⁴⁰⁾ von konservativer Seite aus Stellung zu Bekks Darstellung der Revolution von 1848/49. In seinem Vorwort nennt er zwar Bekks Schrift "einen schätzenswerten Beitrag zu der Tagsgeschichte" und sagt dabei von ihm: "Er gibt sich wie er ist und keiner persönlichen Verdächtigung Raum"⁴¹⁾. Aber im übrigen steht Andlaw der Anschauungsweise Bekks völlig entgegen und verurteilt auf Grund seiner eigenen Erkenntnisse Bekks Handlungen und Entscheidungen. Die Absicht dieses Buches sei, einige seiner "... Erfahrungen während der genannten Zeit, in welcher ich (Andlaw) diesem Staatsmanne (Bekk) manchmal als politischer Gegner gegenüberstand, mit Aufrichtigkeit und gleicher Ruhe niederzuschreiben"⁴²⁾.

Zunächst wendet er sich gegen die politischen Anschauungen Bekks als solche und setzt seine eigenen dagegen, ehe er auf das materielle Regieren desselben näher eingeht.

Andlaw lehnt den modernen Konstitutionalismus als solchen ab und gibt ihm verständlicherweise die Hauptschuld an der Revolution. In seinem inneren Wesen liege schon Unwahrheit, "... weil er auf einer Reihe von falschen Unterstellungen und Fiktionen"⁴³⁾ aufgebaut sei. Andlaw will dagegen die alte Ordnung der absoluten fürstlichen Herrschaft auf streng religiösem Boden aufrechterhalten, und vor allem die dem Adel historisch erwachsenen Vorrechte nicht aufgeben.

Der ganze Staatsbau von einer auf dem Volkswillen ruhenden Volkssouveränität fällt für ihn selbstverständlich in sich zusammen, da es nach seiner Meinung einen Volkswillen als solchen gar nicht geben kann. Ebensowenig wie sich ein Volk, z.B. Baden, an einem Ort versammeln könne, sei es auch möglich, einen Gesamtwillen kundzutun. Durch die verschiedenen Interessen und Stände, durch das Nebeneinanderleben mehrerer Generationen mit ihren unvermeidlichen Spannungen würde der Gesamtwille des Volkes immer zerfallen in den der Mehrheit und den

der Minderheit. Damit sei aber wiederum das Verhältniß von Herrschenden und Dienenden vorhanden; "... und die angestrebte Gleichheit ist mit der Fiktion eines Gesamtwillens zugleich zerstört"⁴⁴⁾. Auf dieser Grundlage baue sich eine weitere Täuschung auf, nämlich indem man das Volk in Wahlbezirke zerspalte, in denen Vertreter der Gesamtheit gewählt werden, die die Macht haben, Beschlüsse zu fassen. Ein jeder der Gewählten soll nun aber den Gesamtwillen aller seiner Wähler vertreten, und alle Gewählten würden dann in ihrer Versammlung den Willen aller Wähler zusammentragen. Da aber die Wähler in den einzelnen Wahlbezirken nur Bruchteile des Gesamtvolkes seien, hätten sie ja gar nicht die Befugnis, ihren Vertreter im einzelnen mit der Vollmacht auszustatten, Beschlüsse für die Gesamtheit zu fassen.

Damit allein glaubt Andlaw schon die Morschheit des ganzen Systems bewiesen zu haben. Er geht noch weiter, indem er hinweist auf die großen Meinungsverschiedenheiten unter den Volksvertretern, die statt Einstimmigkeit doch immer nur "Parteiung" zeigten, und "... Unterojochung da, wo die Macht dazu besteht, Bürgerkriege dort, wo sich die Macht unter mehrere Parteien spaltet" ⁴⁵⁾.

Stellen wir Rousseaus Auffassung vom allgemeinen Willen daneben, so versteht man darunter eine Summe von Einzelmeinungen, bei denen die sich gegenseitig vernichtenden Extreme abgezogen werden. Der Allgemeinwille hat also im Einzelwillen seinen Ursprung und steht auch in dessen Dienst. Daß aber die auf Privatinteressen gegründeten Einzelmeinungen naturgemäß danach streben, den allgemeinen Willen zu zerstören, wird nicht geleugnet. Aus dieser Ursache bilden sich ja die verschiedenen Parteien, die in bezug auf ihre Mitglieder zwar einen Allgemeinwillen vertreten, aber dem ganzen Staat gegenüber einen Einzelwillen darstellen. Durch Parteienbildung werden zwar die Differenzen der Einzelmeinungen verringert, aber auf Kosten des allgemeinen Ergebnisses. Je weniger Parteien da sind, um so kleiner wird die Differenzsumme, aber auch um so weniger stimmt der allgemeine Wille mit dem Einzelwillen überein. Im Einparteiensystem kann kein

allgemeiner Wille mehr herrschen, denn die Ansicht einer Partei ist ja nur eine besondere. Insofern würde der idealste Zustand in bezug auf einen möglichst klaren Volkswillen sein, daß jeder Staatsbürger für seine eigene Überzeugung selbst eintritt. Aber das ist leider nur in sehr kleinen Staaten möglich. Deshalb ist nach Rousseaus Meinung in größeren Ländern der Zustand des Vielparteiensystems immer noch der beste und kommt dem möglichst klaren Ausdruck eines allgemeinen Volkswillens am nächsten.

Zwar spricht Andlaw hier nicht von Parteien, sondern von den Volksvertretern im Parlament, was aber im Prinzip auf das gleiche hinausläuft, da diese den Willen ihrer Wähler gleichsam wie den einer Partei in die Versammlung tragen. Einen absolut klaren Volkswillen, bei dem sich alle Einzelmeinungen völlig decken, kann es natürlich nicht geben, wohl aber eine Annäherung an denselben, wenigstens was die Hauptforderungen und die Grundprinzipien anbetrifft. Auf einen solchen annähernd klaren Volkswillen baut sich die Volkssouveränität auf.

Andlaw behauptet, daß das Eindringen der Lehre von der absoluten Gewalt des Volkes in die Gesetzgebung und in die Verwaltung die Schuld trage an dem "Unheil" und dem "Untergang des Landes". Er sagt: "Die Volksvertretung, welcher man, ausgehend von der falschen Unterstellung einer nicht vorhandenen und sogar unmöglichen Tatsache, sie spreche nämlich den Willen des ganzen Volkes aus, eine Macht einräumt, wie sie kein Despot auf Erden je auszuüben imstande war, eine Macht, die keine Verantwortung trifft, die launenhaft zufällig, teils gewissenlos ist, teils die leichteste Beute eines verfälschten Gewissens wird, diese Volksvertretung schafft ein künstliches Gemeinwesen, dessen ebenso künstliche als ungemessene Bedürfnisse die Gesamtheit befriedigen und die hierzu erforderlichen Mittel herbeischaffen muß.

Aus einer Täuschung ist die Schöpfung hervorgegangen, von Täuschungen lebt sie, führt aber in Wahrheit zum Untergang"...⁴⁶⁾ In diesem vernichtenden Urteil unterstütz-

te ihn das Beispiel der Revolution. Aber es ist wohl nicht ganz angebracht, die negativen Begleiterscheinungen einer Umbruchzeit als maßgeblich für die Grundprinzipien, die hinter dieser angestrebten Staatsform stehen, zu nehmen. Viele zu verurteilenden Mißstände hatten sich breitgemacht, die allerdings Zweifel an der Fähigkeit und Möglichkeit des Volkes zur souveränen Selbstverwaltung berechtigten. Daher ist es verständlich, daß ein an sich konservativer Geist unter dem Eindruck des unmittelbaren Geschehens der revolutionären Erhebungen noch bestärkt wurde in seiner Staatsauffassung, in der das Volk als unmündig und unfähig zur Mitregierung erklärt wurde und daher eine starke Gewalt von oben her über sich braucht, damit Ordnung herrsche und damit zugleich auch Glück und Wohlfahrt.

Alles Übel wurzelt nach Andlows Meinung letztlich darin, "... daß der Sinn für Religion oben erstarb, die Achtung von unten dafür sich auch vermindern oder ganz verschwinden mußte!"⁴⁷⁾ Dieses Mißverhältnis sei durch den kirchlichen Umsturz im 16. s. hervorgerufen worden. In der Folgezeit seien dann nach und nach viele Freiheiten der Menschen, "deren eigentliche Hüterin die Kirche gewesen war"⁴⁸⁾, verlorengegangen. So hatten auf Kosten der armen Bevölkerung die Gebietsherren sich die Beute geteilt und mit diesem Besitzzuwachs war ihnen zugleich auch die Macht über den Glauben der Untertanen zugefallen nach dem bekannten Grundsatz: *cujus regio, eius religio*. Die ständischen Verfassungen sind allmählich verschwunden, und auch die Korporationen haben ihre Selbständigkeit verloren. Im Laufe der Zeit haben die Fürsten dann ihre Verwaltungsdienere, die Beamten herangezogen, und so entwickelte sich die "... Hierarchie der Bürokratie, an welche allmählich die eigentliche Macht überging"⁵⁰⁾.

Die sittliche und religiöse Grundlage, die die Ordnung eines Staates mit begründet und erhält, sei mit der Zeit ersetzt worden durch die Idee des Volkswillens.

der die Existenz eines Staates überhaupt und seine Gewaltausübung zu rechtfertigen begann. Die Ausbreitung dieser Ideen von England über Frankreich in die übrigen westeuropäischen Staaten habe verheerende Folgen gehabt. Sie sei von den Universitäten und Kammern begierig aufgenommen worden. Dabei verurteilt Andlaw, daß die "Anhänglichkeit an das Althergebrachte und Bestehende" verlorengegangen sei. "... In blinder Wut zerstörte der sich frei wähnende Teil des Volkes die Denkmale der Vorzeit, er suchte jede Erinnerung an die Geschichte seines eigenen Landes, jede Spur nicht nur der traurigen, sondern auch der ehrenvollen Tage zu verwischen; was oben stand oder gestanden hatte, war deshalb schon geächtet und herabgezogen in den Staub; man stürzte Throne ein und verkündete Krieg den Palästen, Friede den Hütten. Paläste fielen in Trümmer, aber kein Friede zog in die Hütten ein..."⁵¹⁾

Dieses Urteil zeugt von einem Mangel an Einfühlungsvermögen in die notwendig fortschreitende geschichtliche Entwicklung und ist unter dem Eindruck der gewaltsamen Umsturzversuche entstanden. Es trifft auch nur einen Teil des Volkes, und zwar jene, die sich im Tausel der Erhebungen und selbst mit Hand anlegten bei den Greuelthaten und Gewaltsausübungen, die aber keineswegs als allgemeingültiges Ziel der erstrebten Volksrechte angesehen werden dürfen, sondern als negative Begleiterscheinungen im Zuge der politischen Umwälzung gewertet werden müssen. Daneben darf aber nicht die gerechte und echt empfundene Empörung vieler durch Sonderabgaben hart getroffener Untertanen übersehen werden, die sich vielfach verband mit den Freiheitsbestrebungen der Radikal-Liberalen. Daß andererseits niemand von dem Besitz sowohl seiner materiellen wie auch seiner ideellen Güter freiwillig gern etwas aufgibt, erklärt auf der anderen Seite wiederum die Widerstände des besitzenden und bevorrechteten Adels, die der ruhigen Entwicklung der staatlichen Umschichtung hemmend in den Weg traten.

Alle Hoffnungen setzte Andlaw auf den Glauben der

Kirche. Im Christentum, so sagt er, rege sich ein "stets verjüngender Geist auch für die Geschicke der Staaten"⁵². Aber diese Hoffnungen müßten so lange vergeblich bleiben, bis "... die vielen Täuschungen verschwunden sind, welche bis jetzt noch alle Verhältnisse des öffentlichen Lebens im Großen wie im Kleinen beherrschen, und diese Verhältnisse natürlich, wahr und einfach werden"⁵³). Dadurch, daß man die Religion von der Politik gänzlich getrennt wissen wollte, seien die wertvollen Grundlagen, auf der eine gesellschaftliche Ordnung ruht, verlorengegangen. Diese Lehre habe dann der Volkssouveränität den Weg bereitet und ihr das Recht eingeräumt, selbst auf dem Wege des Aufruhrs, falls er nötig wird, sich durchzusetzen.

Den Kompromißweg, den die badische Regierung eingeschlagen hat, nämlich den Wünschen und Bedürfnissen der Zeit entgegenzukommen und doch zugleich an bestimmten Grundsätzen festzuhalten, lehnt Andlaw ab. Vielmehr vertritt er den Standpunkt, daß man nur so die Ordnung aufrecht erhalten kann, indem sich "die konkreten Fälle des Lebens "⁵⁴) gänzlich nach dem Gesetzgeber ausrichten und sich seinen Grundsätzen unterordnen.

In einer Fußnote bemerkt Andlaw: "Der aufmerksame Leser wird in der Bekk'schen Schrift beinahe auf jeder Seite die Hinneigung finden, sich überall dem, was er als Wille des Volkes zu erkennen glaubte, unbedingt zu fügen, nicht nur, wenn der Anstoß von dem allmächtigen Parlamente zu Frankfurt ausging; sondern auch in dem einzelnen Verlangen von Kammermitgliedern oder sogar von Privatpersonen, welche ihre Wünsche als Volkswünsche darzustellen wußten..."⁵⁵) Bekk habe geradezu das Bedürfnis gehabt, "eine Art von Guttheißung des Volkes für die Akte der Regierung" zu erhalten.

Wenn man auch von einem "Sich-unbedingt-fügen" in den Willen des Volkes wohl nicht reden kann, so hat Andlaw in dieser Charakterisierung Bekks mehr unbewußt das Richtige getroffen. In seinem Nachtrag wehrt Bekk sich

gegen Andlaws Anschuldigung, er habe sich diesem sogen. "Volkswillen" einer aufbegehrenden und wankelmütigen Masse anzupassen gesucht. "... Das, was mein Buch zur Beachtung empfiehlt, ist etwas ganz anderes, als was v. Andlaw unter seinem 'Volkswillen' versteht, "... " diesem ephemeren oder launenhaften Volkswillen, der selbst wenn er augenblicklich in der Mehrheit liegt, durch kräftiges Entgegentreten und Beharrlichkeit umgestimmt werden kann, oder oft durch den bloßen Ablauf einer Zeit wieder in sich zerfällt, - diesem Volkswillen habe ich in meiner Schrift nicht das Wort geredet..."⁵⁶⁾

Das, was Bekk mit Volkswillen meint, drückt sich aus in den "Zeitideen", in einem sogenannten "geistigen Atem" und in den Bedürfnissen eines Volkes, das zu einer bestimmten Reife und Entwicklungsstufe gediehen ist. Man könnte ihn auch "Volksgeist", "Volksbewußtsein" oder "öffentliche Meinung" nennen. Bekk hält dabei seinen Opponenten vor, daß die Macht eines einzelnen gegenüber einer solchen ganzen geistigen Strömung ohnmächtig sei. Derjenige, der "... eine beharrliche öffentliche Meinung für nichts achtet, wird aber bald gewahr werden, daß auch ein Riese vergeblich den Kampf mit der Natur unternehme"⁵⁷⁾.

Man wird an Bekk heute keineswegs kritisieren, wenn er sich bemühte, Schritt zu halten mit der politischen Entwicklung und die Volksforderungen, die diese Entwicklung mit sich brachte, in die Regierungsanordnungen einzubauen. Daß dabei ein gewaltsamer Umsturz trotzdem nicht vermieden wurde, hat sehr viele verschiedene Ursachen, die aber kaum der Regierungsweise Bekks zur Last gelegt werden können und die an anderer Stelle im einzelnen aufgezeigt werden.

Unter den politischen Anschauungen Bekks greift Andlaw vor allem auch die über die sittliche und intellektuelle Bildung des Volkes durch die Staatsgewalt an. Es sei kaum einmal mit "... einer schön klingenden Phrase größerer Mißbrauch getrieben, als mit dem Wunsche, das Volk zu bilden"⁵⁸⁾. Diese Aufgabe steht nach Andlaws

Meinung von jeher der Kirche zu. Der große Mißerfolg in diesem Punkte sei der mangelhaften Lehrerbildung, vor allem was die Religion anbetrifft, zuzuschreiben. Während der Erhebungen hätten gerade viele der Lehrer sich vom Christentum losgesagt. Die völlige Glaubensfreiheit, die auch das Recht der Glaubenslosigkeit einschließt, habe das Ihrige zu dieser Entwicklung beigetragen. Andlaw behauptet außerdem, daß "... das innerste Wesen der katholischen Kirchenverfassung der neuen Staatslehre ..." ⁵⁹⁾ widerstrebe, eine gewiß irrige Auffassung, da ja die katholische Kirche unabhängig von jeder Staatsform an sich besteht und eine solche, solange sie nicht direkt in die Rechte der Kirche eingreift, auch nicht von derselben verurteilt werden kann und will.

Die große, leitende Idee der Revolution sei gewesen: Es gibt keinen Gott! - Diese selbe Idee unterschiebt Andlaw zugleich auch "... der sogenannten Geistesfreiheit, wie sie die Volkssouveränität auf dem Gebiete der Kirche und des Staates ..." ⁶⁰⁾ erstrebe. Man muß streng unterscheiden zwischen der vom Frühliberalismus erstrebten Volkssouveränität und den Methoden und Schlagworten der radikalen Revolutionäre, die mit der bestehenden staatlichen Ordnung vielfach zugleich auch die religiös-kirchliche zunächst beseitigen wollten, um das Feld völlig frei für sich zu haben. Aber diese Tatsachen berechtigen nicht zu der Behauptung, daß eine Volkssouveränität naturgemäß mit der katholischen Kirche in Widerspruch stehen müsse, was der spätere Verlauf der Geschichte ja auch gezeigt hat. So hatte sich in dem Gesetz der Glaubensfreiheit ein weiterer Angriffspunkt für Andlaw gefunden. Er sagt: "Das positiv-religiöse Bewußtsein verdrängte man nach und nach unter dem Scheine der gleichen Berechtigung auch entgegengesetzter Ansichten, wozu die schwer zu überwindende Befangenheit einer wesentlich protestantischen Verwaltung gegen die katholische Kirche das Ihrige beigetragen hat" ⁶¹⁾. Unter das Recht der Glaubensfreiheit fiel auch die Gleichberechtigung der Deutschkatholiken, die von vielen Abgeordneten der II. Kammer

- wie z.B. Bassermann und Mathy - unterstützt wurden und deren Anschauungen von der katholischen Kirche naturgemäß abgelehnt wurden. Daß von protestantischer Seite in diesem Punkte kein Widerstand entgegengebracht wurde, ist verständlich, und so konnte auch von dieser Seite her keine Unterstützung gegen die Ausbreitung der Deutsch-katholiken erwartet werden. Bekks persönliche Haltung in diesem Streitpunkt wird in einem anderen Zusammenhang näher behandelt. Dem Wesen des Konservatismus liegt es nahe, der gesamten Entwicklung der deutschen Geschichte entsprechend die staatliche Ordnung unmittelbar mit der kirchlichen in Verbindung zu bringen und sich die Zustände des Mittelalters, in denen die Staatsgewalt und die kirchliche Gewalt so eng mit einander verschmolzen waren, in gewisser Weise als Vorbild zu setzen. Von daher spürte Andlaw mit der unmittelbaren Lossagung des Staates von der kirchlichen Ordnung eine sich anbahnende grundlegende Umwandlung der inneren Staatsverhältnisse, deren Fortschreiten von seinem Standpunkt aus notwendigerweise als negativ gewertet werden mußte. Wenn er auch in seinem Vorwort betont, daß man eine "naturgemäße Entwicklung der Zeiten und Zeitbegriffe" mit einrechnen muß, so hat er es selbst doch nicht fertiggebracht, sich innerlich auf die in seiner Zeit stattfindende Entwicklung und Umwälzung einzustellen, und noch viel weniger vermochte er, diese in eine geordnete und geregelte Bahn lenken zu helfen. Daraus entspringt seine Kritik an der Regierung eines Mannes wie Bekk, der seiner Zeit gerecht zu werden versuchte, der sich mit den neuen Ideen auseinander setzte und ihnen entgegenkam.

Die Vorwürfe, die Andlaw an verschiedenen Stellen in den vormärzlichen Rechtszuständen und in der Verwaltung anbringt, sollen im folgenden zusammengetragen und deren Berechtigung, beziehungsweise Grundlosigkeit untersucht werden, da sie nicht die Vorwürfe eines einzelnen darstellen, sondern von einer großen Anzahl der damals verantwortlichen Vertreter des bädischen Volkes gegen den

Innenminister während der stürmischen Zeit erhoben wurde -

Zu den Rechtszuständen und der Gesetzgebung in Baden in der vormärzlichen Zeit sagt Andlaw wörtlich: "Am Vorabend unserer Revolution stand das meiste neuerdings in Frage und die wichtigsten Umgestaltungen in den wesentlichsten öffentlichen Verhältnissen sollten im Sinne der 'Zeitbegriffe' durchgeführt werden"⁶²⁾. Jedoch seien die langwierigen Verhandlungen dann von den Märzstürmen überrascht worden, so daß die Gesetze - noch ehe sie verabschiedet wurden - schon wieder veraltet und überholt waren. Er stellt fest, daß hierin einer der Hauptgründe zur revolutionären Erhebung liege. Die Unzufriedenheit über das ständige Hin-und-Her in den Kammerverhandlungen teilweise über Jahrzehnte hinweg - wenn man z.B. an die Gewerbeordnung und die Prozeßordnung denkt - ohne daß man zu befriedigenden Ergebnissen gelangte, war nicht mehr einzudämmen. Man wollte schließlich mit Gewalt, und dann zugleich auch radikal auf breiter Basis, die gewünschten Neuerungen durchgeführt wissen. Fast überall, wo Andlaws Vorwürfe gegen Bekks Handhabung der Regierung ansetzen, wird man letztlich auf dieses Übel stoßen.

Der erste große Vorwurf Andlaws richtete sich gegen den Zwiespalt zwischen materieller Rechtsprechung und dem Rechtsformalismus, vor allem gegen die Überbewertung des letzteren. Durch ein "Übermaß von Vorschriften", durch die "Vielschreiberei", sei die Erledigung der Prozesse obendrein noch gehemmt worden. Dieser Vorwurf war sicherlich berechtigt, kann aber nicht allein der Verwaltung des Innenministers Bekk zur Last gelegt werden, vielmehr hatte dieser selbst mit den unbefriedigenden Zuständen im badischen Rechtswesen - gerade auch in den letzten Monaten vor den Erhebungen - am meisten zu kämpfen und wurde in seinen Anordnungen vielfach durch dieselben gehemmt.

Andlaw bestätigt selbst, daß gerade auch der "subjektive Geist der Zivilgesetzgebung" wesentlich dazu beigetragen habe, "den Rechtssinn im Volke zu trüben, das

Ansehen und das Vertrauen gegen die Regierung zu vermindern"⁶³⁾. Jedoch hätte die "peinliche Gerichtsbarkeit" noch schlimmere Wirkungen hervorgerufen. Dabei beklagt er sich, daß das "Unding des sogen. Volkswillens" schuld an der "Vernichtung aller natürlichen Rechtsbegriffe" sei. Es hätten sich die Standpunkte der Gesetzgeber manchen Verbrechen gegenüber verschoben. Durch die Berücksichtigung der subjektiven Verschuldung und die dadurch häufig erreichte Milderung der Strafen seien "... Straferkenntnisse erfolgt, welche das Gerechtigkeitsgefühl des Volkes empörten und nicht dazu dienten, Abscheu gegen das Verbrechen ... einzuflößen"⁶⁴⁾. Zudem seien die Verbrechen und Vergehen lediglich noch als "Verletzung von Befugnissen" der Bürger betrachtet worden, wodurch das Richteramt gleichsam zur "Polizeibehörde" herabgezogen worden sei.

Dazu führt Andlaw dann auch noch die Trennung der Justiz von der Verwaltung und die Durchführung der Mündlichkeit des Verfahrens als Beispiel an, die in ihrer Übergangszeit - wie man ja eigentlich erwarten mußte - zunächst Schwierigkeiten und auch Fehlgriffe mit verursachten. Auch dies waren Neuerungen zugunsten einer volkstümlicheren Handhabung der Justiz, die dem Konservativismus schon entgegenstehen mußten und daher bekämpft wurden von dem Moment an, wo sich die unvermeidlichen Randerscheinungen und Reibungen der noch unvollkommenen und nicht völlig eingebürgerten Formen bemerkbar machten. Noch einmal sei hier wiederholt, daß diese Erscheinungen im badischen Rechtswesen weder direkt zu dem Wirkungsbereich der Verwaltung des Innenministeriums gehörten, noch waren sie erst zur Zeit der Amtsperiode Bekks entstanden und können daher nicht als Angriffe gegen diesen verwendet werden, wie es Andlaw wohl auch nicht allein beabsichtigte. Auch das Rechtspolizeiwesen, auf das Andlaw in einem weiteren Kapitel eingeht, war dem Justiz- und nicht dem Innenministerium unterstellt. Andlaw betont hierzu: "Größere und gerechtere Beschwerden wurden wohl durch keine öffentliche Verwaltung hervorgerufen, als gerade durch die Behandlung der Rechtspolizeigeschäfte"⁶⁵⁾. Ein großer Nachteil zeigte

sich im Laufe der Zeit dadurch, daß nach der Einführung des Code Napoléon 1809 aus Sparsamkeitsgründen zunächst noch die Geschäfte des Familienrates wie auch der Friedensgerichte teilweise den Ämtern, Amtsrevisoraten und den Ortsgerichten zugewiesen waren. Diese Zustände waren in der Folgezeit dann auch nicht geändert worden, obwohl sich die Staatseinnahmen wieder gemehrt und sich von den Rückschlägen durch die napoleonischen Kriege langsam erholt hatten.

So hatte sich der Übelstand bemerkbar gemacht, daß in der Praxis die sogenannte freiwillige Gerichtsbarkeit, die "jurisdictio voluntaria" teilweise den Gerichten und teilweise den Verwaltungsbehörden unterstand, woraus sich hier und da verständlicherweise Kompetenzstreitigkeiten ergaben. Konsequenterweise hätte mit der Übernahme der französischen Gesetzgebung auch für die oben erwähnten Einrichtungen die Einführung eines völlig selbständigen Notariates gehört. Über das in Baden gehandhabte Notariat äußert sich Andlaw: "Alle Notariatsgeschäfte werden im Namen und als Auftrag des Staats gefertigt, welcher jedoch in keiner Weise, weder für die Tüchtigkeit seiner dazu bestellten Werkzeuge, noch der Arbeit sorgt. Der Staat übt sein Geschäftsmonopol, ohne für die Güte dessen einzustehen, was er zu Tage fördert; er gibt durch schlechte Besorgung seiner übernommenen Verbindlichkeiten die Klienten allen künftigen denkbaren Gefahren preis, welche sie bei der oft unglaublichen Mangelhaftigkeit der Geschäftsakte laufen"⁶⁶⁾. Dabei beklagt Andlaw, daß es dem Staat nur lieb sei, durch möglichst geringe und durch dabei auch anspruchslose Arbeitskräfte zu sparen und deren nachlässige Arbeit neue Streitigkeiten aufkommen zu sehen, an denen der Staat wiederum sein Geschäft machen könne. Die Notare seien "Steuerobjekt" für den Staat; 3/5 ihres Erwerbes fallen der Staatskasse zu, und zwar als Reingewinn. Verdient ein Notar viel, so geht es ihm gut, wogegen er bei kleinem Einkommen um so schlechter gestellt ist und auch für sein Alter keine Sicherheit hat. Aus diesem Grunde sei es zu verstehen, daß sich keine

tüchtigen Leute für dieses Amt bereitfinden. -

Neben dem Rechtspolizeiwesen waren vor allem noch die Gemeindeverhältnisse schuld an der großen Unzufriedenheit unter dem Volke. Die Grundlagen, auf denen die Gemeindeordnung aufbaut, fand Andlaw aus denselben Grundsätzen hervorgegangen, wie die Revolution selbst; und so dürften sich die Unzufriedenen, die sich von der Revolution eine Besserung der Gemeindeverhältnisse versprochen, gar nicht über den Mißerfolg wundern.

Als ein auffälliges Beispiel führt Andlaw u.a. das Besteuerungsrecht an, nach dem die Gemeinden im kleinen ebenso wie der Staat im großen das Recht hatten, die Steuern zu erhöhen oder nötigenfalls Schulden anzuhäufen. Nicht hierdurch allein seien große Unordnungen entstanden, sondern auch durch gleiche Behandlung und gleiche Rechte für die Stadt- wie für die Landgemeinden, für arme wie für reiche Gemeinden. Durch die vielen Gesetze, Verordnungen, Ergänzungen und Änderungen, welche durchzuführen den Gemeinden oft die nötigen Kräfte gefehlt hätten, dadurch hätten sich die Ausgaben bis ins Unerträgliche gehäuft. Hinzu kam das überaus komplizierte und weitläufige Rechnungswesen, das vielfach gar nicht von den Gemeindegliedern selbst durchzuführen war. Ebenso haben die Gesetze über die Unterhaltungspflicht für Arme und das Bürgeraufnahmegesetz den Gemeinden große Lasten aufgebürdet. Es ist kein Zweifel daran, daß gerade in den Gemeindeverwaltungen eine Geschäftsvereinfachung nottat. Diese wurde auch vom Ministerium des Innern selbst gewünscht, und Bekk hat mehrfach die Absicht gezeigt, diesem äußerst mangelhaften Zustand abzuhelpfen.

Gerade durch all diese Ausführungen bekennt Andlaw selbst, seit wie langer Zeit sich die Mißstände in der badischen Verwaltung zusammengetragen haben. Es ist verständlich, daß eine so lange Entwicklung und die in ihr gemachten Erfahrungen keineswegs in einer Verwaltungsperiode von 1-2 Jahren, die Bekk dem Ministerium vor Ausbruch der Revolution vorstand, abgebrochen und

beseitigt werden konnten.

Auch dadurch, daß die Polizeigewalt in den Händen der Gemeinden lag, und damit - wie Andlaw betont - "in dem Willen der Mehrheit", ist vielen Gemeindevorstehern eine große Bürde aufgeladen worden, da sie bei pflichtgetreuer Ausübung ihres Amtes "der Privatrache ohne hinreichenden Schutz"⁶⁷⁾ ausgesetzt waren, was sich vor allem beim Ablauf der Amtsperiode und den daranknüpfenden Neuwahlen bemerkbar machte, indem sie nicht wiedergewählt wurden.

Auch auf das Problem der privilegierten Stände geht Andlaw näher ein, indem er sich ganz auf die Seite der - nach seiner Ansicht - so schmähhch Entrechteten stellt. Die den Standesherrn nach der Gründung des Großherzogtums Baden durch den Großherzog Karl Friedrich feierlich verbrieften Sonderverträge und Rechte seien ihnen "Stück für Stück unter namenlosen Streitigkeiten, Gefahren, Kostenaufwand, Erbitterung und Hohn" entrissen worden." Seine (des Adels) Stellung wurde überall eine unhaltbare, bis er im Jahre 1848 hoffen durfte, in die Lage eines mit den letzten Bürgern Gleichberechtigten zu treten"⁶⁸⁾. Dabei gibt er vielen dieser Standesherrn selbst eine große Schuld an dieser Entwicklung, indem er ihnen vorwirft, daß sie die Grundsätze der liberalen Strömungen teilweise selbst anerkannt hätten, und statt ihre eigenen Rechte zu verteidigen, sich höchstens abwehrend verhalten und oft gar keine "Teilnahme für die gerechten Beschwerden und großen Rechtsverletzungen" gezeigt hätten. Z.B. sei die Teilnahme vieler Standesherrn an den Kammerverhandlungen nur sehr mangelhaft gewesen.

Auf der anderen Seite gibt Andlaw auch zu, daß gerade die Gemeinden jener bevorrechtigten Standesherrn wegen ihrer vermehrten Leistungen als "sehr drückende Zugabe zu den mit anderen Orten gleichmäßig zu tragenden Lasten"⁶⁸⁾ um so leichter gegen ihre Obrigkeit aufzuwiegen waren. Einen Vorwurf richtet er hier auch gegen die Trägheit und Langsamkeit in der Gesetzgebung. Er behauptet, daß diesen unhaltbaren Zuständen schon längst frü-

her hätte ein Ende gemacht werden können, wenn sich die Regierung mit mehr Energie darum bemüht hätte. Natürlich läßt sich in der Theorie manches leichter und schneller erledigen als in der Praxis, wo dann noch so viele besondere Umstände auftauchen, die man im voraus gar nicht wissen und folglich auch nicht einbeziehen kann.

Das große Unrecht, das dem Adel widerfahren sei, wie z.B. gerade die schon mehrfach genannten Hemmungen durch den Deutschen Bund, beruht nach Andlaws Äußerungen darin, daß für diesen ein "Zwitterzustand" durch die neue Gesetzgebung geschaffen worden sei. Einerseits hat man ihm seine Selbständigkeit genommen, aber andererseits hat man ihm keinen Ersatz für den "Verlust seiner gesellschaftlichen Stellung" geboten, worauf er doch einen rechtlichen Anspruch habe. Die sich mehrenden Lasten, die den Gemeinden vom Staate her aufgebürdet wurden, sind gerade in den standes- und grundherrlichen Gebieten am härtesten fühlbar geworden. Daher hätten die Klagen nicht aufgehört; ständig sei es zu Verletzungen, Streitigkeiten und Prozessen gekommen, so "... daß alle irre wurden an ihren Rechten, an ihren Pflichten - Die Leidenschaften, der Haß waren entfesselt, es trat fast allgemeine Befehdung ein, ein Bürgerkrieg im kleinen, den die Feder diktierte und nährte"⁶⁹⁾.

Gerade hier hat sich auch der zu weite Spielraum der subjektiven Gerichtsentscheidungen sehr zum Nachteil des Adels bemerkbar gemacht, da die Richter oft eindeutig auf seiten der Gegenpartei standen. Allmählich sei so dem Adel ein Recht nach dem anderen entzogen worden. Dabei habe sich die Regierung oft den Anschein gegeben, als wolle sie dieselben noch schützen und ließ auch hier und da tatsächlich noch einzelne Leistungen und Verpflichtungen an adelige Berechtigte bestehen. Dazu bemerkt Andlaw: "Wahrhaftig, es wäre besser und vergleichsweise loyaler gewesen, geradezu auszusprechen: Wir wollen und vielleicht wir können diese Rechte nicht mehr schützen, wir nehmen sie euch und geben euch nichts dafür, ungeachtet des § 14 der Verfassung, ungeachtet der Verträge

die wir mit euch abgeschlossen, der Zusicherungen, die wir euch gegeben haben" ⁷⁰⁾.

Aber auch die Gemeinden hätten dabei keinen Nutzen davongetragen, da in den grundherrlichen Gemeinden immer noch genügend Lasten dem Adel gegenüber erhalten blieben, welche Abneigung und Haß gegen denselben erzeugten und auch die Rechtsbegriffe tief erschütterten.

Betrachten wir die drei Hauptbeschwerdepunkte noch einmal zusammenfassend, so wird dabei die Entwicklung einer Verwaltungsperiode ins Auge gefaßt, die sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt. Die eingeleiteten Umwälzungen im Staatsleben, die, hervorgerufen durch eine geistige Strömung im Staatsdenken wie im gesellschaftlichen und sozialen Leben überhaupt, auch in der Verwaltung notwendigerweise große Änderungen und Anpassungen mit sich bringen mußten, konnten sich unmöglich in wenigen Jahren vollziehen. Daß die altgewohnten Kräfte und Mächte sich sträuben würden, dem Neuen den Weg reibungslos freizugeben, war gar nicht anders zu erwarten. Dieses Ringen zwischen der sich mehr und mehr behauptenden Volkssouveränität und den dynastischen, konservativen Mächten sollte ohne radikalen Bruch, ohne eine "Revolution von unten", wie es das Beispiel Frankreichs zeigte, in Deutschland sich vollziehen. Daß Baden dabei durch seine geographische Lage als Grenzland gegen die Schweiz und Frankreich mit seinen vielen historisch verschieden gewachsenen Landesteilen und Landesherrschaften eine Sonderrolle spielte, darf auch nicht übersehen werden. Es war sicherlich keine leichte Aufgabe, dieses Land zu einer wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Einheit zusammenzuschweißen, und daneben zugleich einem neuen Staatsdenken Raum zu lassen, sich auf dem kürzesten Weg durchzusetzen. Der Weg, den diese Volkssouveränität sich bahnte, war ein langer, beschwerlicher, mit vielen Rückschlägen gezeichneter und durchaus nicht frei von Mißgriffen und negativen Randerscheinungen. Dabei muß aber auch anerkannt werden, wieviel

die badische Regierung im Vergleich zu anderen deutschen Bundesstaaten getan hat, den Volkswünschen entgegenzukommen, wieviele Vertreter selbst an den höchsten und verantwortungsvollsten Stellen die Sache des Volkes tatkräftig vertreten haben.

Wenn nun zu Beginn der Amtsperiode des Präsidenten Bekk im Innenministerium die Entwicklung zwar bis zu einem gewissen Grade fortgeschritten war, und die große Ungeduld des Volkes - oder doch wenigstens vieler Bürger - bei dem konservativen Adel eine Gegenreaktion hervorgerufen hatte, indem dieser nämlich um jeden Preis von seinen Rechten noch das zu retten suchte, was übrig geblieben war, so konnte man doch nicht verlangen, daß diese Entwicklung plötzlich eine Wendung erfährt durch das Eingreifen einer einzigen Persönlichkeit.

Bekk fand bei seinem Amtsantritt einen Verwaltungsapparat vor, an dem vieles unbefriedigend und reformbedürftig war; er fand eine gärende Volksmenge vor, die radikale Forderungen stellte, deren Befriedigung bis zu einem gewissen Grade auch durchaus in seiner persönlichen Absicht stand, wozu aber Gesetze notwendig waren, welche der Zustimmung der ersten Kammer sowie des Großherzogs und auch vieler konservativ denkender Mitglieder selbst der zweiten Kammer bedurften. Und das, was die tägliche Praxis von ihm forderte, war, unzählige kleinere und größere Streitigkeiten in den verschiedenen Landesteilen und auf den verschiedenen Verwaltungsgebieten zu schlichten

Andlaw geht nun auf verschiedene Einzelheiten der Regierungsmaßnahmen näher ein. Zunächst versucht er noch einmal grundsätzlich zu erklären, "... warum die badische Regierung in die Lage versetzt war, mit unbedingter Hingebung dem Zuge zu folgen (und die Märzzugeständnisse zu machen) ... abgesehen davon, daß die meisten Forderungen mit den Ansichten der Mehrheit der Regierungsmitglieder übereinstimmten oder ihnen wenigstens nicht entgegenstanden" ⁷¹⁾. Dabei stoßen wir wieder auf seine Grundhaltung.

die von Anfang an das konstitutionelle System ablehnt. Dieses die Volkssouveränität unterstützende Nachgeben der Regierung und ihre Anpassung an die Zeitforderungen, hat in der Entwicklung des landständischen Wesens schon ihre Wurzel gefunden, und zwar in den Grundsätzen, auf die die Gesetzgebung und auch die Verwaltung sich aufgebaut haben, wie weiter oben schon ausgeführt wurde. Viele Widersprüche hätten sich dabei ergeben, weil man einerseits noch dem "sogenannten historischen Recht" genügen wollte, andererseits aber auch den auf der Volkssouveränität fußenden Ideen Rechnung trug.

Andlaw sieht diese Unvollkommenheit in der Entwicklung der Staatsform nicht als einen Mangel an, den man zu bessern bestrebt sein muß, indem man den neu aufkommenden Ideen zum Durchbruch verhilft und sie den individuellen Gegebenheiten des eigenen Landes anzupassen und in diese einzubauen versucht, sondern er ist bestrebt, diese Ideen als einen Fremdkörper, als etwas Feindliches und Minderwertiges von vornherein zurückzudrängen und auszumerzen. Daher mußte er von diesem seinem Standpunkt aus folgerichtig die Maßnahmen der Regierung und damit auch Bekks als Präsident des Innenministeriums ablehnen und verurteilen, weil sie gerade das unterstützten, was Andlaw zu verhüten bestrebt war, nämlich das Sich-durchsetzen einer Staatsform, in der es keinen bevorrechtigten Adel mehr gab, in der die Bürger als Gleichberechtigte Anteil an der Bestimmung und Kontrolle der Regierung erhielten, ihnen auch gleiche Möglichkeiten zum Fortkommen in ihrem Beruf, zum Aufstieg in eine höhere gesellschaftliche Stellung, zur materiellen Besserstellung gegeben waren, sofern sie die nötige Befähigung und Energie mitbrachten.

Bekk rechtfertigt sich in seinem Nachtrag: Dasjenige, was er (Bekk) aus den vergangenen Monaten und Jahren "als eine neue Erfahrung für eine alte Wahrheit" gelernt habe, sei, "daß bei den deutschen Völkern vor dem Jahre 1848 den Ideen und Bedürfnissen der Zeit zu wenig Rechnung getragen wurde"⁷²⁾. Es sei "den deutschen Völkern die für ihre Entwicklungsstufe nötige freiheitliche

Bewegung und Selbständigkeit oder Beteiligung bei der Verwaltung ihrer Angelegenheiten" vorenthalten worden, "so daß der unablässig arbeitende kritische Geist den Stoff und die Macht fand, das für ihn zu schwache Gebäude eines nur von oben geleiteten sogenannten Bevormundungs- oder Polizeistaats seit lange her immer mehr zu untergraben"⁷³⁾.

Hier treten uns zwei Begründungen zum Aufkommen der Revolution entgegen, die völlig entgegengesetzten Folgerungen entstammen. Heute ist es keine Frage mehr; man wird sich von selbst der letzteren anschließen, und damit ist zugleich auch die Begründung Andlows ihrer Glaubwürdigkeit entzogen.

Weiter unten charakterisiert Bekk die Haltung Andlows sehr richtig, indem er sagt, daß Freiherr von Andlaw nicht allein die Revolutionsjahre, sondern auch die ganze Neuzeit am liebsten "aus der Geschichte ausstreichen" will.

Verständlicherweise zog Andlaw das Mißlingen der Revolution in allen Einzelheiten als Zeugen für die Richtigkeit seiner Meinung und Haltung herbei und trumpfte mit ihnen auf. Dieser - wenn auch nur vorübergehende - Erfolg des Konservativen Geistes warf die gesamte Entwicklung der Volksrechte und der konstitutionellen Bewegung, sowie in Baden als auch in ganz Deutschland weit zurück.

Die tatsächliche Schuld an dem raschen Nachgeben der Regierung war, daß ihr die materielle Macht zur Widersetzung gegen die stürmischen Forderungen fehlte. Hinzu kamen die Hemmungen durch den deutschen Bund und die Widersprüche durch die personelle Zusammensetzung der Regierung wie auch der beiden Kammern.

Eine weitere Ursache lag in dem ungleichen Verhältnis, daß die Städte im Vergleich zur Kopfzahl ihrer Einwohner viel stärker in der II. Kammer vertreten waren als die Landgemeinden, und daher auch die Interessen der ersteren im allgemeinen mehr berücksichtigt wurden.

Andlaw geht dann auf einen anderen Widerspruch ein, nämlich daß viele Bestimmungen der Verfassung "... entweder ohne Anwendung blieben, oder bei dem ersten Anlaß über den Haufen geworfen wurden, sobald der souveräne Wille sich nicht mehr daran gebunden glaubte"⁷⁴⁾. Als Beispiel führt er hier unter anderem an, daß den Kammern zwar verfassungsmäßig das Steuerbewilligungsrecht, beziehungsweise deren Verweigerung zustehe 1834 seien dann aber durch die Wiener Konferenzen "von der Regierung bestellte Schiedsgerichte" zur Bewilligung der Steuern ernannt worden. Damit war zwar der Grundsatz der Steuer-
verweigerung erhalten geblieben, aber deren praktische Durchführung aus den Händen der Volksvertreter in die der Regierungen gewandert, und damit wurde also praktisch der Grundsatz, der in der Verfassung erstrebt war, umgangen.

Andererseits hat sich der souveräne Volkswille auch über Paragraphen der Verfassung hinweggesetzt, wie z.B. über den § 23: (Die Berechtigungen des reichsunmittelbaren Adels bilden einen Bestandteil der Verfassung). Viele ähnliche Widersprüche haben sich im Laufe der Jahre offen gezeigt und haben in den Landtagsverhandlungen die heftigsten Debatten hervorgerufen, wie z.B. 1841 über die Urlaubsfrage. Gerade an diesem Problem hatten sich die Lager gespalten, denn sowohl die Kammer wie auch die Regierung haben von ihren verschiedenen Standpunkten aus zugleich recht und unrecht gehabt. Der Sieg der Kammer in diesem Streit, wie dann auch der Eintritt Bassermanns in die II. Kammer haben nach Andlaws Meinung die große Wendung hervorgerufen, nach welcher "die Regierung jedes wirksamen Einflusses auf den Gang der Ereignisse"⁷⁵⁾ beraubt worden sei. Ihr "passiver Widerstand" hat sich danach immer stärker verringert. Die Stellung der Minister ist mehr und mehr herabgesunken zu einem - wie Andlaw sagt - "willfährigen Werkzeuge, weniger der Kammermehrheit, als einer ... immer an Zahl wachsenden Minorität"⁷⁶⁾. Um sich selbst noch behaupten zu können, hätten die Minister eine gleichsam

über allen Parteien stehende Stellung einnehmen und darüber hinaus "... mit Freund und Feind das Streben nach Popularität"⁷⁷⁾ teilen müssen. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß sie zuweilen auch selbst gegen die Regierung in Opposition gerieten, um nicht allgemein als Anhänger eines reaktionären Ministeriums zu gelten.

Als der Religionsstreit um die Deutschkatholiken sich immer mehr zuspitzte, in dem die Opposition die absolute Glaubensfreiheit vertrat - Andlaw nennt es "die Unterdrückung des Glaubens durch den offenen Unglauben" -, half sich die Regierung letztlich durch die Auflösung der beiden Kammern, deren Neuwahlen, wie bereits weiter oben erwähnt, eine überwiegende Mehrheit der Radikalen ergaben. Nun lag es an der Regierung, wenn sie sich das Vertrauen der Kammermitglieder erhalten wollte, sich entsprechend umzustellen; und so kam es im Dezember 1846 zu Bekks Wahl zum Präsidenten des Innenministeriums, weil er als gemäßigter Liberaler allgemeines Vertrauen auf beiden Seiten, sowohl bei den Konservativen, wie auch bei den damals sich noch nicht so radikal gebärdenden Linken der liberalen Partei besaß.

Anhand von drei Punkten, die 1846 in der Hauptdiskussion standen, versucht Andlaw Bekks "parlamentarische Stellung" zu umschreiben, womit er beweisen will, "... daß er durch die Notwendigkeit, seine Kollegen und sich an der Stelle zu erhalten, das verteidigen mußte, was er früher in der Kammer teilweise bekämpfte und nach den Märzbewegungen wieder als seine Meinung geltend machte"⁷⁸⁾. Der erste Punkt betraf den deutschen Bund, die anderen beiden die Presse und die kirchlichen Dissidenten. Diese Verhältnisse werden weiter unten in einem gesonderten Kapitel genauer untersucht werden.

Aber auch anhand von verschiedenen Verwaltungsakten versucht Andlaw eine Änderung in Bekks Haltung im Laufe der Zeit aufzuzeigen, die sich nachteilig auf die Regierung als solche und in bezug auf den Durchbruch der

Revolution ausgewirkt haben sollten.

Am 29. April 1848 hatte der Abgeordnete Mathy eine Motion eingebracht, worin er ein Materialgesetz gegen Beamten forderte, die ihre Pflicht vernachlässigten. Andlaw vertritt die Meinung, daß zwar ein großer Teil der Beamtenschaft aus Angst oder aber auch mit Absicht die Anordnungen der Regierung nicht vollzogen haben, und insofern unter ein solches Gesetz fallen müßten. An diesem Zustand der Pflichtuntreue trüge aber Bekk selbst mit Schuld, weil er "seine Organe vorzugsweise unter der Zahl der verschiedenen Anhänger der Revolution, oder wenigstens nur solcher wählte, welche dem 'Volk', was er so nannte, nicht unwillkommen waren"⁷⁹⁾. Hier sei z.B. an den Fall Peter erinnert, von dem zu Anfang des Kapitels die Rede war. Diese "Regierungspolitik" hätte zur Folge gehabt, daß selbst die Pflichttreuen unter der Beamtenschaft schwankend geworden seien. Es sei von ihnen ein "ungewöhnliches Maß von Charakterfestigkeit und Überzeugungstreue"⁸⁰⁾ gefordert worden.

Vielfach haben sich die Ämter, die der Bedrängung durch die Revolutionäre, durch die Vereine und in den Tagen der Erhebung selbst der sogenannten "Sensenmänner" nicht mehr Herr wurden, sich bei ihren Entschlüssen darauf berufen, sie seien nicht die "kompetente Behörde" gewesen, diesem Treiben tatkräftig entgegenzutreten. Dazu bemerkt Andlaw: "Diese kompetente Behörde war die unmittelbar unter dem Ministerium des Innern stehende Kreisregierung, welche so wenig wie das Ministerium den freiheitlichen Volksbewegungen ein Hindernis bereiten wollte"⁸¹⁾. Solange Andlaw hier unter "freiheitlichen Volksbewegungen" nicht ein revolutionäres, gewaltsames Aufbegehren gegen die bestehende Staatsordnung versteht, hat er gewiß recht mit dieser Behauptung; jedoch dort, wo sich radikale Umsturzversuche anbahnten, ist die Regierung sehr wohl dagegen eingeschritten.

Denken wir z.B. an das Zensurwesen und an die Überwachung oder Verbote von Vereinen und Versammlungen - Die Schwierigkeiten lagen eben darin, eine gerechte

Grenze zu ziehen zwischen dem, was ohne schädliche Folgen zugelassen werden durfte und dem, was als verräterisch unterdrückt werden mußte. Die jeweilige Entscheidung war dabei auf den Einzelfall mit seinen besonderen Umständen abzustimmen. Dabei war es kaum zu vermeiden, daß hier und da etwas verboten oder auch erlaubt wurde, das an anderer Stelle bei ähnlichen Umständen eine entgegengesetzte Entscheidung traf. Hinzukam, daß die Regierung im Einzelfall oft nicht den klaren Einblick und dazu nicht die Möglichkeit hatte, sofort vorbeugend einzugreifen. Es hätte geradezu ein knechtischer Polizeiparapparat dazu gehört, alles und jedes aufzuspüren und im voraus zu verbieten. Ein solches Verfahren hätte allerdings nicht im Sinne der Regierung gelegen, und hätte dazu wohl auch eine noch stärkere Gegenreaktion hervorgerufen, denn - wie mit Bekks Worten oben bereits gesagt wurde - vermag es selbst der stärkste Riese nicht, gegen die Naturgewalten aufzukommen.

Am deutlichsten sprach Andlaw seine Kritik an der Verwaltung in der Sitzung der I. Kammer vom 25 April 1848 aus, wo er sagte: "Aus den furchtbaren Lehren der letzten Tage darf die hohe Regierung wohl erkannt haben, daß die bisherige Verwaltungsweise des Ministeriums des Innern ihren Interessen so wenig als denen des Volkes entspricht. Das Kunstgebäude der Vielregiererei ist eingestürzt vor der Gewalt der Empörung. Es zeigte sich deutlich, daß das bürokratische Regiment keine Wurzel im Volke gefaßt hatte, und nachdem unsere Kräfte seit länger als einem Menschenalter zum Aufbau und zur Erhaltung administrativer Gewalt ausgebeutet worden sind, läßt uns diese Gewalt plötzlich schutzlos in den Tagen der Not und der ernststen Sorge. Das Räderwerk ist abgenützt, es bewegt sich noch in einer Papierregierung ohne Wirkung und Folge, in Proklamationen, welche das Volk verachtet. Es bedarf neuer und besserer Elemente, soll unsere ganze Zukunft nicht dem Verderben verfallen, soll die Zivilisation selbst bei uns nicht untergehen...".

..."All' diesem Schmerz hätte vorgebeugt werden können.

wenn man die Unordnung nicht auf eine unbegreifliche, gesetzwidrige Weise hätte anwachsen lassen, bis sie zu solchen beklagenswerten Katastrophen führte "82)

Zur Besserung der Zustände fordert Andlaw eine umfangreiche Geschäftsvereinfachung, nicht allein aus Sparsamkeitsgründen, sondern vielmehr, um dadurch zu schnelleren und klareren Entscheidungen zu gelangen. Er beklagt dabei " .. diese unnützen Schreibereien, diese Anfragen und Briefträgereien durch so viele Stellen, diese Kompetenzkonflikte, diese Entscheidungen, die in den obersten Kollegien erfolgen, während die nächste Behörde sie nicht nur weit schneller, sondern viel geeigneter entscheiden könnte, diese Plackereien der Gemeinden über formelle, oft höchst gleichgültige Dinge, diese komplizierten Rechnungsführungen, wodurch die meisten Gemeinderechner in der Lage sind, sich die Gemeinderechnungen durch andere stellen zu lassen, diese Volksbeglückungsanstalten aller Art, welche über Gebühr so viele Gemeinden gegen ihren Willen belasten, die Beamtenwillkür, wie sie bis vor kurzem herrschte und nun meist in ein anderes Extrem umschlägt... "83)

Eine neue Gemeindeordnung könnte all diese Mängel beheben, denn die bisherige war tatsächlich mangelhaft und trug eine große Schuld an den Mißständen. Sie war lediglich eine Übergangslösung, gleichsam ein Vorstoß in ein fremdes, neues Gebiet, in dem erst langsam Stück für Stück der Boden erobert werden mußte. Ob diese Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. s. tatsächlich hätte beschleunigt werden können, so wie die Verhältnisse nun einmal lagen, ist vom heutigen Standpunkt aus schwer zu beurteilen. Daß jedenfalls die Schwerfälligkeit des ganzen Verwaltungsapparates zu dem Emporkommen der Revolution beitrug, ist nicht zu bezweifeln. Aber gerade diese Tatsache, daß eine Veränderung in der Verwaltung wie überhaupt in irgend einer anderen Institution des Staatslebens damals derartig viel Zeit benötigte, um sich schließlich gegen alle hemmenden Kräfte durchzusetzen, beweist zugleich auch die Unmöglichkeit, von einem Ministerwechsel

in kürzester Frist eine Patentlösung aller Übelstände zu erhalten. Wenn man Bekk schon den Vorwurf macht, er habe nichts gebessert an den Zuständen, sondern eher sich noch auf diese eingestellt, wenn man behauptet, er sei zu energielos gewesen, sich den Revolutionären mit Macht entgegenzustellen, um so die Erhebungen zu verhindern und zu unterdrücken, so darf man dabei keineswegs diese Macht der Maschinerie unterschätzen, in die er plötzlich als ein leitendes Rad hineingezwängt wurde. Notwendigerweise wurde Bekk dadurch in die Lage versetzt, vieles, was er früher als ein Außerhalbstehender kritisieren konnte, nun selbst anordnen zu müssen, wenn er nicht vollends das Vertrauen in die Regierung verlieren und das "Staatsschiff" zum Sinken bringen wollte. Diese teilweise Anpassung an die gegebenen Verhältnisse wurde ihm von seinen politischen Gegnern als Schwäche und als Fehler ausgelegt, während es seine Freunde als eine nicht zu umgehende Politik ansahen.

In dieser oben genannten Kammersitzung gab Andlaw offen zu, daß die Lage der Regierung schwierig sei, und daß "... die Männer an ihrer Spitze gleichsam in Zwiespalt mit ihren eigenen Prinzipien geraten, ...⁸⁴⁾ - womit er Bekks Stellung deutlich charakterisierte. Was Andlaw aber vor allem in Gegensatz zu Bekk stellte, drückt er selbst so aus: "Seine (Bekks) politischen Ansichten standen aber, wie ich schon wiederholt angedeutet habe, einem tatkräftigeren Auftreten entgegen"⁸⁵⁾. Er habe den untergebenen Beamten keinen hinreichenden Schutz gewähren können, "da das Ansehen der Regierung, welche überall nur die Volksmeinung befriedigen wollte, gebrochen war", und so hätte er selbst auch von dieser Seite her keine Hilfe erwarten können.

Auch Staatsrat Nebenius sowie Geheimrat Mittermaier hätten mit großem Einfluß "... auf die Entwicklung unserer Landesangelegenheiten stets und meist unheilvoll eingewirkt"⁸⁶⁾. Ihr hemmender Einfluß, dort, wo ein rasches und entschiedenes Durchgreifen notwendig gewesen wäre, habe beigetragen zu den Mißerfolgen der Regierung. Andlaw

behauptet: "Bekk suchte, wie wir sahen, solche Werkzeuge, die um die Gunst des Tages buhlten. Peter und Stösser wurden z.B. bekanntlich deshalb nur zu Regierungsdirektoren ernannt, weil beide den Gegnern willkommen waren. Der erste ward zum offenen Verräter, der andere war, neben schätzenswerten Eigenschaften, durch Alter und Unbekanntschaft mit der Verwaltung zu der Stelle nicht geeignet, abgesehen davon, daß er sich den Radikalen annehmen zu machen suchte..."⁸⁷⁾.

Andlaw sah sich daher verpflichtet, das, was in seiner Macht stand, zu unternehmen, um auf diese unglückliche Entwicklung in seinem Sinne einzuwirken. Er brachte eine Motion in die erste Kammer ein, worin er nahelegte, "... Se. k. Hoheit den Großherzog ehrerbietig zu bitten, eine Untersuchung zu befehlen, ob nicht Mitglieder der obersten Staatsbehörde, oder der Regierung nahestehende Männer tatsächlich die Pläne der Revolutionspartei im Lande fördern ..." und "... diese Staatsdiener ihrer Dienste zu entlassen"⁸⁸⁾. Andlaw betont, daß er dabei noch gar nicht an Bekk gedacht habe, nachdem er nun aber seine Schrift kenne, wundere er sich nicht mehr, daß es zum Revolutionsausbruch gekommen sei. Dieser Motion wurde nicht stattgegeben, vielmehr verlangte man von Andlaw, daß er seine Anliegen - wenn überhaupt - dann auch in Form einer Anklage oder Beschwerde gegen die betreffenden Regierungsmitglieder in klarer Formulierung erheben soll. In der Sitzung vom 19. Mai 1848 lag die Beschwerde in 8 Punkten formuliert vor, sie wurde aber auf "den Wunsch des Präsidenten und der Kammer" nicht verlesen und blieb daher auf sich selbst beruhen.

Daß Andlaw Bekks Regierungsweise verurteilen mußte, liegt - wie wiederholt gesagt - in ihren verschiedenen politischen Standpunkten klar begründet. Beide schildern und begründen sie die Ursachen zur Revolution von 1848/49 aus ihren persönlichen Anschauungen; dabei hatte ersterer es leicht, nach Überwindung der Revolution durch die konservativen Kräfte all die Bestrebungen und mißglückten

Lösungsversuche seines Gegenspielers nachträglich zu geißeln. Was jedoch die Form anbetrifft, so hat Bekk sich darüber zu beklagen gehabt. In seinem Nachtrag äußert er sich dazu; daß er selbst lediglich die "revolutionären und anarchischen Bestrebungen" verurteilt habe, aber sonst gegen keine Person polemisierte. Frhr.v.Andlaw richtete dagegen seine Druckschrift gegen ihn selbst und habe die Tatsachen so ausgewählt, daß er damit ein "nach vorgefaßter Meinung festgestelltes Thema"⁸⁹⁾ beweisen könne. Dabei hätte er mit Phantasie und ohne die nötige Konsequenz die Vorgänge in eine "scheinbare Verbindung" mit seinen eigenen Ideen gebracht. Hätte Andlaw in der Zeit von 1847 - 1849 an seiner Stelle das Innenministerium unter sich gehabt, so könnte Bekk dann "alle scheinbaren oder wirklichen Fehler oder Versehen, die er begangen hätte oder begangen haben sollte, ihm gegenüber zusammenstellen und einen Zusammenhang derselben mit dem unglücklichen Ausgang unserer Bewegung nachweisen. Denn die Eitelkeit traue ich ihm nicht zu, daß er meinen sollte, er wäre im Stande gewesen, das Unheil abzuwenden"⁹⁰⁾.

Bekk beanspruchte von Frhr.v.Andlaw gar nicht eine "billige oder humane Beurteilung", wogegen er sich wehre sei nur, "... daß man keine unwahren Tatsachen gegen mich aussage, daß man nicht Folgerungen auf unwahre Voraussetzungen baue"⁹¹⁾. Der Nachtrag Bekks beabsichtigte lediglich eine Berichtigung dieser Irrtümer um der "geschichtlichen Wahrheit" willen; daneben geht er nicht mehr im einzelnen auf die Anschauungen Andlaws ein.

Bekks Haltung in den Verhandlungen der II badischen Stände-
kammer von 1846

I. Der Zustand der badischen Presse und die Verhand-
lungen über Pressefreiheit und Zensur

Die Freiheit der Presse, die wie die der Rede und der Versammlungen zu den "Lebenfragen des Liberalismus" schlechthin gehört, war in der II. Kammer zu einem der Hauptstreitpunkte zwischen den Liberalen und der Regierung geworden. 1841 war beim Bund das provisorische Ausnahmegesetz bezüglich der Zensur auf weitere 6 Jahre erneuert worden. Die allgemeine Ungeduld über das ständige Hinausziehen einer endgültigen Regelung der Pressefreiheit machte sich in kleineren und größeren Angriffen gegen diejenigen, die für die Zensur verantwortlich waren, Luft

Um den Zustand der Presse zu Anfang des Jahres 1847 näher zu charakterisieren, wird hier ein Aufsatz aus der Feder des Heidelberger Historikers Ludwig Häusser in der "Allgemeinen Zeitung"¹⁾ als Grundlage benutzt. Häusser spricht da von der sogenannten "guten" Presse im Sinne der Regierung, welche die ministeriellen Interessen vertrat, im Gegensatz zu der "schlechten", liberalen und radikalen Presse. Jene mit gut bezeichnete Presse trug aber den großen Mangel an sich, eine künstlich geschaffene zu sein, da den Gegnern durch die Zensur das Wort entzogen wurde und sie auch keiner "geschlossenen und selbständig agierenden Partei"³⁾ entsprang. Einem solchen Organ, dem von Anfang an durch diese Zensur "ein Stempel der Unwahrheit und Zweideutigkeit"³⁾ aufgedrückt war, stellten sich daher auch keine "guten Köpfe von Gesinnung" zur Verfügung; so bliebe das Feld jenen, die zwar begabt für die Feder, aber ohne Gesinnung waren oder solchen, die es zwar ehrlich meinten, aber keine Fähigkeit hatten, sich mit klaren und geschickten Traktaten durchzusetzen.

Häusser sagt deutlich: "Einen scharfen und allezeit schlagfertigen Kampf gegen die Gegner durchzuführen, bald angriffs-, bald verteidigungsweise ein bestimmtes System der Regierung mit allen seinen Konsequenzen aufrechterhalten und über dem Lokalen und Persönlichen die leitende staatsmännische Idee nie aus den Augen verlieren - das haben unsere Organe von der ministeriellen Presse noch nirgends gelernt"⁴⁾. Die Schuld daran gab Häusser den Regierungen selbst, da sie die Presse lediglich als ein notwendiges Übel ansahen, statt sich derselben mit Geschick und Bedacht zu bedienen. Die Regierung habe es versäumt, ihre Zeitungen gebührend ins Vertrauen zu nehmen und sie in die Regierungspolitik einzuweihen. Trotzdem seien letztere in der Lage gewesen, die Regierungsmaßnahmen verteidigen zu müssen. Daher war es nicht mehr erstaunlich, daß es diesen Zeitungen notwendigerweise sowohl an politischen Kenntnissen wie auch "politischem Takt" gefehlt hat. Diese Presse verstand es nicht, mit den politischen Gegnern - wie Häusser sagt - "würdig und staatsmännisch" zu verhandeln, vielmehr seien jene als "Jakobiner" behandelt worden, und so wurde indirekt die Polizei ins Feld geführt. Häusser bemerkt dazu: "Sie erreichten damit nichts, als daß sie die aura popularis, gegen deren Helden sie sich versündigt, gegen sich erbitterten. Wieviel klüger hätten sie gehandelt, wenn sie den kleinlichen, persönlichen Kampf gegen die politischen Gegner fallen ließen und dafür den Mut hätten, auch ein freies und unabhängiges Wort zu reden, statt jedes Ärgernis und jeden Mißbrauch pflichtschuldigst unter die Fittiche zu nehmen"⁵⁾.

Als jene Zeitungen, welche die Regierungsinteressen und die konservativen Ideen vertraten, werden hier die "Karlsruher Zeitung", das "Mannheimer Morgenblatt", der "Tagesherold", die "Freiburger Zeitung" und die "Süddeutsche Zeitung" genannt. In der kurzen Charakterisierung einer jeden zeichnet Häusser ein äußerst befriedigendes Bild von der Vertretung der Regierung durch diese publizistischen Organe.

Von der "Karlsruher Zeitung" erwartete er wenigstens, daß sich ihr Gesicht unter Dr. Giene, der am 1. April 1847 die Chefradaktion übernommen hatte, positiver verändern würde und daß von da an die Gegner "... darin ohne Zweifel mit einer anständigen und gewandten Polemik bekämpft werden"⁶⁾. Von dem Schreiben, das Minister Bekk anläßlich seiner neuen Aufgabe an Dr. Giene schickte, sagt Häusser: Es sei diesmal ein "ganz anderer Ton" gegen die Presse und deren Vertreter angeschlagen worden, als man es bisher von den Ministern gewohnt sei. "... Muß man nun ohne Zweifel es als einen Fortschritt begrüßen, daß eine Regierung daran denkt, ein publizistisches Talent, das sich bereits vielfach ausgesprochen, und das durch seine politische Doktrin eine bestimmte Stellung eingenommen hat, bei Leitung eines solchen Blattes frei gewähren zu lassen, ..." ⁷⁾, so seien damit aber noch lange nicht alle zu erwartenden Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt.

Weitaus schlimmer kennzeichnete Häusser den Zustand des "Mannheimer Morgenblattes", welches er als "Muster" dafür hinstellt, wie man "ein ministerielles Blatt nicht schreiben muß." Es sei voller Gehässigkeiten und persönlichem Klatsch lokaler Art. "... Die leichte Kunst, Personen und Sachen zu vermischen, Liberalismus als Jakobinismus zu denunzieren und die Regierung, statt sie zu vertreten, in die falsche Stellung einer überreizten und animosen Partei hineinzuschieben, ist selten mit einem so trübselig guten Erfolg geübt worden, wie in dem bezeichneten Blatte..." ⁸⁾.

Auch von dem Konstanzer "Tagesherold", der als Gegengewicht gegen die radikalen "Seeblätter" dienen sollte, war nicht viel zu erwarten. Häusser weist sehr skeptisch auf den Redakteur dieses Blattes, F. Strohmeier, hin, "... der sein publizistisches Debüt im Jahre 1832 im 'Wächter am Rhein' ablegte, dann auswanderte und jetzt, zur Ruhe gekommen, sich zur Fahne des gemäßigten Fortschrittes bekannt..." ⁹⁾. Dabei hegt er den Wunsch, "... daß der Redakteur des 'Tagesherolds' in Mäßigung und

Anstand sich als größerer Meister bewähren möge, als der Herausgeber des 'Wächters am Rhein'... "10)

Daneben stellt Häusser die beiden konservativen Freiburger Blätter, die "Freiburger Zeitung", welche er als ein seltsames "Zwitterding des konservativen Liberalismus" bezeichnet, und die "Süddeutsche Zeitung", die als einzig entschieden reaktionäre in Baden gelten könne. In ihrer Kirchenpolitik habe sie den Ultramontanismus "ganz dick und ohne spekulative Umhüllung" zur Schau getragen. Seitdem sich die Hoffnungen auf Erfolg des Petitionssturmes in der II. Kammer von 1846 zerschlagen hätten, stand sie ebenso verbittert gegen die Regierung wie gegen die Opposition, gegen den Liberalismus und Radikalismus.

Die Presse im liberalen Gegenlager hatte es in mancher Beziehung leichter, da sie es war, die den Fortschritt und die Bewegung auf ihrer Seite hatte. In bezug auf die nationalen, wie auch die kirchlichen und sozialen Interessen, deckten sich ihre Forderungen weitgehend mit den allgemeinen Wünschen unter dem Volke. Ihr Einfluß und ihre Anerkennung wuchsen dadurch enorm, was aber, wie Häusser sagt, nicht den Vertretern, sondern der Sache selbst galt. Er sieht zugleich aber auch die Gefahr der liberalen Presse heraufziehen, die ebenso wie die konservative zu ihrem Fortbestand eines "positiven Hintergrundes" bedürfe. "... Ein Geschöpf der öffentlichen Meinung", so lesen wir bei Häusser, "vermißt diese Presse sich nicht selten, Schöpferin derselben sein zu wollen, und trifft so mit der subventierenden Regierungspresse in der argen Prätension zusammen, eine politische Gesinnung, Ansicht oder Meinung durch künstliche Hébel erschaffen zu wollen" 11)

Daß sich in diesen Blättern das sogenannte "Jungentum" austoben konnte, während sich qualifizierte Persönlichkeiten mit wahrer Erfahrung, Bildung und Ernst zurückhielten, daran trug die Zensur dieser Blätter

schuld. "Daß Staatsmänner, Geschäftsleute, Personen von Bildung, Einsicht und Charakter sich ihr Konzept von einem Lokalbeamten mußten korrigieren lassen, konnte sie unmöglich ermutigen, der Presse ihre Feder zu leihen" ¹²⁾. So blieb das Feld der "Unreife und Petulanz" überlassen. Immer wieder tauchte die Forderung nach der Pressefreiheit auf, und zwar mit einem strengen Pressegesetz gegen den Mißbrauch und die Demoralisierung. Häusser meint, es würde sich beweisen, daß das Land dieser Freiheit wert sei. Jedoch dürfe ein solches Gesetz nicht "durch Klauseln und Kautelen die zugesagte Freiheit wieder illusorisch machen" ¹³⁾.

Zu den am meisten verbreiteten Blättern der Linken, welche natürlich auch wieder verschiedene Schattierungen zwischen Liberalismus und Radikalismus aufwiesen, gehörten das "Mannheimer Journal", das nach Häussers Meinung als Organ der Kammeropposition aber ziemlich "kraftlos" sei, gegenüber der "Oberrheinischen Zeitung", welche schon mehr der Meinung der Linken in der Kammer wie auch der Bevölkerung entspräche, die durch "Ton und Manier wenigstens nicht abstößt" ¹⁴⁾. Daneben nennt er die in Mannheim erscheinende "Abendzeitung", die "je nach der Witterung konstitutionell, radikal, sozialistisch und kommunistisch ist." Sie bringe ein "Sammel-surium von Halbwahrem und Unwahrem, eingekleidet in ein saloppes Gewand schlechten, burschikosen Stils" ¹⁵⁾. Die "Seeblätter" in Konstanz würden jene oben gezeichneten Gedankengänge und Ideen ins "minder Populäre" übertragen. Daneben spricht Häusser noch von den beiden Wochenzeitungen der "Deutsche Zuschauer", den Gustav von Struve herausgab, und der "Rundschau" von Mathy. Struve führte in seinem Blatt den Kampf der sogenannten "Ganzen" gegen die "Halben". Häusser nennt ihn einen energiegeladenen, ehrlichen, aber verrannten politischen Ideologen. Mathy's "Rundschau" dagegen habe einen sehr großen Einfluß ausgeübt und sei bei der Kammerauflösung von 1846 geradezu eine "politische Macht" geworden, "das Muster eines populär liberalen Blattes, voll schneidender

Polemik gegen die politische und kirchliche Reaktion"¹⁶⁾ Ihr sei zu einem großen Teil der Sieg der Liberalen in der neugewählten Kammer zuzuschreiben gewesen.

Erst am 1. Juli 1847 erschien bei Friedrich Bassermann in Mannheim dann erstmalig die "Deutsche Zeitung" unter der Leitung von G.F. Gervinus, L. Häusser, K. Mathy, K. Mittermaier und G. Höfken. Leonhard Müller bezeichnet diese Zeitung als "in formeller und materieller Hinsicht ein Meisterstück deutscher Publizistik in diesem großen Wendepunkt des nationalen Lebens"¹⁷⁾. Die radikale Presse nannte sie abfällig die "Professorenzeitung". Bekk schrieb am 30. Juli 1847 an Mittermaier: "... Ich erkenne ihre Vorsätze und halte das Blatt im allgemeinen für sehr gut, wenn ich gleich noch mancherlei in politischer Beziehung vermissem"¹⁸⁾

Der Heidelberger Literaturhistoriker Gervinus, der die Verantwortung für die Redaktion übernommen hatte, stellte gleich in der ersten Nummer dieses Blattes das zukünftige Programm vor. Die politischen Grundtendenzen waren, die Gemeinsamkeit und Einheit der deutschen Nation auf der Grundlage eines allgemeinen deutschen Rechtes zu fördern. Dabei sollte das Prinzip der konstitutionellen Monarchie vom Standpunkt der kleineren deutschen Staaten aus verteidigt werden. Sie wollte eintreten für die Belebung der Industrie- und Handelsverhältnisse, für die Ausdehnung der preußischen Wehrverfassung auf die übrigen deutschen Staaten, für Gewissens- und Kirchenfreiheit, wobei aber "mit einer weise umschriebenen Freiheit der Lehre, dem Unsegen der Spaltung überhaupt"¹⁹⁾ vorzubeugen sei, und für die Abschaffung der bevorrechteten Stände. Die Form wollte man in "würdigem und anständigem Ton" abfassen und alles "Hell-dunkel spekulativer Terminologie" vermeiden. Außerdem sollten alle Mitarbeiter auf zuverlässige Quellen und strengste Quellen und strengste Wahrheit bei den Mitteilungen achten.

Aus dieser knappen Zusammenfassung ergibt sich - bis

auf jene erfreuliche Ausnahme der "Deutschen Zeitung" - jedenfalls das Bild einer äußerst mangelhaften Publizistik, gesehen mit den kritischen Augen eines gut unterrichteten Zeitgenossen. Diese Presse konnte weder auf der Regierungsseite noch auf der der Linken Befriedigung hervorrufen. Die Politiker und Gelehrten waren sich ebenso wie die Regierung klar über die Unhaltbarkeit dieses Zustandes. Auf beiden Seiten wünschte man nicht nur eine gute, sondern auch freie Presse. Die Regierung fürchtete dabei, einerseits nicht auf die Zensur verzichten zu können, ohne einen Sturm der radikalen Strömungen aufkommen zu lassen, und andererseits war sie durch das Bundesgesetz gebunden. Die einzige Hoffnung, diesem Zustande abzuhelpen, hegte man noch gegenüber dem zu erwartenden Bundesgesetz. Aber es sah nicht so aus, als ob von dort her eine baldige Entscheidung zu erwarten sei. Daher verlangte man in der Kammer immer heftiger eine eigene Entscheidung des Großherzogs, falls der Bund das 1847 ablaufende Ausnahmegesetz noch einmal verlängert haben wollte.

In der Sitzung vom 20. Januar 1846 brachte der Abgeordnete Platz eine Motion in die 2. Ständekammer ein, worin er die Forderung begründete, den Großherzog, durch eine Adresse dazu zu bewegen, daß die badische Regierung beim Bundestag auf die Erlassung eines allgemeinen deutschen Pressegesetzes hinwirken möge. Durch die baldige Auflösung des Landtages blieb diese Motion ohne Folgen, und wurde dann erst in der neu gewählten Kammer von dem Abgeordneten Peter wieder aufgegriffen. Diese beiden Motionen wurden zur Grundlage heftigster Diskussionen, deren Verlauf in ihren Grundzügen hier zur Erklärung der politischen Verhältnisse und vor allem auch der Haltung Bekks in diesem Meinungsstreit untersucht werden sollen.

Die Hauptmotive, die sowohl der Abgeordnete Platz wie später auch der Abgeordnete Peter für die Presse-

freiheit und gegen die Zensur hervorbrachten, waren folgende:

Platz trat als Anwalt für die Regierungsmaßnahmen auf und versuchte zunächst die Schwierigkeiten zu erklären, die der Regierung bei der Ordnung der Presseangelegenheiten im Wege lagen. Daher griff er faktisch zu einer Verteidigung der Zensur, ohne sie doch letztlich zu bejahen. Da der größte Teil der Tagespresse ohnehin vom Radikalismus "beschlagnahmt" sei, und auch in Wirtschaftsfragen sowie in der Zollpolitik "die freieste Erörterung für und wider" in den öffentlichen Blättern stattfinde, so könnte man nicht davon reden, daß die Zensur der "materiellen Wohlfahrt" hemmend entgegenwirke²⁰⁾. Dieser "ohnmächtigen Zensur", wie Platz sie nennt, stehe gar nicht das Gewicht zu, das man ihr beimesse. Außerdem sei sie vielmehr eine Waffe in den Händen der Gegner der Regierung, als in denen der Regierung selbst, da sie den Radikalismus populär mache, "indem sie ihn mit der Glorie des Märtyrertums umgibt". Dieser werde später schon noch einmal sehen, "was er an der Zensur gehabt hat". Letztlich kommt Platz zu dem Schluß, daß die Presse unleugbar ein Institut sei, das sich überlebt habe und mehr schade als nütze. Für unreife politische Zustände sei sie das Naturgemäße, denn "die Pressefreiheit kann unter Umständen das schlimmste Geschenk für einen werdenden Staat sein"²¹⁾. Jedoch sei sie in der dermaligen Zeit nicht mehr zu verantworten, wo die Entwicklung nicht nur in der Wissenschaft und Forschung ungehemmt fortschreite, sondern auch in der Kammer eine "freimütige Besprechung der öffentlichen Zustände" gestattet sei. Man könne nicht auf der einen Seite etwas hemmen, was auf der anderen gefördert wird.

Diesen Ausführungen liegt die Erkenntnis zugrunde, daß es eigentlich die Regierung selbst sein müsse, die die Zensur abgeschafft wissen will, da sie den größeren Schaden durch dieselbe erleide, und nicht die Opposition. Umso kläglich und bedauernswerter erklärt sich hieraus die Lage der Regierung, auf deren Schultern die Doppel-

last ruhte: Sie war dazu verurteilt, eine Institution aufrechtzuerhalten, die ihr nicht nur keine Hilfe, sondern Schaden einbrachte, und obendrein traf sie noch der Vorwurf, sie knebele dadurch die Freiheit der Meinungsäußerung ihrer Bürger im Widerspruch zur Bundesakte.

Der Abgeordnete Peter kritisierte in seiner Motionsbegründung am 22. Mai 1846 von der radikalliberalen Seite aus die Ausführungen seines Vorgängers, der nach seiner Ansicht den Freunden der Zensur das Wort geredet habe, obwohl es ein Plädoyer für die Pressefreiheit und gegen die Zensur sein sollte. Peters Verurteilung der Zensur beruhte in der Hauptsache auf dem Vorwurf, daß ihre Ausübung auf dem "individuellen Ermessen" von abhängigen Regierungsbeamten fuße, was gleichbedeutend sei mit reiner Willkür. Er sagte wörtlich: "Da in dem Maße der Verstandeskräfte und der Kenntnisse, der Engeherzigkeit, der Ängstlichkeit und des Dienstetifers unter den Zensoren große Verschiedenheit herrscht, so ist von einer Gleichförmigkeit in Anwendung der Zensurinstruktionen natürlich keine Rede"²²⁾. Er vertrat im Gegensatz zum Abgeordneten Platz die Ansicht, daß die Zensur "die Waffe der Parteien ungleich" mache, und zwar zugunsten der Regierung, indem sie "... die Gedankenmitteilung willkürlich unterdrückt, verstümmelt, verdreht oder verfälscht, den der Gewalt wohlgefälligen Aufsätzen einen größeren Spielraum als den ihr mißfälligen gestattet"²³⁾, und auf diese Weise die Meinung der Gegenpartei nicht zu Worte kommen lasse. Die Folge davon sei dann die Anwendung verdeckter Mittel und einer zweideutigen Sprache, die den "Nationalcharakter" verderben würde. Auf diese Weise erziehe die Zensur geradezu zur Unmoral und wirke gemeinschädlich.

Wenn aber die Presse endlich frei würde, könnte man nach Peters Ansicht darauf bauen, daß jene zerstörenden und radikalen Kräfte übertrumpft werden von der "sittlichen Natur des Menschen" und seiner Würde, eben von jenen Kräften, "... in welchen auch die Forderung des freien Gedankenverkehrs ihren Ursprung

hat"²⁶⁾. Dabei leugnet Peter durchaus nicht die Gefahren, die der Mißbrauch einer freien Presse mit sich bringen kann. Aber darin sind sich beide Abgeordneten einig, daß ein "humanes" Strafsystem gegen derartige Verletzungen und Vergehen genügen müßte.

Im Art. 18 der Bundesakte war gar nicht von der Presse und der Zensur die Rede, sondern von der Pressefreiheit. Darin allein liege schon ein Grund zur Auflehnung und Unzufriedenheit, daß alle nachfolgenden Beschlüsse eine Regelung über den "Pressezwang" gebracht haben. Aber alle diese Beschlüsse waren keine endgültigen sondern nur provisorische Gesetze. Peter bemerkt sehr spitz zu diesem Verfahren: "Die klare Zusage uns aus der Hand zu winden, ist wahrlich keine Auslegungskunst fein genug, keine Gewalt stark genug"²⁵⁾

Als dann in Baden das Pressegesetz vom 28. Dezember 1831 erschien, vertrug es sich zwar nicht mit den Karlsbader Beschlüssen von 1819, "... allein", so sagt Peter, "nicht auf diese Frage, sondern einzig darauf kam es an, ob das badische Pressegesetz im Einklang stehe mit der Vernunft, mit der deutschen Bundesakte und mit der badischen Verfassung"²⁶⁾. Und dieser Einklang sei nun einmal nicht zu bestreiten. Selbst für die Bundesversammlung hätte dieses badische Pressegesetz von 1831 unantastbar sein müssen, "weil jeder Bundesbeschluß, der dem Grundvertrage des Bundes zuwiderläuft, schon an sich unverbindlich bleibt"²⁷⁾.

In der Kammersitzung vom 18. Januar 1823 hatte die Regierungskommission schon einmal die Zusicherung gegeben, daß, falls der Bund die Pressefreiheit nicht regelte, Baden gemäß der Verpflichtungen der Bundesakte selbständig ein Gesetz über die Freiheit der Presse und Bestrafung der Preßvergehen geben werde, wie es dann 1831 auch geschehen ist. Trotzdem wurde das badische Pressegesetz von 1831 infolge der Bundesbeschlüsse vom 5. Juli 1832 wieder aufgehoben und somit Baden bezüglich der Pressebestimmungen auf den Stand von 1819 zurückversetzt.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß es für die deutsche Bundesversammlung keine leichte Aufgabe war, ein allgemeines deutsches Pressegesetz zu formulieren. Deutschland war ein Bund souveräner Staaten, die sich sowohl in ihrer geschichtlichen Entwicklung, als auch in ihrer Größe, ihrer Macht, Verfassung und Verwaltung von einander stark unterschieden. Er mußte das Interesse des Gesamtvaterlandes im Auge behalten. Die unterschiedlichen politischen Zustände in den Ländern bedingten auch verschiedene Stellungen zur Pressefreiheit. Es blieb Baden gar kein anderer Weg offen, als sich nach der bestehenden Ordnung zu richten und sich um eine Verständigung zu bemühen. Die Opposition dagegen hörte nicht auf, sie ständig wegen nicht gehaltenen Versprechungen und Treubruch anzuklagen. Der Abgeordnete Platz verwies darauf, daß der Bund ausdrücklich von provisorischen Lösungen und nicht von definitiven Gesetzen gesprochen habe. Der Spielraum der freier werdenden Presse müsse sich allmählich erweitern in "stufenweisen Übergängen". Man solle diese Entwicklung zwar zu beschleunigen versuchen, nicht aber sie erschweren durch Übertreibungen und erbittertes Kämpfen.

Der Abgeordnete Peter beschloß dann seine Motionsbegründung mit dem bereits zum Eingang genannten Antrag auf ein baldiges Bundespressegesetz mit vollkommener Pressefreiheit in Deutschland, wie sie durch den Art. 18 der Bundesakte vorbehalten war. Darüber hinaus sollte die badische Regierung die Erklärung an den Bund abgeben, "... daß, wenn ein Bundesgesetz über die freie Presse vor Ende des Jahres 1847 nicht zustande käme, die Großherzogliche Regierung es für ihre Pflicht halten würde, das infolge des Bundesbeschlusses vom 5. Juli 1832 teilweise zurückgenommene Pressegesetz vom 28. Dezember 1831 entweder unverändert oder mit den von beiden landständischen Kammern zu bewilligenden Abänderungen, in Baden wieder herzustellen"²⁸⁾.

Während der folgenden Diskussionen ergab sich zwar

Einmütigkeit in bezug auf das zu fordernde Pressegesetz, aber die Begründungen dazu, und vor allem die Beurteilung der Zensur und ihrer Handhabung in Baden wurde sehr verschieden gesehen. Von der Linken wurde vor allem vom Abgeordneten Welcker auf das heftigste Sturm gelaufen gegen die Zensur. Er sah diese Frage eng verknüpft mit den politischen Verhältnissen im Frankfurter Bundestag. Da ihm völlig jedes Vertrauen in diese Bundesversammlung fehlte, lehnte er es sogar in der Kammer ab, die Bitte um ein Pressefreiheitsgesetz zu unterstützen. "... Nicht als ob ich auf Pressefreiheit verzichtete, aber ich kann nicht bitten, weil ich von einer diplomatischen Versammlung in Frankfurt nicht zu glauben wage, daß sie die Lust habe, mir eine solche Bitte zu gewähren"²⁹⁾. Wenn er schon nicht um ein Pressegesetz bitten will, so glaubte er aber doch die Rechte des Volkes von diesem Bunde fordern zu können und zwar forderte Welcker in diesem Sinne die Zurücknahme jenes Ausnahmegesetzes der Karlsbader Beschlüsse von 1819. Er begnügte sich aber nicht damit, allein dem Bundestag sein Mißtrauen auszusprechen, sondern dasselbe galt für Welcker auch gegenüber dem badischen Ministerium. Er sagte: "Sodann kann ich aber auch die in Frage stehende Bitte zu unerer gegenwärtigen ministeriellen Verwaltung nicht aussprechen"³⁰⁾. Er klagte offen die Minister des Meineids und des Hochverrates an, da sie die "heiligsten Rechte" in einer Weise verletzten, wie sie es mit ihrer Zensur fortwährend bekunden würden. Daraufhin mußte er vom Kammerpräsidenten Bekk zur Ordnung gerufen werden.

Bekk versuchte die gereizten, in Hitze geratenen Gemüter der Abgeordneten zu beschwichtigen und zwischen ihnen zu vermitteln, indem er sie darauf hinwies, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, die Interessen des Landes ohne Gereiztheit zu vertreten und zu besprechen, um nicht "durch Äußerungen, die notwendigerweise auch andere beleidigen, einen Sturm in dieser Kammer zu erregen"³¹⁾. Wenn auch das Urteil eines jeden Mitgliedes dieser Kammer selbstverständlich frei sei, so käme es

doch auch sehr auf die Form an, in der man es ausspreche.

Trotz der Mahnungen von seiten der Regierung ergriff Welcker noch einmal das Wort, um die Handhabung der Zensur scharf zu verurteilen. Die Minister, so sagt er, verletzten durch diese Art und Weise der Handhabung einen der Hauptpunkte der Verfassung, "... und wenn sie das mit Bewußtsein und Willen tun, so trägt es den Charakter des Vergehens an sich, das ich genannt habe"³²⁾. Außerdem habe er die heilige Pflicht, "... endlich einmal aus der Form der bloßen Bitte und Wünsche, aus der Form demütiger Anrufung an die Güte der Herren Minister herauszutreten, und zwar nicht bloß deshalb, weil ich sehe, daß alles unser Reden nichts hilft, besonders nichts hilft in Beziehung auf die Pressefreiheit, nicht bloß, weil ich gesehen habe, daß das Volk solch ein Verfahren als Beleidigung aufnimmt"³³⁾, sondern weil das Volk den Glauben an die Verwirklichung der konstitutionellen Staaten in Deutschland verloren hätte. Es sei die Aufgabe der Abgeordneten, die Minister und die Regierung davon zu überzeugen, "... wie ernstlich das Volk will, daß die Verfassung heilig gehalten werde ..., daß es will, es solle einmal mit den Verfassungsrechten, mit Fürstenwort und Verfassungseid Ernst gemacht werden"³⁴⁾.

Auch der Abgeordnete Mathy unterstützte Welcker in dieser Rede und fügte noch hinzu, daß die Herren von der Regierung die Zustände ja lediglich aus den Berichten der Beamten kennenlernten, und hier würden sie selten die Wahrheit erfahren haben, da sich jene von den übrigen Bürgern immer mehr absondern würden.

Der Ton in den Landtagsverhandlungen - nicht allein in den Fragen um Zensur und Pressefreiheit - hatte mit der Zeit eine so heftige, für die Regierung oft unannehmbare Form angenommen, daß die Regierung schließlich am 9. Februar 1846 zu der letzten Ausweichmöglichkeit, der Kammerauflösung schritt. Am 4. Mai 1846 zogen bekanntlich die Linksliberalen als Sieger in den neu gewählten Landtag ein. Wie schon gesagt, wurde die Diskussion

über das Bundespresseggesetz fußend auf der neuen Motion des Abgeordneten Peter fortgesetzt. In der Sitzung vom 22. Mai vertrat Bekk als Regierungskommissär die Seite der Regierung vor der Kammer. Nachdem er sich selbstverständlich zur Freiheit der Presse bekannt hatte, ohne deren Schattenseiten dabei zu übersehen, wies er die Diskussion zu diesem Punkte einleitend auf zwei Grundprobleme hin, nämlich auf die Beachtung der Form der Diskussion und auf die Beziehung zum deutschen Bund. Bekk sprach die Warnung aus, daß die bisherige Pressediskussion nicht dazu geeignet war, ein gutes Beispiel zu geben, wo man von Treubruch und Wortbruch der Monarchen gesprochen hatte und Hohn und Verachtung auf die Regierungen warf. Statt dessen sollte man lieber auf das Problem selber gründlicher eingehen und es genau prüfen.

Zum zweiten Punkt bemerkt Bekk, daß man einem solchen großen Institute, wie dem Deutschen Bund, doch wenigstens eine gewisse Achtung schulde, da er "der einzige Ring, der die verschiedenen deutschen Stämme äußerlich zusammenhält", sei, "die einzige Stütze unserer Nationalität, die Stütze der Macht unseres gesamten Vaterlandes...., unter deren Schutz wir gegen die Schmach einer fremden Herrschaft gesichert sind"³⁵⁾. Das konnte einem Lande wie Baden, das schließlich Frankreich zu seinem Nachbarn hatte, nicht gleichgültig sein. Wenn also über eine Bundesmaßnahme zu beraten war, so konnte sich ein einzelnes Land - zumal ein so kleines wie Baden - keine sich dem Bunde widersetzende Lösung erlauben. Eine rechtliche Regelung der Pressefrage konnte demnach nur auf dem Wege der Vermittlung und im Einvernehmen mit der Bundesversammlung erfolgen. Dies war jedenfalls der einzig gesetzlich mögliche Standpunkt, den eine ordnungsmäßige Regierung einnehmen konnte, und allein auf diesem Boden mußten alle übrigen Erwägungen beruhen.

Die diesbezüglichen Forderungen der Linken in der Kammer überstiegen das Maß des Möglichen. Bekk äußerte an anderer Stelle, daß der Friede in der Kammer nicht

aufrecht zu erhalten sei, weil daran eine Bedingung geknüpft würde, "... deren Erfüllung ein Verrat von seiten der Regierung wäre", nämlich der, "daß die Regierung ihre Bundespflicht verweigere. Meine Herren! Wenn man eine solche Bedingung an eine friedliche Verständigung knüpft, dann ist eine friedliche Verständigung nie und nimmermehr möglich"³⁶⁾.

Auch 1832 schon hatte die badische Regierung sich, wie wir sahen, unter den Bundesbeschluß beugen müssen, als man von ihr verlangte, das Gesetz über Pressefreiheit wieder aufzuheben. Dies ist der badischen Regierung ganz sicher nicht leicht gefallen, und Bekk verteidigte diese Regierungsmaßnahme mit den Worten, "... daß nur ihr Pflichtgefühl, unter den damaligen schwierigen Verhältnissen, das Land vor Unheil zu bewahren, sie ermutigen könnte, sich den Angriffen auszusetzen, die sie in diesem Saale zu erwarten hatte"³⁷⁾.

Der Vorwurf der Linksliberalen gegen die willkürliche Handhabung der Zensurinstruktionen kam auch in entsprechender Form in der Kammer zur Aussprache. Daß dabei trotz Bekks Warnung Mißverständnisse wie auch Übertreibungen nicht vermieden wurden, ist eine der üblen, aber nicht vermeidbaren Begleiterscheinungen, die immer bei derartigen Diskussionen auftreten und die dazu geeignet sind, die Spannungen unter den Vertretern der verschiedenen Parteien zu erhöhen.

Da war z.B. vom Innenminister eine Summe von 750 fl. ausgegeben worden für Gehalte von Zensoren, die nachträglich von der Kammer im Budget bewilligt werden sollten. Die Regierung begründete diese Mehrausgaben damit, daß gerade darum, um nämlich der vielfach mangelhaften Zensur entgegenzuarbeiten, dieses Amt aus den Händen etwa eines Polizeibeamten, der oft weder die Bildung noch den entsprechenden Überblick als auch die erforderliche Zeit zur Untersuchung hatte, genommen werden konnte. Dafür wollte man sie einem höheren Beamten oder einem unabhängigen freien Gelehrten übertragen, der nicht ängst-

lich nach dem Vorgesetzten schielen mußte, und außerdem "die schädlichen und die nützlichen Seiten der Presse besser zu beurteilen vermag"³⁸⁾. Wenn man aber um einen solchen Zensor für ein derartig belastendes Geschäft warb, das viel Zeit in Anspruch nahm, so mußte man ihm auch den entsprechenden Lohn zukommen lassen.

Dagegen erhob sich der Abgeordnete Welcker mit dem Einwand, daß durch derartige Bewilligungen nicht die Zensur im Sinne der Linksradikalen verbessert, sondern eher verschlechtert werden könnte, "... denn sobald wir den Zensoren schöne Gehalte oder Besoldungen oder Remunerationen für die Ausübung der Zensur geben, so werden sie das Pöstchen, welches die öffentliche Meinung mit einem Makel belegt hat, gern behalten wegen des *lucri bonus* oder"³⁹⁾. So wurde wiederum der Wille der Regierung, aus der Not eine Tugend zu machen, eben da ja die Zensur nicht ohne Einwilligung des Bundes abzuschaffen war, verkannt und verdreht. Welcker ging sogar in seinem Angriff und seinen Herausforderungen noch weiter, indem er sagte, daß, wenn die Regierung die Zensur für etwas so "Großes und Gutes" hielte, daß man sich noch weiterhin zu unterstützen und erhalten gedächte, indem höhere und qualifiziertere Beamte mit dem Amt betraut würden, "... so versuche man es einmal und belohne die Zensoren mit Ehre, wir wollen dann sehen, ob Ehre herauskommt"⁴⁰⁾. Mit dieser Begründung und der Verweisung auf die Rechtsgrenzen von 1833 in bezug auf die Zensurinstruktionen, lehnte er die Bewilligung der Summe von 750 fl. ab und wollte dieselbe aus der Privatkasse des Ministers bezahlt wissen, der sie ohne vorherige Genehmigung der Kammer ausgegeben hatte. Mit derartigen Druckmitteln versuchte die Linke der Kammer sich der Regierung zu widersetzen. Bei dem genannten Beispiel war es klar, daß sich zu einem solchen Geschäft unter den damaligen Verhältnissen niemand mehr freiwillig opfern wollte, da er dadurch nicht nur zum Spielball der Parteien geworden wäre, sondern auch durch einen großen Zeitverlust erheblichen Verdienstausschlag gehabt hätte. Dafür war

aber eine gewisse Entschädigung nicht mehr als recht und billig.

Bekk appellierte an die Loyalität der Gesinnung; man solle der Regierung nicht falsche und böse Absichten unterstellen, sondern die guten anerkennen. Denn schließlich gäbe es ja auch Meinungen, die die Ansicht verträten, daß die Zensur dazu da sei, nicht nur die Wahrheit zu unterdrücken, sondern die Lüge. Die Zensurinstruktionen waren genau an den Gesetzessatz angepaßt. Daß die Auslegung und Anwendung in den einzelnen Fällen subjektiv verschieden - jedenfalls bis zu einem gewissen Grade - gehandhabt wurden, war auch verständlich und nicht zu vermeiden.

Bekk rollte in der Sitzung vom 7. August 1846 noch einmal die Entwicklung der Preßgesetzfrage in Baden, fußend auf den gegebenen Rechtsverhältnissen ab:

Bekk erkannte an, "... daß die Zensuranstalt uns häufig in derlei Konflikte bringt, daß dies durchaus nichts Wünschenswerthes ist, ... allein wünschenswert oder nicht wünschenswert, wir müssen eben die Bundespflichten erfüllen, darüber kommen wir nicht hinweg"⁴¹⁾.

Der schon mehrfach genannte Art. 18 der deutschen Bundesakte versprach, daß sich die deutsche Bundesversammlung "bei ihrer ersten Zusammenkunft mit gleichförmigen Verfügungen über die Pressefreiheit"⁴²⁾ beschäftigen werde. Damit war noch keine feste Zusicherung gegeben. Die badische Verfassungsurkunde aber bestimmte, daß die Pressefreiheit nach künftigen Bestimmungen der Bundesversammlung ausgerichtet werden solle. Damit wird also die Bundesversammlung als maßgebend anerkannt. 1819 erfolgte dann die provisorische Verfügung vom Bund, nämlich daß eine Zensurfreiheit nur für Schriften über 20 Bogen stark gewährt sei. Die Frist dieser provisorischen Verfügung wurde 1824 noch einmal bis zu dem Zeitpunkt verlängert, wo ein definitives Gesetz festgestellt werden würde.

1831 vertrat dann die badische Kammer die Ansicht,

das Bundesgesetz regele bezüglich der Zensur nur Bestimmungen für solche Schriften, die sich mit der Verfassung und Verwaltung anderer deutscher Bundesstaaten oder des Bundes beschäftigen. Daher kam sie zu dem Beschluß, für innerstaatliche Angelegenheiten in Baden die Pressefreiheit herzustellen, welchen die badische Regierung auch sanktionierte. Daraufhin hielt die Bundesversammlung einstimmig dieses badische Gesetz für unvereinbarlich mit dem Bundespressegesetz von 1819. Die badische Regierung war dadurch gezwungen, wenigstens einige Bestimmungen ihres Pressegesetzes von 1831 wieder zurückzunehmen, und formulierte dies im Edikt über Pressebestimmungen von 1832.

Die badischen Kammerverhandlungen von 1833 brachten ans Licht, daß das badische Pressegesetz, wie Bekk sagt, "... in seinen wesentlichen Punkten jetzt Lücken erhalten habe, welche Dissonanzen und Inkonssequenzen veranlaßten, und es wurde nun erklärt, daß eine neue Regelung des Ganzen mit Berücksichtigung der Bundesbeschlüsse in der Hauptsache nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen soll"⁴³⁾ Dazu gab die Regierung damals die Erklärung ab, sie würde im Wege eines Provisoriums abhelfen und den nächsten Landtagen Vorlagen machen. Diese Vorlagen hätten nun aber, wie Bekk sich äußerte, nicht über die Zensur hinausgekonnt; und die Kammer hätte ganz gewiß nicht einer solchen Vorlage zugestimmt, um nicht ihrerseits die Zensur zu sanktionieren. "Darum und weil nichts Wesentliches geschehen konnte, war es, wie mir scheint, wohl getan, daß die Regierung damals keine Vorlage gemacht hat"⁴⁴⁾.

Als einzig möglicher Weg, so folgert Bekk aus diesen Ausführungen, blieb eben das schon oftmals genannte erwartete Bundesgesetz. Damit schließt sich Bekk der Motionsforderung an, daß man bei der Bundesversammlung dahin wirken möge, diese Änderung vorzunehmen oder wenigstens eine größere Freiheit zu gewähren. Jedoch stimmt er dem Zusatz nicht zu, eine Frist für das zu erwartende Bundesgesetz bis Ende 1847 festzusetzen. In

dieser Form wurde dann auch der Antrag von der Kammermehrheit angenommen.

Aber nicht allein in der Pressefrage machte sich der Deutsche Bund als Hemmschuh für die fortschrittlicheren Staaten bemerkbar. Wie der badische Staatsmann, Geheimrat Bekk, der ja im Dezember 1846 als Leiter das Innenministeriums übernahm, sich in der II. Ständekammer zu diesem Problem verhielt, soll im folgenden untersucht werden.

II. Bekks Stellungnahme gegenüber dem Deutschen Bund

Das Problem des deutschen Bundes und des Bundesstaates war eng verknüpft mit der nationalen Bewegung. Was hatte näher gelegen, als seinen Blick in Deutschland auf jenes große Vorbild eines freiheitlichen, demokratischen Landes zu lenken, auf Amerika. Dort fand der Liberalismus die Freiheit und die Verfassung verwirklicht, die er anstrebte. Aber auch die Schweiz wurde zum Blickfang, in der sich ein einheitliches, demokratisches Staatswesen gebildet hatte, obwohl man dort drei verschiedene Sprachen redete, und wohin sich nun viele deutsche politische Flüchtlinge als zu dem neutralen Zufluchtsort wandten⁴⁵⁾.

Die kleineren Mittelstaaten fühlten sich bevormundet durch die Führung der beiden Großmächte Österreich und Preußen, die sich nach Metternichs Prinzip eines 'friedlichen Dualismus' jeweils vorher einigten. Im großen und ganzen hatte der sich 1816 erstmalig in Frankfurt versammelte Bundestag in den folgenden Jahrzehnten nicht das gehalten, was man von ihm erwartet hatte. Auf die Auslegung der Artikel der Bundesakte war es angekommen, darauf hatte man gehofft. Nicht allein die Schwerfälligkeit des Verhandlungsganges, sondern vielmehr noch der Wille der einflußreichen raktionären Staatsmänner, die mit den konservativen Regierungen Hand in Hand arbeiteten, verhinderten den erwarteten Aufbau des Bundes, von dem man die endliche Befreiung aus den alten Ordnungen erwartete. Er war das Glied, das allein die deutschen Staaten miteinander verband. Gern hätte man sich auch seinen Anordnungen bezüglich der allgemein regelnden innern Rechtsverhältnisse, wie Zolleinheit, Verkehrs-, Handels- und Wirtschaftsfragen, über Pressefreiheit u.a. gefügt.

Die badische Regierung, die sich und die Vorgänge in ihrem Lande dem Bunde gegenüber zu verantworten hatte, und teils freiwillig, teils notgedrungen vielen zugestanden hatte, was in anderen deutschen Bundesstaaten noch völlig unentwickelt schlummerte, war mit dem "mo-

narchischen Prinzip", das unter Metternichs Protektion das Feld des Bundestages beherrschte, immer wieder in Konflikt geraten. Sie stand oft diesen den Konstitutionalismus hemmenden Kräften allein gegenüber. Obwohl der deutsche Bund keine eigentliche Macht hatte, reichte sein Kompetenzbereich doch so weit, daß in manchen bestimmten Punkten die einzelnen Bundesstaaten bei ihren Entscheidungen auf ihn, d.h. auf die Bundesgesetze angewiesen waren. Auf keinen Fall konnte ein einzelner dieser Staaten es sich erlauben, - wenn die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden sollten - sich über die Bundesgesetze hinwegzusetzen. Dadurch geriet die Souveränität der Einzelstaaten mehr und mehr in die Abhängigkeit des Bundes, wofür man ihnen auf der anderen Seite wiederum eine Garantie auf Bundeshilfe für den Fall aufkommender innerer oder auch von außen drohender Unruhen sicherte.

So, wie die Lage nun einmal war, hatte die badische Regierung gar keine andere Möglichkeit, als sich nach dem Bund soweit wie eben nötig auszurichten. Das hatte auch Bakk erkannt und vertrat nun als Mitverantwortlicher innerhalb des Ministeriums des Innern der Opposition gegenüber die Haltung, das man unter allen Umständen den Bundesgesetzen die eigenen Landesgesetze und -interessen unterzuordnen habe.

Wie sehr sich die Regierung da in einer Zwickmühle befand, ist bezüglich der Pressefrage weiter oben schon angedeutet worden. Von der Volksvertretung her drängte man sie, mehr Freiheiten zu gewähren mit dem berechtigten Hinweis darauf, "... es wäre gut, wenn die Regierung, statt zu warten, bis eben diese Forderungen gleichsam durch die Zeit erzwungen werden, ihnen zuvorkäme, denn alsdann würde ihr gewiß für das, was sie tut, sehr gedankt werden, während sie in dem Fall, daß sie dies oder jenes geben mußte, keinen Dank mehr dafür erntet"⁴⁶⁾. Mit diesen Worten vertrat Zittel die Meinung der Opposition an dieser Frage, während der Regierung in der Hauptsache nichts anderes übrig blieb, als auf die Abhängigkeit von den Bundesgesetzen hinzuweisen, um die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten. "Sie möge unseren Zustand in Bezie-

hung auf den deutschen Bund ansehen, wie sie wollen"⁴⁷⁾ - so meinte Bekk -, "deswegen sei er doch für die Einheit Deutschlands eine sehr wertvolle Institution". Aber in diesem Zusammenhang ließ sich die Opposition nicht gern darauf hinweisen, wie nützlich doch der deutsche Bund der nationalen deutschen Bewegung und wie notwendig eine gesamtdeutsche Macht gegenüber dem Ausland, vor allem auch gegenüber dem an Baden angrenzenden Frankreich war. Eine starke einheitliche deutsche Macht wünschten sich die Liberalen sehr wohl, nicht aber eine von der Willkür der reaktionären Fürsten diktierte.

Es geschah nicht selten, daß Bekk die Angriffe der Linken auf die badische Regierung in der Kammer ablenken mußte auf den Bund. Das wurde nach der Neuwahl für den aufgelösten Landtag von 1846 besonders schwer, wo doch die Linksliberalen eine so große Mehrheit gewonnen hatten. Wenn man auch zu Anfang auf beiden Seiten einen besänftigenden, nach Verständigung strebenden Ton angeschlagen hatte, so drückte es der Abgeordnete Zittel doch deutlich genug aus, wer der Herr im Hause war. "Die Regierung muß eben jetzt erkennen, daß sie mit dieser Mehrheit in der Kammer regieren muß und wir von unserer Seite erkennen dagegen auch gerne an, daß wir nicht alles alleine machen können"⁴⁸⁾. Trotzdem überstiegen die Forderungen an die Regierung deren tatsächliche Kräfte und Kompetenzen im Rahmen des gesamten deutschen Bundes. Aber die Opposition gab sich nicht damit zufrieden, wenn die Regierung im Notfall auf den Bund wies, wie es Bekk z.B. Welcker gegenüber tat, wo er sagte, Welcker habe "... die badische Regierung nicht in ihrer eigenen besonderen Politik, sondern nur die allgemeine Politik des Bundes, die Regierung also bloß insoweit angegriffen, als sie eben Mitglied des Bundes ist, und der Politik desselben Rechnung zu tragen hat"⁴⁹⁾. Besonders, weil Baden zu den kleineren deutschen Bundesstaaten gehörte, konnte es sich um so weniger leisten, in seiner Politik einen "so freien Gang" zu gehen, als wäre es ein "politisches Inselland"⁵⁰⁾. Obendrein mußte auch gerade Baden die Rücksichten auf jene politisch noch nicht so weit ent-

wickelten Bundesstaaten besonders stark spüren, weil es mit seinen freiheitlichen Bestrebungen und seiner liberalen Verfassung den anderen weit voranschritt. Darauf machte Bekk wiederum aufmerksam in seiner oben bereits erwähnten Erwiderung auf Welckers Rede, indem er bei dessen Beispiel blieb: "Der Abgeordnete Welcker hat ganz richtig bemerkt, man sage oft; jedem Schritt vorwärts müßten zwei Schritte rückwärts folgen... Es kommt aber auf das Maß des Schrittes vorwärts an. Wir können mit einem Schritt vorwärts in einen solchen Widerspruch mit anderen kommen, und ihre eigene Existenz in der Art gefährden, daß möglicherweise allerdings ein Schritt vorwärts in diesem Sinne, zwei und noch mehr Schritte rückwärts zur Folge hat"⁵¹⁾.

Bekk charakterisiert die damalige Haltung der Regierung so, daß der "Geist der Zeit" Kraft genug in sich trüge, vorwärts zu schreiten, ohne daß man ihm mit Ungestüm entgegenkomme und weiterhelfe. Durch ein unmäßiges Fordern würde nur die "Existenz einer wohlwollenden Regierung in Gefahr gesetzt". Es gehöre zu der Zeit tatsächlich entschieden mehr Mut dazu, den Verhältnissen und Schwierigkeiten der Zeit Rechnung zu tragen, "... als wenn man über alle Steine und Hecken hinausspringen will, ohne Rücksicht auf dasjenige zu nehmen, was neben uns vorgeht"⁵²⁾, denn solche, die dieses "Über-alle-Steine-hinausspringen" nicht mitmachen und es zu hemmen suchen, gerieten zu leicht in den Ruf, "Schwächlinge" zu sein. An anderer Stelle wurde einmal der Vergleich gebracht, die Bewegungspartei würde wie jemand, der im Gehen nur nach oben schaut ein bestimmtes Ziel, gleichsam über die im Wege liegenden Steine stolpern und fallen. Dies seien dann die Rückschläge.

Der Abgeordnete Bassermann fand für diese vermittelnde Politik Bekks absolut keinen Dank und keine Anerkennung, sondern nur von neuem eine Anklage: Er sagte: "Gerade weil die Regierung glaubt, dieses Balancieren in der Mitte sei die einzige Regierungskunst, so fordert sie uns ja auf, von unserer Seite so extrem wie möglich zu werden, damit die Mitte nicht gar zu weit hinten bleibt.

Es ist damit zugegeben, daß wir die Regierung eigentlich schieben müssen, damit sie nicht ganz auf jene Waagschale hinabsinke⁵³⁾. Mit derartigen Grundsätzen würde dann allerdings ein Regieren sehr schwer werden. Dagegen forderte Bassermann die Regierung auf, mit dem "Zeitgeist" zu gehen, dann wäre es ihr von selbst leichter gemacht. Er machte den Vorwurf, daß die Regierung als souveräner Staat dem Bund gegenüberstände und daß Bundesbeschlüsse von Baden allein verhindert werden könnten, da ja nach Art. 7 der Bundesakte Einstimmigkeit erforderlich sei. Deshalb verlangte er eine andere Vertretung beim Bund. Darin könne die Regierung ihren guten Willen beweisen, daß sie jenen Mann rückberufe, der ganz andere Ansichten und Grundsätze habe als die des badischen Volkes es seien.

Darauf antwortete Bekk: Erstens handele der Bundesvertreter lediglich nach Instruktionen der Regierung. Zum zweiten Punkt sagte er: "... Wenn man der Macht des Zeitgeistes mehr vertraute, als hier geschieht, so würde man nicht so ungestüm in seinen Forderungen sein, weil man zum voraus die feste Überzeugung hätte, daß alles das, was man begehrt, ohne die nachteilige Erregung der Leidenschaft nach und nach doch kommt, und zwar noch schneller, als wenn man mit Ungestüm und Übertreibung auftritt. Diese Übertreibungen rufen die Reaktionen hervor und bewirken die Rückschläge⁵⁴⁾. Und das, was der Abgeordnete Bassermann mit "schieben müssen" bezeichnete, das seien ja gerade eben jene Übertreibungen. Dagegen könnte man mit mehr Ruhe und Besonnenheit ohne größere Widerstände viel leichter und schneller an sein Ziel gelangen.

Was die Einstimmigkeit der Bundesbeschlüsse anbetraf, so gelte dies ja nur für ganz bestimmte Beschlüsse, die meisten jedoch würden teils durch einfache, teils durch Zweidrittelmehrheit gefaßt und nur von derartigen sei doch hier die Rede.

Aus all jenen genannten Angriffspunkten ist ersichtlich, wie sehr die Regierung auf der Hut und wie sehr sie auch in allen Einzelheiten unterrichtet sein muß-

te, um jenen Behauptungen entgentreten zu können, die häufig des Rechtsbodens entbehrten.

Wie leicht war das Aufstellen und auch das Glauben solcher Anschuldigungen gegenüber der Regierung von jenen, die, statt sich genaue Kenntnisse zu erwerben, schnell entflammt das Wort ergriffen oder von solchen Reden gleichsam überfallen wurden. Dagegen war es eine undankbare, manchmal unmögliche und erfolglose Arbeit, jene Scharten auszuwetzen und die Regierungsmaßnahmen wieder ins rechte Licht zu rücken. Daß dabei dann die Übertreibungen zur Gegenseite hin oft nicht vermieden wurden, war verständlich, aber für die Sache der Öffentlichkeit ebenso schädlich.

Auch in Betreff der grund- und standesherrlichen Verhältnisse wurde eine Kritik gegenüber der badischen Regierung laut, die eigentlich dem Bunde gehörte. In der Gemeindeordnung von 1831 veranlaßten gewisse Bestimmungen, welche auch von der Regierung sanktioniert worden waren, daß die Standes- und Grundherren - wie es ihnen der Bundesakte und den Wiener Beschlüssen gemäß vorbehalten war - beim Bundestag Beschwerde einlegten. Dort forderten sie die Verbindlichkeitserklärung jener Deklarationen, besonders in bezug auf die ihnen darin zuerkannten Berechtigungen. Diese seien ihnen unabhängig von der jeweiligen Gesetzgebung verliehen worden. Die Bundesversammlung entschied zugunsten des bevorrechteten Adels. Bekk unterstrich die Regierungsemeinung, daß hier nun einmal eine Entscheidung der kompetenten Gewalt vorliege und sagte: "... Ich kann alle Ansichten wiederholen, die ich damals (- Bekk gehörte ja dem Landtag von 1831 ebenfalls an -) ausgesprochen habe und die die Kammer geltend machte, aber die Behörde, die die Richtigkeit dieser Ansichten zu entscheiden hat, hat nun einmal eine andere Ansicht festgehalten und einen rechtskräftigen Ausspruch getan, dem ich mich fügen muß"⁵⁵⁾. Deutlicher konnte hier wohl nicht gesagt werden, wie wenig die Regierung mit diesen Bundesentscheidungen einverstanden war.

Die Regierung erhielt die Aufgabe, die Sache zu vermitteln; bis zu dem erwarteten Ergebnis sollten die Deklarationsbestimmungen vollzogen werden. Da aber eine Einigung nicht allein von der Regierung abhing - der berechnigte Reichsadel mußte ja seine Zustimmung erteilen -, so war man bis auf den Tag noch zu keinem Ziele gelangt. Bekk antwortete auf die Forderung, endlich ein diesbezügliches Gesetz vorzulegen: "... Die Regierung kann nichts tun, und es ist etwas ganz Abenteuerliches, ihr Dinge zuzumuten, von denen man zum voraus die rechtliche Überzeugung hat, daß sie nicht darauf eingehen kann"⁵⁶⁾. Der Erfolg eines solchen Verhaltens müsse notgedrungen eine große Unzufriedenheit hervorbringen, ohne in der Sache selbst etwas geholfen zu haben. Das einzige, was zu tun übrig bliebe, sei, daß man versuchte, sich mit den Berechtigten so schnell wie möglich zu einigen. Durch solche Antworten wurden das Volk und vor allem die Bauern in jenen Gemeinden nicht beruhigt, die dem ehemaligen Reichsadel unterstanden und unter den verschiedenen Sonderabgaben und -leistungen unmittelbar zu leiden hatten.

So stand denn die Regierung tatsächlich wie zwischen zwei Feuern; hier die Forderungen durch die Volksvertretung und dort eine Bundesversammlung, die einem die Hände band und vielfach da, wo man bereits den Freiheitsforderungen entgegengekommen war, wie in der genannten Pressefrage und der der grundherrlichen Sonderrechte, die Regierung wieder zurück in ihre Schranken zwang. Daß dabei gerade in dem so liberalen Lande Baden das Vertrauen in die Bundesversammlung sehr erschüttert wurde, war nur eine natürliche Folge. Um so größer ist aber auch die nicht zu verkennende Leistung der Regierungsvertreter - und vor allem auch Bekks -, die letztlich durch diese Vermittlungspolitik bei beiden Parteien in Mißkredit und nur Undank ernteten. Durch die Ausweglosigkeit in so manchen Punkten mußte das "Staatsschiff" dann doch einmal ins Wanken geraten, nämlich zu dem Zeitpunkt, wo all jene Forderungen auf einmal zusammengefaßt ohne irgendeine Rücksicht auf den Bund oder die übrigen Bundesstaaten

mit solcher Heftigkeit vom aufgewiegelten und durch die Radikalen verblendeten Volke gefordert wurden. Erst in dieser äußersten Bedrängnis hat dann die Regierung es gewagt, hat es wagen müssen, sich über die Bundesgesetze hinwegzusetzen und den Volkswünschen nachzugeben. Dadurch verschaffte sie sich im März 1848 zwar noch eine Gnadenfrist, aber eine endgültige Entscheidung konnte es nicht bleiben, da das ins Rollen geratene Rad der Revolution nicht mehr aufzuhalten war und es sich vor allen Dingen nicht allein um badische, sondern um gesamtdeutsche Fragen handelte. Das war eine der Hauptursachen zu den Verwirrungen, weil, wie gesagt, die einzelnen Bundesstaaten in den politisch-rechtlichen und verwaltungsmäßigen Fragen auf verschiedenen Entwicklungsstufen standen. Aus dem gleichen Grunde war bisher auch die nationale Einigung Deutschlands nicht in dem erwarteten und gewünschten Maße erreicht.

III. Kammerverhandlungen über die Deutschkatholiken

Neben den übrigen kirchenpolitischen Fragen, z.B. über die Trauung von Mischehen, über die Judenrechte etc. war die über die deutschkatholischen Gemeinden in den Mittelpunkt der Kammerverhandlungen des Landtages von 1845/46 getreten. Der Organisator Johannes Ronge, der mit dieser kirchlichen Bewegung oder Partei, die sich 1844 aus der katholischen Kirche gelöst hatte, und nun einen Weg neben dem Protestantismus und Katholizismus unter der Loslösung von der Protektion der römischen Kurie verfolgte, erwarb sich in verschiedenen deutschen Landesteilen eine ständige wachsende Anhängerschaft.

Diese Bewegung hatte in der II. Kammer in dem protestantischen Geistlichen, dem Abgeordneten Zittel, einen Verteidiger gefunden, der durch seine Motionsbegründung auf Religionsfreiheit in der Sitzung vom 15. Dezember 1845 eine äußerst heftige Debatte hervorrief. In der Motion führte er aus, wie eng doch die religiösen Zustände mit dem Staatsorganismus verwachsen seien, und tiefer als alle politische Bewegung in das Volksleben einzugreifen vermögen. Der Einfluß auf die öffentlichen Lebensverhältnisse, auf Sitten, Grundsätze, Denk- und Handlungsweise der Bürger sei nicht zu unterschätzen. Der Brief Ronges an den Bischof Arnoldi, der wohl die ganze Bewegung einleitete, sei - so sagt Zittel - "offenbar auf keinen reformatorischen Erfolg" berechnet gewesen, sondern er sei vielmehr als "der unmittelbare Erguß eines durch die bekannten Vorgänge indignierten Gemüts" anzusehen, der darum einen so durchschlagenden Erfolg erzielte, "weil er den Gedanken und Gefühlen vieler Tausende" Werte verliehen habe⁵⁷⁾.

Zittel formulierte die Ursache zu dieser Abfallsbewegung vom Katholizismus so, daß deren Anhänger, welche mit ihrer religiösen Überzeugung der römisch-katholischen Kirche nicht mehr angehörten, und doch auch nicht vermochten, den bestehenden evangelischen Verbände mit voller

Überzeugung sich anzuschließen, nichts anderes übrigblieb, als in eine neue kirchliche Gemeinschaft zusammenzutreten, wenn sie nicht fortwährend tatsächlich ausser allem religiösen Verbande bleiben wollten. Auf diese Weise war es zunächst zu Vereinsgründungen gekommen. Dann entschlossen sich einige unter ihnen zum Austritt aus der katholischen Kirche, und bald darauf versammelte man sich zu eigenen gemeinsamen Gottesdiensten, auf denen sich dann allmählich geordnete Gemeinden aufbauten. Daß dabei die Regierung nicht auf diese Fortentwicklung herabschauen konnte, ohne regelnd einzugreifen, ist selbstverständlich. Man war von seiten einiger deutschkatholischer Gemeinden an die Regierung herangetreten, um eine Anerkennung von derselben für die Deutschkatholiken zu erlangen. Eine naturgemäße Entwicklung - so führt Zittel weiter aus - sei durch die "Machtgebiete" der Regierungen gestört worden, welche Erbitterung und Kampf hervorgerufen hätten. Die Regierung habe zwar kein allgemeines Verbot ausgesprochen, um nicht gegen die Gewissensfreiheit zu verstoßen, aber die sehr beschränkten Zugeständnisse würden eine freie Fortentwicklung hemmen. Man erlaubte nur Privatgottesdienste, wenn auch mit sakramentalen Handlungen, jedoch waren öffentliche Gottesdienste verboten und fremde Prediger durften nicht "an geeigneten Orten", d.h. von der Kanzel in den Kirchen zu ihren Glaubensgenossen sprechen. Außerdem würden den Deutschkatholiken gewisse staatsbürgerliche Rechte verweigert. Z.B. dürfte der Prof. Schreiber keine Vorlesungen mehr halten und die Staatsdiener seien im Ungewissen, ob sie nicht bei ihrem Übertritt auch ihre Stellung verlieren. Damit sei doch praktisch eine Religionsfreiheit in ihrem wahren Sinne in Frage gestellt. "Was ist eine Religionsfreiheit ohne das Recht des öffentlichen Bekenntnisses und der Association?" Dabei betonte der Abgeordnete Zittel ausdrücklich, daß er nicht "um als Protestant dem Katholizismus gegenüberzutreten" das Wort ergriffen habe, "sondern um als Vertreter des Volkes ein unantastbares Menschenrecht zu wahren"⁵⁸⁾. Er appellierte an die Kammer, die "von je-

her mit so unerschütterlichem Mute für jede Art von Freiheit⁵⁹⁾ gekämpft habe, hier nicht zu schweigen, wo es sich doch um die höchste der Freiheiten handelte, um die des Geistes, der Religion.

In dem badischen Kirchenherrlichkeitsedikt von 1803 wie auch in den deutschen Verfassungen und der deutschen Bundesakte ist einer Möglichkeit zur Neugründung einer christlichen Kirchengemeinschaft gar nicht Rechnung getragen worden. Zwar sei - so fährt Zittel fort - der Art. 16 der deutschen Bundesakte einer äußerst liberalen Auslegung fähig, "nur schade, daß es ihm geht, wie fast allen der Freiheit günstigen Bestimmungen der Bundesakte. Diejenigen, welche die Macht besitzen, und darauf kommt gar viel an, deuten ihn ganz anders, oder deuten ihn auch gar nicht, sondern sie lassen ihn auf dem Papier stehen, und machen was sie wollen"⁶⁰⁾. Dieser erbittete Vorwurf an die Regierungen, daß sie in den Verfassungen zuviel versprochen haben, was sie nachher dann doch nicht halten konnten, kam immer wieder in der Kammer zur Sprache, und nun hatte man durch diese religiöse Bewegung einen neuen Angriffspunkt gefunden.

Wie sich dieser angebliche Aufschwung des neu erwachten religiösen Interesses durch die Aufklärung und die Nationalideen in Wirklichkeit entwickelt hatte, soll hier nicht näher untersucht werden. Jedenfalls war diese Bestrebung der Deutschkatholiken, sich der festen Regeln der katholischen Kirche und ihrer altüberkommenen Formen mit der starken Ausrichtung nach der römischen Kurie loszulösen, eine Parallelerscheinung zu all jenen politischen und gesellschaftlich-sozialen Freiheitsbestrebungen, die unter dem starken Einfluß der französischen Revolution auch in Deutschland ihren Gang genommen hatten. Hinzu kam, daß der neue Nationalismus in Deutschland gewiß auch seinen Anteil an dem Einfluß auf eine nationalkirchliche, deutschkatholische Bewegung hatte. Zittel wehrte sich aber mit Nachdruck gegen jene Behauptung, daß diese religiöse Bewegung von einem "religionsfeindlichen Boden" ausgegangen sei, da ja jedes

kirchliche Gemeinleben nur von einem echten religiösen Bedürfnis gefordert werden könne. Freilich hatte sich die Gesinnung gewandelt, und nun suchte man ihr gemäß auch einen Ausdruck für das religiöse Leben, einen neuen Kultur. Die Worte Toleranz und Duldung ständen "wie zur Verhöhnung der gesunden Vernunft, wie ein Spott auf den Fortschritt unseres Jahrhunderts noch in unseren Gesetzblüchern"⁶¹⁾. Zittel klagt die Regierung an, daß ein "dulden und doch nicht vollberechtigten" eine vernunftwidrige Halbheit sei.

Im folgenden werden die Punkte zusammengetragen, die der Abgeordnete Zittel als Gefahren bezeichnet, welche diese Neugründung der deutschkatholischen Kirche mit sich bringen könne, und dabei versucht er sie im gleichen Atemzuge zu widerlegen:

1. Die Religionsfreiheit könne für die Religion als solche keine Gefahr bringen; im Gegenteil, sie bestärkt diese in demselben Maße, wie der Kirchengzwang ihr schaden müßte.
2. Bezüglich einer Gefahr für die Kirchen, welche durch die Absonderung der Deutschkatholiken Mitglieder verlieren, behauptet Zittel, daß das keiner Kirche "wehtun" könne, ob nun zwei oder drei Landeskirchen bestünden. Eine Kirche habe nie ein Recht auf einen Menschen, und das Bekenntnis zu ihr müsse doch ein völlig freiwilliges sein. Die katholische Kirche erkenne ja auch die protestantische an, warum sollte sie sich gegen eine zweite oder dritte stemmen, da jene erste auch aus der Religionsfreiheit heraus entstanden sei.
3. Für den Staat aber, der doch nach Ruhe strebe, sei eine Unterdrückung der Religionsfreiheit die größte Gefahr zum Aufruhr. Den großen Vorwurf, den man den Deutschkatholiken machte indem man behauptete, sie schlossen sich dem Radikalismus an, wies Zittel als unbegründet und unrichtig zurück. An sich handele es sich hier in erster Linie um eine rein religiöse Bewe-

gung. Wenn man ihnen jedoch auf die Dauer die Religionsfreiheit verweigern wolle, dann trüge die Regierung selbst die Schuld daran, wenn sich jene auf die Seite der politischen Freiheit hinübergetrieben sähen. Durch solche einschränkenden Maßnahmen von seiten der Regierung würde jedes Vertrauen zur Staatsgewalt von vornherein untergraben. Zittel drückte sich so aus: „Wenn überall in Deutschland die politisch reaktionäre Partei und die Hierarchie (der Kirche) sich die Hand bieten zur bürgerlichen und religiösen Beknechtung des Volkes, muß das nicht die gemeinsam Bedrohten zusammenführen zum vereinten Widerstand gegen den verbundenen Feind“⁶²⁾. Er gebrauchte sogar noch schärfere Ausdrücke, indem er den Staatsmännern vorwarf, sie müßten endlich einmal aufhören, „... die Religion als Mittel zum Herrschen, die Kirche als eine moralische Zwangsanstalt“⁶³⁾ zu gebrauchen. Damit würde der Staat seinen eigenen Interessen entgegenarbeiten, indem er die sittliche Grundlage seinem Volke entzöge, welches sich durch derartige Maßnahmen der Kirche entfremden und gleichgültig würde. Schließlich konnte ein Staat auf die Mitwirkung der Kirche für seine Hauptzwecke nicht verzichten, nämlich auf die bereits genannte "sittliche Wirksamkeit".

4. Die weitere Besorgnis galt der Ausbreitung eines Sektenwesens, wenn man auf vollkommene Religionsfreiheit bedacht war. Aber wo sollte da eine Grenze gezogen werden? Vielleicht konnte man sich wenigstens auf die Bekenner der christlichen Religionen beschränken. Dann bräuchte man aber wiederum einen Richter über die Frage, ob die Deutschkatholiken Christen sind. Darüber könne, so sagt Zittel, weder der Katholizismus noch der Protestantismus entscheiden, da sie beide in diesem Fall Partei ergreifen würden und müßten. Andererseits seien aber auch weder der Staat, noch die Minister oder die Kammer kompetent für eine solche Erkenntnis. Es gibt also nach seiner Ansicht kein Gericht über eine derartige Frage, und daher müsse man sich allge-

mein damit abfinden, wenn eine kirchliche Korporation von sich selbst erklärt, sie wolle eine christliche sein. Dies hatte die deutschkatholische Gemeinde getan, und daher müsse der Staat es anerkennen.

Der Antrag Zittels ging dahin, in einer Adresse an den Großherzog einmal die Aufhebung des Kirchenherrlichkeitsediktes von 1803 zu erbitten, und als vorläufige Regelung für die deutschkatholische Kirche eine Gleichberechtigung mit den anderen Kirchen und Staatsschutz zu gewähren.

Von der linksliberalen Seite der Kammer wurde diese Zittelsche Motion sehr begrüßt, und Bassermann bedankte sich besonders, daß Zittel sich durch die Art und Weise der Motionsbegründung als Vertreter der Aufklärung und als wahrer Protestant bewährt habe. Dabei unterstrich Bassermann, daß der Protestantismus, der auf der Freiheit der Forschung und des Geistes beruhe, es gewesen sei, der die deutsche Kultur und die „freie deutsche Gesittung und Bildung“ durch die Reformation gerettet habe. Auch die derzeitige deutsche Dichtung und Wissenschaft wurzelten in der Hauptsache im Protestantismus. Dieses geistige Band sei das einzige, das die deutsche Nation zusammenhielte, und worauf sie dem Ausland gegenüber noch stolz sein könnten. Danach wandte sich Bassermann auch mit ganzer Schärfe gegen den ultramontanen Jesuitismus und seine Macht, die „obgleich im Finstern schleichend“, doch groß und wirksam sei. Bassermann scheute sich nicht auszusprechen, daß die deutsche „Gesittung und Bildung“ durch diesen Orden bedroht würden. Dagegen sei jene neu aufstrebende Bewegung das beste Gegenmittel. Schon aus dem Grunde solle sich die Regierung derselben bedienen und sie unterstützen. Die Redekunst ließ Bassermann bei seinen Angriffen und ausgesuchten Beispielen oft bis an die Grenze der Beleidigung aller Katholiken und auch der Regierung gehen⁶⁴⁾. Bekk, der zu der Zeit noch das Präsidium der Kammer in den Händen hatte, wies ihn darauf hin, daß die vorliegende Materie eine „sehr delikate“ sei, bei der man sich hüten müsse, irgendeine Partei in der Diskussion durch seine Äußerungen in ihren religiösen Gefühlen zu kränken.

Auch der Abgeordnete Mathy unterstützte die Motion ebenso wie Welcker, der - selbst Protestant - im Namen seiner "katholischen Wähler", wie er betonte, sich gegen jede beschränkende Maßregeln aussprach. Hecker ereiferte sich mal wieder und warf der Regierung vor, sie maße sich die "Pflicht" an, "... sich einzudrängen zwischen die Menschen, die ihren Gott anbeten wollen, ..." ⁶⁵⁾, woraufhin Nebenius ihn zur Mäßigung anhielt und die Regierung rechtfertigte.

Die Zittelsche Motion wurde daraufhin zur Beratung in die Kommission verwiesen und erst in dem neugewählten Landtag kam es zu den eigentlichen Verhandlungen über dieses Thema.

Inzwischen brachte am 15. Januar 1846 der Abgeordnete Bader eine Petition von 450 Einwohnern der Stadt Konstanz ein, welche die Ablehnung des Zittelschen Antrags wegen Gleichstellung der Deutschkatholiken wünschten. Dazu äußerte Mathy, daß das ein "jesuitisches Machwerk" ⁶⁶⁾ sei, dessen Entstehungsgeschichte er noch seinerzeit aufdecken werde. Im Lauf der nächsten Sitzungen liefen noch mehrere ähnliche Petitionen vieler Gemeinden um Ablehnung der Religionsfreiheit für die kirchlichen Dissidenten ein. In einer hieß es: "Wir appellieren an diese hohe Kammer, deren Aufgabe es ist, die Rechte und Freiheiten der katholischen Staatseinwohner nach §§ 9 und 38 der Verfassung zu wahren, und bitten Sie hiermit nachdrucksamst, keinen Grundsätzen unterstützenden Eingang geben zu wollen, welche am Ende die hohe Kammer selbst in ihrem Wirken zum Frieden gefährden, sie zum Schauplatz rationalistischer Bestrebungen herabwürdigen könnten" ⁶⁷⁾.

In einer anderen Petition sprach man von "Scheingründen" und "Trugschlüssen" in der Zittelschen Motion und wies besonders auf die Gefahr der Aufspaltung der christlichen Kirche hin, die nur in ihrer "möglichsten Einheit" den christlichen Staat unterstützen könne. Andere betrachteten die Motion geradezu "... als einen Versuch zum Bruch des Religionsfriedens und als eine öffentliche Verfolgung der hl. katholischen Kirche" ⁶⁸⁾. In verschiedenen Orten hatte sich sogar die Meinung festgesetzt, daß die Absicht dieser Motion dahin ginge, die Katholiken den Protestan-

ten gegenüber zurückzusetzen und letzteren Vorteile einräumen zu wollen. Es waren in konfessionell gemischten Gemeinden vielfach diese Petitionen auch von Protestanten mit unterschrieben, denn beide Teile wünschten den Rechtszustand ihrer Konfession unangetastet zu sehen.

Verständlicherweise waren auch in diesem Meinungsaustausch Übertreibungen und Entstellungen zu allen Seiten hin unvermeidbar. Es erfolgten Streitigkeiten in der Kammer über die Entstehung jener oben genannten Petitionen, wobei von der Linken behauptet wurde, die Gemeinden seien über die Motion durch "gehässige Kunstgriffe" getäuscht und aufgestachelt worden, damit sie den Glauben gewinnen sollten, als wolle man den katholischen Glauben vernichten. Die Schuld daran gab man der reaktionären, ultramontanen Partei der katholischen Kirche. Dadurch hatte die linksliberale Seite wieder ein willkommenes Alibi, um gegen die katholisch und monarchistisch eingestellte Partei zuzufelde zu ziehen.

Die Vermittlerrolle zwischen beiden extremen Richtungen war diesmal besonders schwer und heikel, die wiederum der Regierung zufiel. Wer hätte dazu geeigneter sein können, als gerade der Regierungskommissär Geheimrat Bekk, der - selber Katholik - durch die gemäßigt liberale Schule gegangen war und von daher einer Beschränkung jeder Freiheit entgegenarbeitete, soweit sie nicht durch die bestehenden Gesetze erforderlich wurde. Zudem war er in dem neugewählten Landtag von seinem Freund Mittermaier auf dem Präsidentenstuhl abgelöst worden und konnte nun freier in die Diskussionen eingreifen.

Wie sehr man sowohl von der Regierungsseite, wie auch von der der gemäßigt Liberalen Wert legte auf Bekks Urteil und seine Parteinahme, beweist die Tatsache, daß man bei der Eröffnung der Diskussion über die kirchlichen Dissidenten den Termin mehrmals verschob, weil Bekk durch Krankheit an seiner Anwesenheit in der Kammersitzung verhindert war. Das ging sogar soweit, daß, als jene Verhandlungen nach mehrmaligem Verschieben doch schließlich auf den 30. Juli 1846 festgesetzt waren, und Bekk immer

noch nicht erscheinen konnte, alle Mitglieder des Hauses auf der rechten Seite fernblieben. Mathy erhob sich mit der Bemerkung, man solle jetzt trotz Abwesenheit der rechten Seite und der Regierung verhandeln, wenngleich "... Rücksichten auf geschätzte Personen, wie z.B. den Herrn Geheimrat Bekk, den wohl niemand höher achtet als ich, in die Waagschale gelegt werden, ..." ⁶⁹⁾, aber er wurde überstimmt.

Erst am 12. August 1846 kam es dann schließlich zu der lange erwarteten Auseinandersetzung über die Frage der kirchlichen Dissidenten. Den Bericht der Petitionskommission hatten die Abgeordneten Rindeschwender und von Soiren. Die Kammermitglieder waren vollzählig vorhanden, und auf der Regierungsbank saßen Innenminister Nebenius und Geheimrat Bekk.

Zuerst nahm Rindeschwender Bezug auf Beschwerden und Bittschriften von einigen deutschkatholischen Gemeinden, welche durch das Regierungsreskript vom 20. April 1846 verursacht worden waren.

Er stellte dabei das Hauptproblem fest, nämlich daß es sich hier um die Grundsatzfrage handelte, ob in Baden nur den beiden in den Gesetzen ausdrücklich genannten christlichen Konfessionen, den Katholiken und Protestanten, gleiche bürgerliche und kirchliche Rechte zustehen sollen, oder aber auch allen übrigen sich eventuell noch konstituierenden und außerhalb Badens bestehenden Kirchen, wie z.B. die anglikanische, die griechisch-orthodoxe, die israelitische etc. ... Der letztere Fall wäre dann der Zustand der völligen Religionsfreiheit. Rindeschwender untersuchte die Verordnung der Regierung in bezug auf die bestehende Gesetzgebung. Dabei kam er zu dem Ergebnis: Der Unterschied zwischen dem Konstitutionsedikt und der Verfassungsurkunde sei vor allem, daß nach der Verfassung der Regierung die "willkürliche Anerkennung oder Verweigerung" von Religionsgesellschaften, "sowie das Recht, ihnen nach Belieben aufzukündigen und sie aus dem Lande zu vertreiben" ⁷⁰⁾, nicht mehr zustehe. Jeder Bürger hat demnach völlige Gewissensfreiheit. Wo-

rin beide Gesetze übereinstimmen, ist die Tatsache, daß immer nur von den bekannten Konfessionen die Rede ist, denen dem Staat gegenüber gleiche Rechte zustehen, nicht aber von einem Ausschließen aller übrigen. Daraus schließt Rindeschwender, daß eine ungünstige Auslegung für die Dissidenten "... offenbar dem allgemeinen Rechte und dem Geiste unserer Verfassung" widerspreche; und daß, "sofern eine andere, dem Geiste entsprechend möglich und ungezwungen ist"⁷¹⁾, es wohl nicht in der Absicht der Verfassung liegen könne, die doch eine liberale sei und darauf bedacht sei, die Rechte der Bürger zu erweitern, eine Gruppe von Staatsbürgern ihrer Rechte zu berauben. Denn darum ginge es letztlich, und nicht um die Erteilung von Rechten.

Der Art. 16 der Bundesakte sagt: Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Hierauf berief sich Rindeschwender und ermahnt dabei die Regierung, sie dürfe an den "Buchstaben des Bundesgrundvertrages" nicht deuteln, auch wenn er unerwünscht sei. Aus all dem leitete er die unbedingt anzuerkennende Rechtsgleichheit der Deutschkatholiken ab. Es sei Aufgabe der Gesetzgebung, "diese volle Gewissensfreiheit im Leben durchzuführen"⁷²⁾. Dabei dürften die persönlichen Einstellungen der Regierungsvertreter keine Rolle spielen.

Von seiten der Regierung eröffnete Nebenius die Rechtfertigung der Regierungsverordnung. Er stellte sich ebenso wie nach ihm Bekk ganz auf den Boden der Gesetzgebung, die den Fall von Dissidenten vorläufig noch zur vollen Genüge klären würden. Wenn eine gewisse "Probe- und Prüfungszeit" die Lebensfähigkeit der Gemeinden bewiesen habe, dann sei es noch Zeit genug, die Gesetze entsprechend zu ändern. Zudem habe man im Kommissionsbericht auch nicht die "historische Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse" genügend beachtet.

Als Bekk nun seine Stellungnahme kundgab, begann er mit einer allgemeinen Mahnung. Es lag ihm offenbar sehr viel daran, "... daß man in einer Sache von so zarter Art, wie die Religion es ist, keine Phrasen" mache, sondern "nüchtern bei dem Gegenstand der Prüfung"⁷³⁾ stehen bleibe. Dann bekannte sich Bekk dazu, daß er keineswegs beabsichtige, den Glauben der Deutschkatholiken in irgendeiner Weise anzugreifen. "Alle diejenigen, die es mit dieser Sache ernstlich meinen, verdienen unsere Achtung... Dieser Achtung wegen dürfen wir aber die Rücksichten nicht aus den Augen verlieren, die das Interesse der Gesamtheit zu nehmen fordert, und wir dürfen dieser Achtung wegen unsere Gesetze nicht verletzen..."⁷⁴⁾ Für die Freiheit zu sprechen sei schön und "lohnend", nur dürfe man sich nicht den Verstand "übertäuben" lassen und müsse auch die bestehenden Ordnungen achten, auf denen der Staat ruhe.

Die erste Frage, die zu klären Bekk sich bemühte, befaßte sich mit dem Reklamationsrecht bezüglich der Regierungsverordnung vom 20. April 1846. Zu diesem Reskript, das ja eine Bewilligungsurkunde war, wurde die Regierung seinerzeit durch die Petition dreier deutsch-katholischer Gemeinden veranlaßt. Die Opposition reklamierte nun aber dies Reskript, da sie es für ein Gesetz hielt, das ja von der Kammer hätte bewilligt werden müssen. Das konnte aber gar nicht im Sinne der Petenten liegen, weil jene eine kirchliche Vollberechtigung und bürgerliche Gleichstellung verlangten, und das kann man nach Bekks Ansicht nicht als Gesetz - auch nicht als provisorisches Gesetz - bezeichnen, weil damit ja gar keine Allgemeine Vorschrift ausgesprochen war, sondern eine besondere Bewilligung. Bekk führt dann weiter aus: "Wenn etwas von der Art, wie es die Petitionskommission fordert, von der Regierung ausgesprochen worden wäre, so würde von der entgegengesetzten Seite eine Reklamation wegen Eingriffs in den Kreis der Gesetzgebung allerdings begründet gewesen sein. Verlangt man nun aber das, was die Petitionskommission will, so kann man wohl um Vorlage eines Gesetzes bitten, das diese Vollberech-

tigung und Gleichstellung ausspricht, sich aber nicht darüber beschweren, daß das Verlangte auch ohne Gesetz schon teilweise bewilligt sei...⁷⁵⁾. Bei einer solchen Reklamation hat eine Regierung die Wahl zwischen der Zurücknahme der Verordnung oder der Gesetzesvorlage. Da in diesem Fall die Regierung, "... welche entschlossen ist, jetzt kein solches Gesetz vorzulegen..."⁷⁶⁾, lediglich die Verordnung hätte ganz zurücknehmen können - damit wäre zugleich die Reklamationsbeschwerde aufgehoben gewesen -, so hätten die deutschkatholischen Gemeinden nur das Nachsehen gehabt. Außerdem haben in einem solchen Fall nur die Petenten selbst das Recht, die Zurücknahme zu verlangen. Die Regierung wäre, so sagt Bekk, sofort darauf eingegangen.

Die zweite Frage Bekks befaßte sich mit dem materiellen Recht, mit dem Recht der Regierung auf Regelung der kirchlichen Verhältnisse, soweit es den Staat an sich angeht.

Was die Gewissensfreiheit anbetrifft, so stehe diese gar nicht mit der Frage der kirchlichen Association in Verbindung, also mit dem Recht, einen kirchlichen Verein zu gründen. Für das Verhalten der Regierung gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: entweder der Staat mischt sich überhaupt nicht ein; dann herrscht völlige Freiheit, und die Folge davon wäre ein großes Gewirr in den verschiedenen kirchlichen Richtungen, Parteienkrämerei und Spaltungen. Für das Beispiel Amerikas gelten ganz andere Verhältnisse und Grundvoraussetzungen im Vergleich zu einem europäischen Staat. Die andere Möglichkeit, wonach sich auch fast alle europäischen Staaten richten, ist die, daß zur Gründung einer neuen Kirchengesellschaft "... die von dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohles aus zu beurteilende Staatsgenehmigung..."⁷⁷⁾ erforderlich ist. Nach dem Kirchenkonstitutionsedikt können nur von der Regierung kirchliche Rechte verliehen werden. Dieser Standpunkt war von jeher in bezug auf die in der Verfassung genannten christlichen Kirchen von der Opposition auch anerkannt und vertreten worden.

Daraus folgert Bekk: "Was aber von Änderungen und neuen Einrichtungen der bestehenden Kirchen gilt, muß doch wahrlich um so mehr noch von Bildung und Gründung ganz neuer Kirchengesellschaften gelten"⁷⁸⁾.

Den Einwand Rindeschwenders, daß der § 18 der Verfassung aber jene Paragraphen des Konstitutionsediktes aufheben würde, weil er volle Gewissensfreiheit garantiere, wies Bekk zurück, da diese Gewissensfreiheit früher auch schon anerkannt war und im Konstitutionsedikt ausdrücklich ausgesprochen wurde.

Sehr klar und ohne Leidenschaft zeigte sich Bekks Haltung als ein überzeugter, toleranter und - man kann sagen - liberaler Katholik, der zugleich als Vertreter der Regierung die Entscheidung derselben zu verantworten weiß, wo er sagt: "... Die Spaltung an und für sich ist zwar schon ein Übel, allein dies reicht nicht hin, um eine solche Sekte gewaltsam an ihrem Aufkommen zu hindern, und ebenso wenig genügt die Überzeugung, daß die Neuerer in Beziehung auf die religiösen Wahrheiten im Irrtum sind, denn in dieser Beziehung muß ich mit der Kommission sagen, daß der Staat als solcher in diesen Dingen 'keine Überzeugung' hat. Der Schutz aber, den der Staat den bestehenden Kirchen schuldig ist, und sein eigenes, mit diesen Kirchen so eng verwachsenes Interesse mag es immer rechtfertigen, daß er das Aufkommen solcher neuen Sekten wenigstens nicht begünstigt". Das aber müßte man doch für eine Begünstigung gegenüber den Dissidenten halten, wenn der Staat "... sich beeilte, alles, was die bestehende, historisch gegründete Gesetzgebung den Sektierern lästig macht, schnell aus dem Wege zu räumen und ihnen mittelst einer Änderung der Landesgesetzgebung sogleich die volle Berechtigung wie den Angehörigen der alten Kirchen zuzuweisen?"⁸⁰⁾ Ein solches Verhalten der Regierung müsse man doch vom unbefangenen Standpunkt aus geradezu als "Provokation zum Übertritt" und als Begünstigung der neuen Kirche betrachten. Auch Bekk vertritt hier wie Nebenius den Standpunkt, zunächst einmal abzuwarten, wie jene kirchliche Bewegung sich weiterentwickeln würde und darüber hin-

aus sich ganz an die bestehende Gesetzgebung zu halten. Wie gut die Regierung daran getan hat, beweist vom heutigen Standpunkt aus gesehen die Tatsache, daß sich jene Bewegung tatsächlich im Vergleich zur protestantischen und katholischen Kirche nur wenig verbreitet und sich nicht endgültig durchgesetzt hat. Davon aber ganz abgesehen, konnte eine Regierung nicht den radikalliberalen Standpunkt einnehmen, um den einen Bevölkerungsteil zu befriedigen, während alle katholischen Gegenden und Gemeinden solche Maßnahmen selbstverständlich als eine Benachteiligung ihrer Interessen empfunden haben müßten. Wie alle liberalen Forderungen paßte auch die der Religionsfreiheit mit diesem konkreten Beispiel außerordentlich gut in das Programm der Opposition, und es war gar nicht anders zu erwarten, als daß auch in diesem Punkte die Forderungen nach möglichst großer Freiheit so heftig vertreten werden würden. Darauf war die Regierung gefaßt und konnte sich entsprechend für die Kammersitzungsdebatte vorbereiten. Die Lösung, die Bekk für die Haltung der Regierung in diesem Streitpunkte gefunden hatte, war nicht allein in ihrem Inhalt und Gehalt sondern auch in ihrer äusserst geschickt und maßvoll vorgetragenen Form im wesentlichen, vor allem in den Rechtsgrundsätzen, von der Opposition nicht zu widerlegen. Bekk ging auf alle Beschwerdepunkte im einzelnen ein:

Es war dagegen Beschwerde erhoben worden, daß die Regierung in dem Reskript mit Rücksicht auf die römisch-katholische Kirche den Namen "Deutschkatholiken" nicht offiziell anerkannte. Bekk rechtfertigte diese Maßnahme damit, daß mit diesem Namen den zuwerbenden Mitgliedern der Übertritt leicht gemacht werde, indem ihnen dadurch vorgespiegelt würde, als blieben sie ja katholisch, nur daß sie sich von Rom lostrennten, ohne die katholische Glaubenslehre zu verlieren. Das aber würde doch jede Proselytenmacherei unterstützen. Daneben war es den Mitgliedern sehr wohl gestattet, sich selbst so zu nennen.

Im zweiten Punkt ging Bekk auf die korporativen Rechte ein, wobei er sich auf die Vorredner Nebenius und Jungmanns berief. Hierbei mache der Staat sein Aufsichtsrecht geltend, denn es könne doch auch nicht im Interesse der

Dissidenten liegen, durch ein Bestehen auf öffentliche Gottesdienste die anderen aufzureizen. Sie hätten sich jetzt noch damit "begnügen dürfen, daß sie für sich selbst ihre Andacht üben können"⁸¹⁾.

Das Benutzen der Kirchen schließt das Reskript an sich nicht aus, dazu müsse aber selbstverständlich die Einwilligung der Gemeinde eingeholt werden, welcher die betreffende Kirche gehört. Daneben behielt sich die Regierung noch ein Genehmigungsrecht vor.

Über die Anstellung von Geistlichen gab das Reskript keine Grundsätze an, wohl aber über fremde, aus dem Ausland hereingeholte Prediger. Bekk äußerte dazu: "Nichts ist mehr geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören, und will man das Land nicht zum Schauplatz religiöser Zerwürfnisse und eines fanatischen Treibens machen, wodurch beklagenswerte Auftritte herbeigeführt werden könnten, so darf man nicht dulden, daß Prediger herumreisen, um an öffentlichen Orten Anhänger für ihre Sache zu werben"⁸²⁾. Dies sei als Vorbeugung für Zwietracht und Fanatismus notwendig, wenn auch das Reisen solcher Männer ohne die Absicht, öffentlich zu predigen durchaus gestattet war. Als Beispiel wies Bekk dabei darauf hin, daß ein derartiges Predigen elsässischer ultramontaner Jesuiten die Regierung auch nicht dulden würde, und es wäre ganz gewiß die Linke in diesem Hause, die widrigenfalls am meisten dagegen schreien würde.

Was den Religionsunterricht der Kinder anbetraf, so konnte die Regierung tatsächlich keine größere Freiheit geben, als es das Reskript anordnete. Dennoch stand in solchen Orten, wo sich deutschkatholische Gemeinden befanden, auch der Religionsunterricht denselben zu; während nur dort, wo ein eigener deutschkatholischer Unterricht nicht durchführbar war, die Kinder in den anderen, dort abgehaltenen Religionsunterricht gehen sollten, damit sie in dieser Beziehung nicht gänzlich "verwildernden". Außerdem war auch in der Gesetzgebung der Religionsunterricht als ein notwendig vorgeschriebener Gegenstand aufgeführt.

In bezug auf die Proselytenmacherei berief sich die Kommission auf den § 5 des Konstitutionsediktes, wo es heißt: "Niemand darf ein solches frei gefaßtes Vorhaben durch Zwang, Furcht oder Zudringlichkeit hintertreiben."

Mit dieser Auffassung war Bekk auch vollkommen einverstanden, nur, fügte er hinzu, habe der Berichterstatter den ebenso wichtigen Nachsatz vergessen, der lautete:

... Niemand aber auch auf einen oder dem anderen Wege Jemand zu demselben hindrängen. Hieran mag man wieder die Auslegungsmöglichkeit der Gesetze ermessen, und daß es durchaus auf den Standpunkt ankam, den man innehatte. Die Regierung hatte die Aufgabe, die Grenze zu erkennen und festzusetzen, zwischen den beiden zu verwerfenden Extremen, dem Unterdrücken einer "frei gefaßten Meinung" auf der einen Seite, und auf der andren dem "Hindrängen" zu ihr. Noch wichtiger erschien der Regierung aber die Rücksichtnahme auf die bereits bestehenden kirchlichen Konfessionen, die ihren festen Platz in den Gesetzen hatten. Dabei hatte besonders die katholische Kirche die größten Nachteile von der Ausbreitung der Dissidenten zu erwarten. Bekk betonte jedoch, daß es den Deutschkatholiken keineswegs verwehrt sein sollte, "... ihre eigenen Lehren ans Licht zu stellen"⁸²⁾, nur dürfe man deswegen keine "Anfeindungen" der übrigen Konfessionen durch die Dissidenten zulassen.

Als nächstes kam Bekk auf die staatsbürgerlichen Rechte zu sprechen, von denen die Kommission behauptet hatte, daß die Regierung diese den Deutschkatholiken entzogen habe. Ganz grundsätzlich, so führte Bekk aus, könne man hier gar nicht von einem "Entziehen" von Rechten reden, da ja vorher noch keine bewilligt worden waren. Die Regierung machte die Dissidenten lediglich auf die bestehenden Gesetze aufmerksam. Dabei stellte sie sich auf den Standpunkt, daß die Verfassung nur an die bekannten drei (beziehungsweise zwei) Konfessionen gewisse Rechte vergab. Neu sich bildende Kirchen müßten sich diese Rechte erst einmal erwerben. Da sich die Dissidenten aber selber nicht mehr zu der katholischen Kirche zugehörig fühlten, könnten sie auch keinen Anspruch auf jene Rechte erheben, die der

katholischen Kirche gehörten. Wenn man sich aber von der Oppositionsseite aus auf den Art. 16 der Bundesakte berufen wollte, und demnach allen Sekten freien Lauf ließe, dann müßte auch erst die badische Verfassung entsprechend geändert werden. Bis dahin jedoch bliebe diese wirksam.

Ein weiterer Klagepunkt betraf die politischen Rechte, z.B. die Wählbarkeit in die Kammer. Art. 9 und 37 der badischen Verfassung gewährten dieses Recht ausdrücklich nur den drei bekannten Konfessionen. Da das Reskript vom 20. April sich hierüber auch nicht äußerte, so müsse man in dem Fall, wenn ein Dissident in die Kammer gewählt werden sollte, der letzteren die Entscheidung darüber überlassen, ob jener Abgeordnete in der Kammer bleibt oder nicht; dazu habe die Kammer das formelle Recht. Danach erst müsse dann die Regierung überlegen, was sie zu tun habe, um die Verfassung aufrecht zu erhalten.

Auch über den Ausschluß von Staatsämtern äußerte sich das Reskript nicht; es war lediglich darin vermerkt, daß der § 9, der Angehörigen der beiden Konfessionen einen Anspruch auf jene zubilligt, keine Anwendung auf die Dissidenten habe. Von dem Verlust bereits erworbener Staatsdienste stand ebenfalls nichts darin.

Bekk glaubte mit seinen Ausführungen "... die Gesetzmäßigkeit des Staatsministerialerlasses dargetan zu haben"⁸³⁾ Dabei betonte er noch einmal, daß er sich über den "Wert und Unwert" der Sache nicht auslassen, sondern nur sagen wollte, daß nach den Grundsätzen des Staatsrechts bei einer Neugründung einer Kirche die Genehmigung der Staatsgewalt notwendig sei, und daß es derselben zusteht, diesbezüglich die Rechtsgrenzen zu setzen. Den Dissidenten stand es offen, den gesetzlichen Weg einzuschlagen, und durch eine Motion die Bitte an den Großherzog zu veranlassen, wonach die Gesetzgebung entsprechend geändert werden konnte. Da jene aber diesen Weg nicht eingeschlagen hatten, konnten sie auch nicht mehr fordern als ihnen bereits bewilligt worden war. Und selbst dies, so sagt Bekk, hätten sie nur "... aus Rücksicht auf

die zarten Interessen, die hier in Frage sind, erhalten. Das meiste von dem, was auf dem Wege der Verordnung bewilligt werden kann, ist bewilligt, und von der Art der Entwicklung des Vereins wird es abhängen, was weiter geschieht ... "84). Wenn dieser selbst den "Keim des Fortbestandes" in sich trüge, so wird er mit "wahrem Glaubensernst" auch selbst die Hemmnisse aus dem Weg räumen, die in der damaligen Gesetzgebung lagen.

Hecker warf daraufhin der Regierung eine "Halbheit der Maßregel" vor, man solle die Deutschkatholiken entweder voll berechtigen oder unterdrücken. Darauf antwortete Bekk, daß ja die Gesetze immer dazu da seien, die Freiheiten einzuschränken. Im vorliegenden Fall aber müsse man sich auf die §§ 7 und 25 des ersten Konstitutionsediktes stützen, wo zur Gründung eines kirchlichen Vereins eine besondere Staatsgenehmigung nötig ist, "... die jedoch an sich noch keine Vollberechtigung als Kirche, sondern nur eine Duldung mit beschränkten Rechten gewährt"85). Wenn aber die Opposition dies für inkonsequent halte, so läge das eben wieder an den nicht befriedigenden Gesetzen, und nicht an der Regierung, deren Pflicht es in erster Linie ist, die bestehenden Gesetze anzuwenden.

Für diese sich auf die Verfassung und die Gesetze stützende Rechtfertigung der Regierung erntete Bekk in der Kammer den Vorwurf, er bediene sich einer "sophistischen Redekunst" und lasse damit durch rein rationale Folgerungen auf dem Gesetzesboden die menschlichen Rücksichten zu kurz kommen. Es müsse auch der "Geist" der Gesetze und die Ideen, die hinter der Verfassung standen, mit berücksichtigt werden. Was diesen "Geist der Gesetze" anbetraf, so äußerte sich Bekk an anderer Stelle dazu: "Wenn das Gesetz klar entscheidet, dann darf man von dem 'Geist des Gesetzes' nicht sprechen, dann darf man den Geist des Gesetzes nicht dem ausdrücklichen Wortlaut entgegenhalten, sonst ist eine bodenlose Willkür vorhanden"86). Damit würde zugleich jede Sicherheit schwinden, dann "...den Geist macht sich ja jeder sel-

ber ". Wie wenig gerade dieser Vorwurf auf Bekk zutraf, bewiesen immer wieder seine Gesinnung und sein gerader Charakter in all seinen Äußerungen. Er, der selbst so viel Mangelhaftes und Unvollkommenes an der Regierung und ihrer Verwaltung sah und erkannt hatte, war in die Lage gebracht, die Regierung zu verteidigen und ihre Aufgaben mit verantwortlich zu entscheiden. Wenn er seinem eigenen Wesen dabei treu bleiben wollte, blieb ihm gar nichts anderes übrig, als sich streng an die Gesetzgebung zu halten und auf die Fehler in ihr selbst hinzuweisen, deren negative Folgen man immer allein der Regierung zu Last legte. Das war ein schweres und undankbares Amt, das aber doch ausgeübt werden mußte.

IV. Verhandlungen über die Verwaltung und ihre Maßnahmen

Die bürokratische Verwaltung in Baden war in ihren Einrichtungen ebenso wie auch in den übrigen deutschen Staaten aus dem Absolutismus in die vormärzliche Zeit überkommen. Mit dem emporstrebenden Liberalismus war das Mißtrauen ihr gegenüber immer mehr gewachsen. Dieses Mißtrauen wollte man mit der Kontrolle durch die Volksvertretung kompensieren. Das Ziel war, aus dem alten Polizeistaat allmählich einen Rechtsstaat mit geteilten Gewalten zu formen, so wie es das Vorbild Englands und Frankreichs nach seiner Revolution lehrten. Die liberalen Verfassungen der deutschen Staaten boten die Möglichkeit, den aus der absolutistischen Zeit überlieferten Verwaltungsapparat zu schwächen. Daraus erwuchsen die heftigen und langwierigen Kämpfe in den Ständeversammlungen.

In Baden brachte die neue Gemeindeverordnung von 1831 einschneidende Veränderungen, worin die Statuten für die Land- und Stadtgemeinden einheitlich geregelt wurden, und wobei man auf die Ordnungen des Freiherrn vom Stein, sowie auch auf die französische Gesetzgebung von 1789 zurückgreifen konnte. Man berief sich darauf, daß das Volk nun reif und mündig geworden sei zur Selbstverwaltung. Dabei wurde zwar eine klare Grenze gezogen zwischen den Befugnissen der Gemeindebehörden, der Bezirksämter und schließlich der obersten Staatsgenehmigungen, jedoch war damit noch keine vollständige Reform auf allen Gebieten der inneren Staatsverwaltung erreicht.

Die Durchführung der Trennung der drei Gewalten voneinander nahm einen großen Zeitraum in Anspruch und war bis zur Revolution noch nicht in allen Teilen vollendet. Im Absolutismus hatte der Monarch diese drei Gewalten in seiner Person vereinigt. Daher war es notwendig, die Gesetzgebung, die auf den Grundrechten der Verfassung aufgebaut wurde, aus den Händen des Monarchen zu nehmen und deutlich zwischen jenen Gesetzen zu scheiden, die allgemein gültige Regeln aufstellten und von den Kammern sanktioniert werden mußten, und den bloßen Verordnun-

gen, die die Regierung für Sonderfälle selbständig erteilen konnte. Man mußte sich also klar werden darüber, welche Fragen und Entscheidungen in das Feld der Gesetzgebung und welche in das der Verwaltung gehörten. Dabei bemühten sich die Liberalen, sich gegen die "Übergriffe der Verwaltung" zu sichern, da von dorthier die freie rechtsstaatliche Entwicklung gehemmt wurde. In der Umwälzung der staatlichen Ordnung zu Anfang des 19. s. wurden des öfteren kurzfristig allgemein regelnde Verfügungen notwendig, so daß sich eine Zwischenlösung, ein Provisorium herausbildete, die sogenannten Notverordnungen oder Ausnahme Gesetze. Aber selbst über diese Notverordnungen erwarb sich die Kammer ein nachträgliches Überprüfungsrecht.

Es war ein ständiger Kampf zwischen der Volksvertretung und dem Monarchen mit seinen Ministern um die Erweiterung der Volksrechte, um ein wahrhaft konstitutionelles Staatssystem.

Dazu gehörten auch die Verantwortlichkeit der Minister und die Ministeranklage. Dabei war es die Frage, wer die Justiz über die Minister führen sollte. Da ja der Regierung als Gesetzgeberin nicht auch zugleich die Justiz zustehen konnte, wurde die Frage nach einem unabhängigen obersten Gerichtshof laut. Die aber, da auch ein "Prozedurgesetz" noch ausstand, nicht vor der Revolution endgültig gelöst wurde.

Die dritte Hauptforderung des Liberalismus bestand in der Trennung der Justiz von der Verwaltung, was besonders dadurch erschwert war, weil noch aus dem Absolutismus her die Auffassung eingewurzelt war, daß die Justiz zur Polizei gehöre. Dort war der Verwaltungsbeamte in unterster Instanz zugleich Amtmann und Richter. Daß es dabei oft zu subjektiven und willkürlichen Urteilen kam, ist erklärlich und unvermeidbar gewesen, zumal auch das Verfahren ein geheimes und mündliches war. Der Liberalismus erreichte zunächst wenigstens die Trennung der Justiz von der Verwaltung, in der unteren Instanz, was erhebliche Änderungen in der Verwaltungsmaschinerie und eine ent-



sprechende Straf- und Prozeßordnung notwendig machte. Mit diesen Veränderungen gingen Kompetenzstreitigkeiten Hand in Hand, denn auch die Beamten hatten sich erst langsam in die Veränderungen einzugewöhnen. Das Volk wurde sich seiner Rechte mehr und mehr bewußt und reichte bei der Kammer so oft wie möglich Beschwerden über gesetzwidrige polizeiliche Eingriffe und Gewaltmaßregeln der Beamten ein. Daher forderte die Kammer die Regierung auf, darüber zu wachen, daß ihre Beamten gesetzlich handelten. -

In der Sitzung vom 15. Januar 1846 verteidigte der Abgeordnete Schaaf die Regierung. "... Wenn die Unterbehörden alle die Intelligenz hätten, um ihr Amt ohne Fehl und Mangel zu handhaben, so daß gar kein Rekurs mehr ergriffen würde, so könnte man alle Rekursbehörden abschaffen..."⁸⁷⁾ Zwei Tage später diskutierte man in der II. Kammer über die Übertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte. Der Abgeordnete Buhl vertrat - wie er sagte - vom "konservativen" Standpunkt aus die Ansicht, daß die Polizei, so wie sie derzeit organisiert sei, nur das Gegenteil von dem erreichen könnte, was sie beabsichtige. Er sagte: "... Wenn der Herr Regierungskommissär bemerkt hat, daß bei uns der Polizei eine kleine Strafgewalt verblieben sei, so erwidere ich ihm, wenn diese Strafgewalt auch in einzelnen Fällen unbedeutend ist, so wird sie aber dadurch groß, daß sie sehr häufig angewendet wird"⁸⁸⁾ Statt ein beabsichtigtes Ansehen verschaffe man ihr nur Anfeindung von allen Seiten. "Sie wird als die Verfolgerin der bürgerlichen Freiheit angesehen, und dieses wahrscheinlich in höherem Grade, als es der Fall ist"⁸⁹⁾ Dagegen würde sich ein Bürger nicht mehr von der Polizei bedrückt fühlen, wenn man ihr die Strafgewalt nähme. Der Abgeordnete von Itzstein erkennt in ihr die "Hauptquelle des Mißvergnügens" der Bürger, woraus die Unzufriedenheit erwächst, und diese Polizeistrafgewalt sei es auch, "... welche jede freie Bewegung der Bürger hemmt, sie ist es, welche jede Handlung bevormundet, sie ist es endlich, welche Strafen erkennt, die, nicht begründet in dem Gesetz, manchmal unbegreiflich sind, welche lediglich von der Persönlichkeit des Mannes, der die Strafe ausspricht, ja lei-

der ... von der Willkür desselben abhängt..."⁹⁰⁾, Brentano wies darauf hin, daß man den Code Napoléon, der auf der vollständigen Trennung der Justiz von der Verwaltung fußt, zwar übernommen habe, aber ohne entsprechende Konsequenzen für die Durchführung gezogen zu haben.

Die beiden Adressen, die auf dem vergangenen Landtag die Regelung der Polizeistrafgewalt betreffend in die erste Kammer gingen, erhielten dort keine Zustimmung. Die II. Kammer gab es nicht auf, immer wieder ihre Anliegen vorzutragen. Der Abgeordnete von Soiren wies in seiner Motionsbegründung darauf hin, daß die Strafgewalt der Polizeibehörde in offenem Widerspruch stünde mit dem "Bildungsstand des Volkes und den Hauptsätzen des Staatsgrundgesetzes", worin jedem Bürger das Recht zugesprochen wird, "... daß niemand wegen irgend einer strafbaren Handlung an seiner Person oder an seinem Vermögen mit irgend einer Strafe, sei diese auch noch so gering belegt werden darf, als in Kraft eines richterlichen Urteils"⁹¹⁾. Außerdem müsse es ja im Staatsinteresse liegen, daß eine möglichst gerechte Ausübung der Strafgewalt vorgenommen würde, und dies könne ein unabhängiger Richter immer eher als ein abhängiger Verwaltungsbeamter, dessen Entscheidungen nur Zweckmäßigkeitentscheidungen sind und keine Rechtsentscheidungen, denn dafür fehlten ihm sowohl die Erfahrungen als auch die Kenntnisse. Der wichtigste Punkt aber sei vor allen anderen, daß die Polizeibehörde nicht das Vertrauen der Bürger besitzt.

Ein großer Mangel und Rückschritt war auch dadurch verursacht, daß man bei der gesetzmäßigen Trennung der Justiz von der Verwaltung den Verwaltungsbehörden das in den Händen ließ, was diese eigentlich den Gerichten zu übergeben hatten, da man nicht so schnell in der Lage war, überall gesonderte Behörden für die Gerichtsbarkeit in erster Instanz zu errichten. Damit war ein Zustand eingetreten, daß es geschehen konnte, gleiche Fälle an verschiedenen Orten hier von der Verwaltungsbehörde und dort von der Justizbehörde behandelt zu sehen.

Der Abgeordnete Schmitt begründete in seiner Motion in der Sitzung vom 22. Juni 1846 den mangelhaften Zu-



stand in der badischen Polizeistrafrechtspflege mit der mangelhaften Polizeistrafgesetzgebung, die zuerst geändert werden müsse, wenn man eine Besserung erzielen wollte, und die im "Geiste der Humanität" und im Einklang mit dem "Geiste unserer Verfassung" ausgearbeitet werden müßte. So faßte also die betreffende Kommission in der II. Kammer noch einmal ihren Antrag auf Vorlage eines Polizeistrafgesetzbuches in den wichtigsten Punkten zusammen.

Um dem von vielen Seiten kritisierten Mangel zu begegnen, daß die Verwaltungsbeamten nach der Trennung der Justiz von der Verwaltung einseitig würden sowohl in ihrer Ausbildung wie auch in ihrem "Rechtssinn", da ihnen ja die Praxis der Justiz fehle, schlug Bekk vor, in der Besoldung die Verwaltungsbeamten höher zu stellen als die Richter. Wenn man zudem ein paralleles Institut zum Oberhofgericht auch für die Verwaltung schaffen würde, dann wäre damit die größere Aufstiegsmöglichkeit in der richterlichen Laufbahn für die Beamten ausgeglichen. Der Erfolg davon wäre, daß auch Richter gern in die Verwaltung übertreten würden, welche sich keine Ungesetzlichkeiten und Willkür erlauben würden. Ohne eine Rücksicht auf diese wirtschaftliche Seite müsse man damit rechnen, daß die Rechtspraktikanten ohne erst eine Richterkarriere zu durchlaufen, gleich Verwaltungsbeamte würden, ja, früher oder später würde man sogar vielleicht überhaupt auf ein Rechtsstudium verzichten! Nach diesem Gesichtspunkt sei es eine "Härte" gegen die Richter, wenn man ihnen als Verwaltungsbeamte keine bessere Besoldung anbiete und sie oft sogar gegen ihren Willen in die Verwaltung herüberziehe, zumal sie ja damit die Aussicht auf die Beförderung in das Oberhofgericht aufgeben.

Aus den angeführten Problemen ist das eine wenigstens ersichtlich, daß gerade die Trennung der Justiz von der Verwaltung am schwierigsten in der Praxis durchzuführen war, weil dadurch die altgewohnte Ordnung eine so starke Umwälzung nicht auf einen kurzen Zeitraum zuließ. Aber gerade die "Übergänge brachten erst recht die Verwirrung und Mängel zutage, die man ja abzuschaffen wünschte.

Auch bei der Diskussion über die Geschäftsabteilung und den Wirkungskreis des Direktors des Innerministeriums in der Sitzung vom 25. Juli 1846 wurden heftige Vorwürfe gegen die Regierung laut. Die Hoffnungen, die man vor ein- einhalb Jahren bei der Wahl Nebenius zum Innenminister gehegt hatte, waren enttäuscht worden. Wenn sich einer- seits auch "ein gewisser Sinn der Milde, der Ruhe und Mäßigung" bei den allgemeinen Regierungsakten gezeigt habe gegenüber dem gewohnten "schroffen und abstoßenden Geist der Bürokratie", so habe er auf anderer Seite ver- sagt. Nämlich dort, "... wo dieselbe (Regierung) in un- mittelbare Berührung mit den Bürgern des Landes tritt, da ist es nicht besser, da ist es schlimmer geworden"⁹². Die Zensur z.B. sei strenger geworden und das "Denuntia- tionswesen" habe zugenommen, "dieses Angeben, dieses Auf- passen auf das Benehmen nicht der Beamten allein, sondern selbst der Bürger in ihrem Kreise". Und weiter äußerte Zit- tel dazu: "... Man Untersuchte sogar, wiewohl man vorher wußte, daß nichts an der Sache sei, nur damit man sagen konnte, man habe untersucht, denn soweit ist es gekom- men, daß selbst die oberen Behörden vor diesem Denuntia- tionswesen sich scheuen und fürchten, und oft gegen ihre Überzeugung Verweise erteilen mußten, damit sie nicht in den Verdacht kamen, sie hielten es mit den Liberalen"⁹³. Das sei der verderbliche "Doppelgeist" in der Regierung, aus dem die "Demoralisation" hervorginge. Dieser Kluft zwischen den Staatsbeamten und den Bürgern, dieser Ent- fremdung müsse endlich entgegengearbeitet werden.

Die Frage nach der Ursache beantwortete Zittel damit, daß die Verfassung den Bürgern ein starkes Selbstbewußt- sein gegenüber den Beamten gegeben habe, welches durch die Gemeindeordnung noch bestärkt worden war. Aber nichts habe so sehr das "demokratische Element unter dem Volke gestärkt", wie die Kammerauflösungen. Zittel schilderte, wie er selbst hochgestellte Beamte, Regierungsdirekto- ren in die Häuser der Wahlmänner, "in die niedrigsten Hütten", habe gehen sehen, um ihre Stimme für einen Kan- didaten zu werben. Das hätte dem Bürger seine Bedeutung für den Staat klar gemacht. "Sie werden sich auch denken

können", so sagte Zittel, "daß dann gegenüber dem Bürger, der seines Rechtes sich bewußt ist, jetzt dieser alte herrische Ton hintennach nicht mehr anzunehmen, und daß jetzt die Zeit vorüber ist, in der man in der Weise gegen ihn verfahren konnte"⁹⁴⁾. Außerdem seien doch die Staatsbeamten und die Bürger gegenseitig aufeinander angewiesen. So wünschte man endlich diese Zweiteilung in zwei Lager beendet zu sehen. Der Geist in einer Staatsverwaltung müsse "von oben eingepflanzt werden", und eben darin habe man sich in Nebenius getäuscht. Im Gegenteil, die Spaltung sei noch schroffer und fast unheilbar geworden.

Zittel meinte, "... ein im Lande geehrter und geliebter Name deckt so manche Handlung, die nicht in seinem Sinne geschehen ist. Ist das eine Verantwortlichkeit, die wir wünschen können? Lieber keine Verantwortlichkeit"! Der Sinn dieser Reklamation sei der Wunsch, so fährt Zittel fort, "... daß der Chef des Ministeriums dem Vaterlande das werde, wozu ihm die Vorsehung Geist und Herz verliehen hat"⁹⁵⁾.

In diesen Äußerungen spüren wir deutlich den Wunsch zum Ministerwechsel, wie es im Dezember des Jahres dann auch geschah. Zugleich werden hier aber auch die Erwartungen angedeutet, die man Bekk bei seinem Amtsantritt als dem Nachfolger von Nebenius entgegenbrachte. Das, was Nebenius nicht geschafft hatte, sollte er vollbringen durch seine Persönlichkeit und Popularität. Als Bekk auf diese großen Anklagen hin, die nicht nur allgemeine Mißstände, sondern auch die persönliche Haltung des Innenministeriums kritisierten, wieder die Verteidigung der Regierung übernahm, ahnte er wohl bereits, daß er sein eigenes Schicksal beschrieb. Er begann zunächst damit, daß dieses "Mißbehagen" im Volke durch die Zeitentwicklung und durch den "ganzen Gang der Geschichte" hervorgerufen wurde. Die alte "Behaglichkeit" bestünde in keinem Volke mehr. Diese Behaglichkeit, "die eine

innere Ruhe und ein Gefallen an dieser Ruhe und bloß materiellem Wohlsein voraussetzt", sei nun abgelöst durch andere Güter, nämlich durch geistige Interessen, "... die aber eben durch ihre Natur unruhig machen und durch die Unruhe die Behaglichkeit zerstören"⁹⁶⁾.

Dieser überall auftretende Geist der Unzufriedenheit sei nicht durch Konzessionen zu befriedigen, denn das, was man heute gewähren würde, genüge morgen schon nicht mehr. Von diesem Geist, diesem Drängen, würden ebenso wie die badische auch alle anderen Regierungen bekämpft, gleichgültig, was sie tun. Aber daraus könne man auch der Regierung keinen Vorwurf machen. Gerade deswegen müsse eine Regierung für ihre eigene Existenz kämpfen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung, "auf der sie selbst allein ruht". Je größer das "Andringen" und die Angriffe sowohl in der Presse wie auch in der Kammer gegen sie werden, um so stärker tritt auch die Reaktion wieder hervor. Daß bei dem Bestreben, die Ordnung zu erhalten, viele Mißgriffe von unteren und höheren Instanzen gemacht würden, sei gar nicht zu vermeiden, obwohl man immer darum bemüht bleiben müsse, denn - "wir alle sind keine Götter". Bekk sah auch hier wieder die Hauptaufgabe der Regierung darin, zwischen den beiden extremen Parteien, den Beamten und Bürgerlichen, zu vermitteln. "Und das Geschäft der Vermittlung ist überall das undankbarste, es wird von beiden Seiten ... mit dem Namen der Schwäche gebrandmarkt"⁹⁷⁾. Diese Parteien seien nun einmal im Volke vorhanden, und ohne die Regierung würde ein großes Durcheinander herrschen, so könne man gar nicht auf sie verzichten.

Diesen "Doppelgeist" zu vernichten sei eine vorgebliche Mühe. Dagegen könnte die Bewegungspartei durch "eigene Mäßigung" am ehesten dazu beitragen, "den mächtigen Geist der Reaktion wenigstens in seinen Wirkungen zu schwächen, und damit jenen Doppelgeist selbst ungefährlicher zu machen"⁹⁸⁾.

Eine derartige geistige Bewegung, so betonte Bekk, könne unmöglich von Einzelpersönlichkeiten gelenkt werden, diese seien wie "Nullen" in dem Strom der Bewegung; auch wenn er den größten Charakter und "stärksten Geist" mitbrachte, so würde er doch mit seinen starren Prinzipien nicht durchdringen können und würde erliegen; es sei denn, er greift "zu dem allein möglichen und allein vernünftigen System der Vermittlung"⁹⁹⁾. Dies war und blieb auch das Grundprinzip der Bekkschen Politik.

In einem anderen Zusammenhang machte man der Regierung wiederum den Vorwurf der zu "schroffen" und übertrieben scharfen Maßnahmen, und zwar war das in der Sitzung vom 7. September 1846, als man auf die Versammlung des großen Bürgerausschusses der Stadt Mannheim vom 19. November 1845 zu sprechen kam. Bekk wollte hier "sine ira et studio" den Streitpunkt beleuchten. Es ging dabei letztlich um die Interpretation der Gemeindeordnung, nämlich um die Tatsache, daß die Regierung eine Anzahl von Gemeindebürgern nur dann für berechtigt halte, eine Versammlung zusammenzurufen, wenn sie in eigenen Gemeindeangelegenheiten über eine "Vorstellung an den Großherzog" abstimmen wollten. Die Staatsbehörde habe aber dann einzuschreiten, wenn "... durch die Beratung einer Sache entweder wegen der Strafbarkeit ihres Zwecks oder wegen vorübergehender Erhitzung der Gemüter das allgemeine Wohl oder die öffentliche Sicherheit bedroht"¹⁰⁰⁾ sei. In diesem Fall hatte die Gemeinde das Widerstandsrecht geltend gemacht, indem sie sich der Verfügung der Kreisregierung, die die Versammlung verboten hatte, widersetzte.

Wenn nun keine Strafe eingetreten war, so bleibe trotzdem - wie Bekk sagt - die Tat rechtswidrig und strafbar, denn den Kreisregierungen stehe sehr wohl das Aufsichtsrecht über die Gemeinden wie auch das der Polizei zu. Die weitere Behauptung in dem Bericht, daß die Staatsgewalt kein Recht habe, selbst eine rechts-

widrige Versammlung zu unterdrücken, sondern erst nachträglich Strafen verhängen könne, würde ja die "präventive Natur" der Polizei vernichten. Was den Tadel anbetraf, die Regierung hätte zu viel Macht aufgeboten, so läßt Bekk eine Beurteilung dieser Tatsache als solcher offen; jedenfalls sei es hinterher immer leichter, wenn man in "Besonnenheit" den Zusammenhang überblickt, zu sagen: "Ein kleineres hätte auch genügt". Die Regierung dürfe die Angelegenheit nicht zu leicht nehmen. Sonst könne es auch leicht passieren, daß die Gemeinde, die heute der Staatsbehörde den Gehorsam aufkündigt, dies morgen der Gemeindebehörde gegenüber tut. Bekk warnte davor, daß die Bürger es nur noch auf "den physischen Zwang zum Vollzug dessen, was für die Handhabung der Staatsordnung nötig ist, ..." ¹⁰¹⁾ ankommen lassen. Denn wenn das eigene Rechtsgefühl als Grundlage für den Gehorsam verloren sei, so könnte leicht "... ein Zustand eintreten, wo alle Bande der Ordnung gelöst sind."

Man mochte es beurteilen, von welcher Seite aus man wollte; jedenfalls hatte die Regierung die Pflicht, jedem Widerstand mit der "Autorität der Gesetze" entgegenzutreten. Dieses Beispiel wurde auch gewählt, um es als einen Gegenbeweis mitgelten zu lassen gegen jene Behauptungen nach der Revolution, die Regierung habe überall zu wenig Kraft gezeigt, die sich anbahnenden Auflehnungen gegen die bestehende Staatsordnung zu unterdrücken. Wandte sie einmal dort, wo sie es für unumgänglich notwendig hielt, Gewalt an, so wurde sie gleich mit Beschwerden und Petitionen überschüttet, die sie auf die Gesetze hinwiesen; und sie, die doch für die Staatsordnung verantwortlich war, konnte es sich am wenigsten leisten, sich über die Gesetze hinwegzusetzen.

Die Anlässe zum revolutionären Verhalten des badischen

Volkes

I Die Armenunterstützung infolge der Teuerung
von 1847

Schon im Jahre 1846 kam langsam das Rad der revolutionären Auflehnung des badischen Volkes ins Rollen. Ein Hauptanlaß dazu war die durch die Verbreitung der Kartoffelkrankheit hervorgerufene Mißernte und die damit verbundene Not hauptsächlich der Landbevölkerung im Odenwald und Schwarzwald. In einer Abhandlung von Friedrich Lautenschlager über die Agrarunruhen in Baden¹⁾ wird eingehend beschrieben, wie sich erst durch diese Tatsache der Gegensatz zwischen dem mediatisierten Adel und seinen ihm pflichtigen Untertanen so recht bemerkbar machte. Die Unzufriedenheit über die übermäßig drückenden Lasten und Abgaben vor allem der niederen Bauern wuchs sich aus zum Haß gegen den Adel. Vielfach steigerte sich diese Oppositionsstimmung in eine Verblendung, die ungerechterweise alle Not, welche die Mißernte im Gefolge hatte, den Grundherren und ihrer vermeintlichen Ausbeutung der Pflichtigen - was hier und da auch tatsächlich zutraf - zur Last legte. Die politische Revolution habe mit diesen Agrarunruhen vorerst noch nichts zu tun gehabt - so führt Lautenschlager weiter aus -, sondern erstere sei erst auf dem Boden dieser gärenden, unzufriedenen Stimmung unter der Landbevölkerung verbreitet worden.

Es ist nicht meine Aufgabe, die Auswirkungen dieser Mißernte von 1845, welche dann unglücklicherweise durch die übermäßige Trockenheit von 1846 noch um ein Vielfaches verschlimmert wurden, im einzelnen zu behandeln, vielmehr soll hier darauf eingegangen werden, auf welche Weise und in welchem Grade sich die Großherzogliche

Regierung und das Ministerium des Innern dafür eingesetzt haben, die Not zu mildern und die am ärgsten Betroffenen vor dem buchstäblichen Verhungern zu bewahren.

Meine Ausführungen stützen sich weitgehend auf Akten des Innenministeriums aus dem GLA in Karlsruhe, das Badische Regierungs-Blatt und auf das "Karlsruher Tagblatt".

Die an sich schon arme Bevölkerung gerade im Odenwald und Schwarzwald hatte am meisten unter den Folgen der beiden aufeinanderfolgenden schlechten Ernten zu leiden. Die Scheunen waren leer. Selbst die etwas reicheren Bauern waren darauf angewiesen, sich die nötigen Brotfrüchte und Getreide von auswärts zu kaufen. Den meisten aber fehlte das Geld dazu, zumal natürlicherweise die Preise erheblich in die Höhe geschnellt waren. Die Regierung sah sich genötigt, so schnell wie möglich ein Armenunterstützungsprogramm in sehr großem Umfange ins Leben zu rufen, um auch nur der ärgsten Not entgegenzuwirken.

Am 9. Dezember 1846 findet sich im "Karlsruher Tagblatt" eine Erklärung betreffs der Großherzoglichen Armenkommission. Darin werden die Statuten, der Aufgabenbereich, die Funktionen und ihre Träger bestimmt. Es heißt u.a.: "Die großherzogliche Armenkommission ist eine für sich bestehende Behörde ... Der jeweilige Vorstand des Großherzoglichen Polizeiamts hat den Vorstand und besorgt die Geschäftsleitung..." Die Bestimmung der Kommission sei, "... hier heimatberechtigte Arme, die einer Unterstützung bedürftig sind, zu unterstützen". Außerdem sollten durch sie arme Durchreisende unterstützt, und Beiträge an Armenanstalten gegeben werden.

Die einzelnen Unterstützungsgesuche sollten in den Sitzungen, die alle 14 Tage stattzufinden hatten, untersucht werden. Dringende Fälle jedoch konnten auch in der Zwischenzeit vom Vorsitzenden erledigt werden, worüber dieser sich dann in der folgenden Sitzung auszuweisen

hatte. Daß die durch diese Armenkommission bewilligten Gelder nicht verschleudert wurden, beweisen die sorgfältigen Prüfungen jedes Gesuches. Es wurde nämlich für jeden Fall ein Kommissionsmitglied verpflichtet, die betreffenden Verhältnisse genau zu erkunden und anhand einer "tabellarischen Übersicht (Erkundigungsbogen genannt)" die Bedürftigkeit des Armen festzustellen. Diesem hatte der Untersuchende ein eigenes Gutachten beizufügen.

So umständlich der Geschäftsgang zur Untersuchung eines Bedürftigkeitsgrades auch erscheinen mag, so wird dies doch oft notwendig gewesen sein, da in manchen Fällen z.B. Gebrechlichkeit vorgetäuscht wurde, ohne diese mit einem ärztlichen Zeugnis belegen zu können.

Nachdem die Verhältnisse eines Unterstützungsbedürftigen auf diese Weise ermittelt worden waren, beriet die Kommission darüber und wies eine geeignete Unterstützung an. Die Form der Unterstützungen geschah entweder in Geldbeiträgen oder in Bekleidungsstücken, Mietwohnungen, Armenholz, Verpflegung im Hospital oder auch privat, Verpflegung in den sogenannten Suppenanstalten oder in Form von Medikamenten, von Schul-geld und Schul-büchern usw.

Auf seiten der Spender werden angeführt: Seine Königliche Hoheit der Großherzog, der Staat, die Städte, Gemeinden, kirchliche Spenden sowie private Spenden der Bewohner.

Am 21. Januar 1847 wurde eine allerhöchste Verordnung erlassen über die Gründung von Armenunterstützungskommissionen in einem jeden Amtsbezirke²⁾, die sich tatsächlich bis Ende Januar konstituiert hatten. Den Vorsitz führte der jeweilige Bezirksamtmann. Weiterhin gehörten der Stadtpfarrer, der Großherzogliche Physikus, der Bürgermeister, Apotheker, Wirte und andere wirtschaftlich gut gestellte Gemeindemitglieder dazu.

Um auf die Suppenanstalten näher einzugehen, so finden wir schon 1832 Aufträge durch die Regierung zur Errichtung derselben für die Armen verschiedener Städte. Diese Einrichtung hatte sich in Notzeiten immer wieder bewährt. Die Kosten dafür wurden aus öffentlichen Mitteln getragen. Verschiedentlich sind es Frauenvereine, die eine solche ins Leben gerufen haben, wie z.B. (1843) der Frauenverein in Karlsruhe.

Eine anschauliche Vorstellung der Leistung einer derartigen Suppenanstalt erhalten wir aus dem Kochzettel der Freiburger Suppenanstalt vom 11. Januar 1847³⁾:

Suppenzutaten für 600 Portionen:

52 Pfund Gerste	5.38 Gulden
30 Messle Bohnen	7.-- "
24 Pfund Ochsenfleisch	4.-- "
24 Pfund Halbweißbrot	3.-- "
30 Köpfe Kraut	-.52 "
11 Pfund Salz	- 33 "
3 Loth Gewürz	-.06 "
5 Pfund Butter	1.40 "
Zwiebeln, gelbe Rüben und Grüns	-.37 "
	23.26 Gulden
Dienstpersonalunkosten	2.-- "
	25.26 Gulden
	=====

Es kam also eine Portion auf rund 2,5 Kreuzer. Die Verteilung dieser Suppen ging praktisch so vor sich, daß an bestimmte Bedürftige gegen eine geringe Entgeltsumme oder - wenn der Betreffende selbst diese Summe nicht aufbringen konnte - unentgeltlich Essensmarken ausgeteilt wurden, worauf man die Suppe zu der bestimmten Mittagszeit erhielt. Als Eßraum diente meistens ein Saal irgend eines Lokals. Dieser wurde mit Staats- oder Spendengeldern gemietet, und ebenso wurden Koch und Bedienende aus diesem Fond bezahlt, falls sich nicht Freiwillige zur Verfügung stellten.

Alle Gelder, die aus öffentlichen Mitteln zur Armenunterstützung bereitgestellt wurden, mußten durch Entschliebung aus dem Großherzoglichen Staatsministerium bewilligt werden. Darunter gehörten auch die kirchlichen Spenden.

Am 13. Februar 1947 teilte das Ministerium des Innern dem katholischen Oberkirchenrat die Entschliebung des Staatsministeriums mit, "... daß aus der allgemeinen katholischen Kirchenkasse 4000 Gulden, aus dem Religionsfond Freiburg 2000 Gulden und aus drei Pfarr-Interims-Reventien-Hauptfonds zu Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg je 2000 Gulden, zusammen 12.000 Gulden behufs der Unterstützung von Armen bei der gegenwärtigen Theuerung unternommen werde"⁴⁾. Dabei wurde dem kath. Oberkirchenrat überlassen, über 2000 von ihm gespendete Gulden nach Gutdünken zu verfügen und sie bedürftigen Gemeinden zu verteilen, die unter seiner Aufsicht ständen, während wegen der übrigen 1000 Gulden die Verfügung des Ministeriums des Innern abzuwarten sein.

Bei diesen kirchlichen Spenden trugen auch die Protestanten einen erheblichen Anteil. Dies sehen wir aus einer Bemerkung des Innenministeriums an den kath. Oberkirchenrath vom 12. Mai 1847, worin es heißt, daß beide Oberkirchenräthe in gleicher Weise mit großer Bereitwilligkeit der Aufforderung des Ministeriums nachgekommen seien, alle verfügbaren Überschüsse aus kirchlichen Fonds zur Armenunterstützung abzugeben. Insbesondere habe der evangelische Oberkirchenrath "... im Ganzen 3950 Gulden angewiesen, wodurch bei den der evangelischen Kirche in geringerem Maße zu Gebote stehenden Mitteln von ihr zur Linderung des allgemeinen Notstandes wohl in nicht geringerem Verhältnis beigetragen worden ist, als dies von Seiten der kath. Kirche ... geschehen ist"⁵⁾.

Damit nun nicht durch diese Zuschüsse und Spenden alle zur Verfügung stehenden Unterstützungsfonds und Ersparnisse aufgezehrt würden, machte das Ministerium des Innern auf den Antrag des kath. Oberkirchenraths den Kreisregierungen den Vorschlag, nur die Hälfte des wirklich disponiblen Überschusses der kirchlichen Stiftungs-



fonds zur Armenunterstützung zu verwenden, und daneben die zweite Hälfte "... nur als ein je nach den Kräften der betreffenden Gemeinde zurückzuzahlender unverzinslicher Vorschuß"⁶⁾ auszugeben.

Gerade unter der Landbevölkerung war die Not nicht allein damit abgeschafft, daß man nur die Bedürfnisse des Augenblicks befriedigte, es mußte für die Saat zur neuen, mit Hoffnung erwarteten Ernte gesorgt werden. Auch dazu fehlte das Geld, und so griff das Ministerium ein, indem es Saatfrüchte aus dem Auslande kaufte, und unter die Gemeinden verteilen ließ. Minister Bekk schrieb am 17. Februar an den kath. Oberkirchenrath: "Unter Bezugnahme auf die diesseitige Entschließung vom 13. d. M., die Armenunterstützung aus milden Fonds und anderen dazu geeigneten kirchlichen Kassen betreffend, machen wird auf den Inhalt der neuesten Nr. des landwirtschaftlichen Wochenblatts aufmerksam mit der Anfrage, ob es dortseits für angemessen erachtet wird, einen Teil der erhaltenen 2000 Gulden zur Disposition der landwirtschaftlichen Kreisstelle Weinheim zu stellen, um damit für die armen Landwirte in den Schaffneibezirken Lobenfeld, Heidelberg und Weinheim Saatfrüchte anzuschaffen und nach Maßgabe der in dem landwirtschaftlichen Wochenblatt enthaltenen Bestimmungen zu verteilen..." "... Wir halten diese Art von Unterstützung für sehr wohlthätig und wichtig..."⁷⁾

Neben der Hilfe durch Saatgut griff die Regierung dadurch unterstützend ein, daß sie große Mengen von Reis - teils grobe, teils feine Sorte - ankaufte. Dieser Reis sollte zum Einkaufspreis an die verschiedenen Gemeinden abgegeben werden, welche entweder Suppenanstalten errichtet hatten oder dessen sonst für arme Gemeindemitglieder bedurften. Daher wurden alle Regierungsämter aufgefordert, mit Hilfe der jeweiligen Unterstützungskommissionen die Notlage festzustellen und diese unmittelbar dem Innenministerium anzuzeigen. Dieser Auftrag erging an alle vier Kreisregierungen⁸⁾, die als oberste Zwischeninstanzen den Geschäftsgang weiterzuleiten hatten. Nach dem Grad der Bedürftigkeit wurden dann die jeweiligen Zuteilungen be-

messen. Der Preis für einen Zentner Reis mittlerer Sorte betrug 17 Gulden, für die feinere Sorte 19 Gulden. Für den Ankauf von Brotfrüchten wurde eine "Spezialkommission" gegründet. Dieser oblag es auch, die Reisverteilung vorzunehmen. Nach genauer Anweisung des Innenministeriums hatte diese Kommission von dem Reisbestand, der in Mannheim lagerte, die vorgeschriebenen Quanten an die einzelnen Bezirksamter zu "möglichst billiger Fracht" zu übersenden. Die Kosten waren von den Regierungsämtern zu tragen.

Desgleichen wurden auch Erbsen aus dem Ausland angekauft. Am 19. Mai 1847 ermächtigte das Ministerium des Innern die Spezialkommission, "... von den in Mannheim angekauften Erbsen den Unterstützungskommissionen der Regierungsämter Waldshut, Säckingen, Schönauf, St. Blasien, Eberbach, Mosbach, Neudenau, Adelsheim, Buchen und Wallbüren je 15 Malter - im Ganzen also 150 Malter - zur zweckmäßigen Verwendung für arme und minder bemittelte Familien abzugeben"⁹⁾ In der Folge erscheinen immer mehr Reis- und Erbsenzuteilungen an einzelne bedürftige Gemeinden.

Ende April hat auch der Großherzog persönlich in die Hilfsaktion eingegriffen. Unter den Akten findet sich ein Brief des Großherzogs an seinen Minister Bekk, dessen Wortlaut hier ganz wiedergegeben wird: "Mein lieber Staatsrath Bekk! Zur Erleichterung der grossen Not, in welcher dormalen ein Teil der Bewohner des Schwarzwaldes und des Odenwaldes sich befindet, bestimme ich aus meiner Handkasse einen weiteren Unterstützungsbetrag von 2000 Gulden. Indem ich Ihnen diese Summe hiermit übersende, stelle ich deren baldige zweckmäßige Verwendung gänzlich Ihrem Ermessen anheim. Mit der erneuten Versicherung meiner besondere Achtung und Wertschätzung verbleibe ich Ihr wohlgeneigter Leopold"¹⁰⁾ Minister Bekk verfügte, von diesem Betrag für die dürftigsten Gemeinden der Amtsbezirke Waldshut 320 Gulden, Säckingen 310 Gulden, St. Blasien 280 Gulden, Schönauf 280 Gulden, Mosbach 180 Gulden, Neudenau 220 Gulden, Eberbach 110 und Buchen 300 Gulden auszusahlen.

Eine weitere Stiftung über 400 Gulden wurde dem Minister Bekk ebenfalls zur Verfügung gestellt von den Großherzoglichen Hoheiten, den beiden Herrn Markgrafen Wilhelm und Maximilian.

Für all diese Stiftungen gelangten Dankadressen an den Ministerial-Präsidenten Bekk mit Rechenschaftsberichten über deren Verwendung. Aus einem solchen Bericht des Amtes Buchen geht hervor (vom 5. Mai 1847)¹¹⁾, daß die Kasse der dortigen Unterstützungskommission zu der Zeit über 1150 Gulden verfügte. Damit sollten 100 Malter Roggen aus dem Depot in Mosbach angekauft und den Gemeinden gegen den "Einkaufsschilling" abgegeben werden. Nur die ganz Armen erhielten das Getreide unentgeltlich. So sollte die Unterstützungssumme in jedem Monat einmal umgesetzt werden (im Mai, Juni und Juli), womit man die Bevölkerung bis zur Ernte durchzubringen hoffte.

Einen anderen Weg zur Hilfe der beunruhigten und notleidenden Bewohner dieser Gemeinden ging man, indem man Straßenbauten zu diesem Zeitpunkt durchführte, welche eigentlich auf einen größeren Zeitraum berechnet waren. Damit sollte den vielen Arbeitslosen Gelegenheit gegeben werden, sich ihre Lebensmittel zu verdienen. Zu diesem Zwecke wurden in Buchen und Mudenu-Menagen errichtet, für welche von der Bezirksarmenunterstützungskasse Reis und dergleichen angekauft wurde. Am Zahltag wurden diese Lebensmittel für die 300 dort beschäftigten Arbeiter rückvergütet¹²⁾.

Um auch von den eingegangenen Privatspenden ein Beispiel zu erwähnen, soll hier ein Ausschnitt aus einem Brief des Ministers von Dusch vom 10. Mai 1847 an den Minister Bekk wiedergegeben werden: "Hochgeehrter Herr und Freund. So sehr auch der hiesige Wohltätigkeitssinn schon lange für Stadt und Land im allgemeinen in Anspruch genommen ist, ... so hat man doch in zwei Abendunterhaltungen, die bei mir am 6. und 8. des Monats stattgefunden haben, der entfernten Notleidenden des Schwarzwaldes und Odenwaldes noch besonders gedacht. Den Ertrag der milden Gaben mit 878 Gulden lege ich in Ihre Hände, mit der Bit-



te über die zweckmäßigste Verwendung zu verfügen. ...Mit bekannten Gesinnungen der Freundschaft und Hochschätzung, Ihr ergebener Dusch"¹³⁾.

Eine weitere Unterstützungsaktion von seiten des Staates wurde unternommen, indem er den bedürftigsten Gemeinden aus der Staatskasse Darlehen zu niederen Zinsen bewilligte. Das Innenministerium kam am 10. Mai 1847 mit dem Finanzministerium überein, daß eine Summe von 200.000 Gulden den Gemeinden aus der Staatskasse einstweilen vorgeschossen werden sollte. Dabei sollten aber nur solche Gemeinden bedacht werden, die anderwärts keine Gelder aufzubringen imstande waren, "... dabei aber in ihren Vermögensverhältnissen volle Sicherheit darbieten und den bewilligten Vorschuß bis zum Spätjahr oder doch im nächsten Frühjahr unfehlbar zurückzuzahlen vermögen ..." ¹⁴⁾. Wie streng man sich auch an diese Vorschriften gehalten haben mag, so stellten sich diesbezüglich später doch große Schwierigkeiten in den Weg. Dies zeigen die Klagen und Bittschriften von Gemeinden und Bezirksamtern um Verlängerung der Rückzahlungsfrist.

Verantwortlich für die Bewilligung derartiger Vorschüsse waren die Kreisregierungen. Über jede freigegebene Summe war Anzeige an das Finanzministerium zu erstatten, welches dann die Zentralkasse zur Zahlung über die Kreisregierung und das Bezirksamt an die betreffende Gemeinde anwies. Der Zinsfuß war auf 5 % jährlich festgesetzt. Für die Einhaltung der Rückzahlungsfrist waren ebenfalls die Kreisregierungen verantwortlich. Die Staatskasse könne diese Gelder auf gar keinen Fall länger ausleihen, wenn man für die kommende Budgetperiode nicht in "erhebliche Verlegenheit" geraten wolle. Nötigenfalls sollten durch die Kreisregierungen auch hypothekarische Sicherheiten von den Gemeinden erlangt werden. Das Finanzministerium versicherte sich noch einmal durch direkte Mahnschreiben an die einzelnen Kreisregierungen am 20. Mai 1847, daß die Staatsdarlehen an Gemeinden nur in ganz dringenden Notfällen und unter strengster Einhaltung der Vorschriften gewährt werden dürften. In der Anzeige an die beiden

Ministerien des Innern und der Finanzen sei neben der zu bewilligenden Darlehenssumme auch genau anzugeben, welche Gewähr die Gemeinde für ihre Schuld leistet und wann die Rückzahlung voraussichtlich geschehen wird.

Mit dem Beginn der neuen Ernte liefen aus den einzelnen Bezirksamtern Rechenschaftsberichte beim Innenministerium ein, aus denen wir erfahren, welchen Erfolg die Unterstützungsaktionen gehabt haben. Die Unterstützungskommissionen lösten sich auf, "... weil sie ihrer Tätigkeit durch eine reichliche Ernte ein Ende gesetzt sahen..."

Sehr ausführlich ist der Bericht des Amtes Buchen, welches zu einem der größten Notstandsgebiete gehörte und worauf ich als Beispiel für alle übrigen hier näher eingehe. Nach einer allgemeinen Einleitung und dem Dank an Seine Königliche Hoheit werden der Zeitraum und die Art und Weise der Unterstützungen genau umschrieben. Die Hilfsaktionen hätten in der zweiten Hälfte des Januar begonnen und bis Ende Juli andauert. Die Kommission sei bei der Durchführung von dem Grundsatz ausgegangen, "... kein baares Geld zu verabreichen, sondern die Bedürfnisse der Notbedrängten durch Anschaffung und Lieferung von Lebensmitteln namentlich Brot, Reis etc. zu befriedigen und resp. deren Anschaffung durch die Gemeinderäte zu bewirken. Die geistlichen und weltlichen Ortsbehörden haben die Detailverteilung an die einzelnen Personen und Familien in ihren Gemeinden mit grosser Mühe in Vollzug gesetzt und die speziellen Nachweisungen hierüber dem Bezirksamte eingesendet..."¹⁵⁾. Die einzelnen Ortsbehörden hätten Verzeichnisse der Unterstützungsbedürftigen zugeschickt, in denen die Anzahl der Notleidenden so groß gewesen sei, "... daß sich eine Massen-Armut gleichsam ergab..." Z.B. seien in der Gemeinde Limbach bei einer Bevölkerung von 500 Seelen 193 Personen der öffentlichen Mildtätigkeit anheimgefallen. Viele der Gemeinden seien an sich so arm, daß sie kein Gemeindevermögen besitzen, und daher seien sie wegen Mangel an Credit nicht imstande gewesen, Anlehen zu machen. So ist die den Gemeinden obliegende Pflicht der Armenunterstützung fast ausschließlich der öffentlichen Verwaltung des Armenwesens zugefallen.



Da die Mittel der Kommission niemals bis zu Beginn der neuen Ernte ausgereicht hätten, "... sie wären voraussichtlich bei den hohen Preisen der Lebensmittel und der übergroßen Zahl der Bedürftigen in einem bis zwei Monaten erschöpft gewesen...", so hat man wenigstens eine teilweise Bezahlung gefordert; und zwar wurden alle Lebensmittel "im hälftigen Wertanschlag baar bezahlt". Dadurch nur sei die Kommission in der Lage gewesen, ihre Geldmittel mehrfach umzusetzen. Z.B. sei ein Pfund Reis, dessen Ladenpreis 12 bzw. 15 Kreuzer betrug, zu 6 bzw. 7 Kreuzer verkauft worden. Bei den öffentlichen Straßenbauten seien auch vorzugsweise die Bedürftigsten berücksichtigt worden, um ihnen Möglichkeit zum Verdienst im Tagelohn zu geben. Für Kranke, Alte und Arbeitsunfähige hätten die geistlichen und weltlichen Ortsbehörden mehrfach beträchtliche Barbeträge erhalten, um dafür Lebensmittel anzuschaffen. Eine weitere Hauptaufgabe habe die Kommission darin gesehen, Sommersaatfrüchte zu besorgen, "... weil bei der geringern Klasse der Landleute ... dergleichen Saatfrüchte aufgezehrt waren und ohne Bestellung der Sommersaat ja der Notstand auch auf das nächste Jahr für diese Gegend übertragen worden wäre ..." ¹⁶⁾. Hieran schließt sich eine sorgfältige Aufstellung der Einzelrechnungen. Zum Schluß des Berichtes wird auch das Prinzip dieser Unterstützungsförm erläutert. Es heißt da, daß die Kommission bei einer so umfangreichen Hilfsaktion erwogen habe, "... daß eine ganz unentgeltliche Abgabe in sittlicher und volkswirtschaftlicher Rücksicht gefährlich und höchst gemeinschädlich sei, weil ein allzugroßes Mitleiden - zumal wenn die Unterstützungen die Grenzen der Einzel-Armut übersteigen - eine Erschlaffung der Tätigkeit und Sparsamkeit bei einem großen Teil der arbeitenden Klassen notwendig zur Folge haben müßte..." ¹⁷⁾.

Im Amtsbezirk Stockach hat man die Unterstützung der Armen durch "nützliche Beschäftigung" gefördert, indem man auch Ausstockungsarbeiten und Rottarbeiten auf mehreren zur landwirtschaftlichen Benutzung bestimmten Waldparzellen durchführen ließ, sowie eine Torfstecherei auf dem Heudorfer Haardweier eröffnete und die Entsumpfung

der sogenannten Gaigelwiese bei Reuthe in Angriff nahm. Unter den Akten finden sich viele ganz persönliche Petitionen einzelner Gemeinden an den Großherzog gerichtet, aus denen tatsächlich die äußerste Not spricht. Diesen Bittschriften wurden seitenlange Unterschriftensammlungen angefügt. Daß aber auf der anderen Seite sich die Regierung vor übertriebener und unbotmäßiger Ausnutzung der Armenunterstützung verwahrte, beweisen die oben angeführten Anweisungen zur Prüfung der Einzelfälle durch die Bezirksämter.

Verständlicherweise haben die so durch die große Unterstützungssaktion in Umlauf gebrachten Gelder ein verhängnisvolles Nachspiel sowohl für die Regierung als auch für die betroffenen Gemeinden nach sich gezogen, das dazu beitrug, die Unzufriedenheit und Unruhe unter der Bevölkerung zu vermehren. So war mit der neuen Ernte zwar die größte Not gebannt, aber noch lange nicht die Armut behoben und der alte Zustand wieder hergestellt. Schon Ende 1847 zeigte sich in vielen Petitionen einzelner Gemeinden an das Finanzministerium, daß die Frist zur Rückzahlung der bewilligten Vorschüsse nicht eingehalten werden konnte. Sogar bis in das Jahr 1852 hinein ziehen sich die Verlängerungs- oder Niederschlagungsgesuche der Lasten, die auch hier wieder in den ärmsten Gemeinden des Odenwaldes und Schwarzwaldes am längsten bedrückten. Die Regierung und das Innenministerium haben sich zwar mit Erfolg um die Verhütung einer großen Hungerkatastrophe bemüht, aber letzten Endes waren sie nicht in der Lage, den sich immer schneller ausbreitenden revolutionären Geist zurückzudrängen, der ja gerade unter einer so ausgemergelten und empfindlich gewordenen Bevölkerung fruchtbaren Boden finden mußte.

II. Presse- und Zensurwesen

In bezug auf das Zensurwesen wird die badische Regierung der vormärzlichen Zeit mit dem Vorwurf belastet, sie habe einerseits zu wenig Strenge walten lassen und dadurch der prorevolutionären Stimmung und Propaganda nicht genügend entgegengewirkt, während Stimmen aus dem Gegenlager behaupten, gerade durch dieses Zensurwesen überhaupt sei die Forderung nach freier Meinungsäußerung so radikal und der Ton gegenüber der Regierung in vielen politischen Traktaten und Flugblättern so scharf und beleidigend geworden. Dies sei mit eine Ursache zur Revolution von 1848 geworden.

Wenn wir einen kurzen Blick zurückwerfen auf die Entwicklung des Presse- und Zensurwesens, so sehen wir, daß sich seit dem Wiener Kongreß in Anlehnung an das französische Vorbild auch in Deutschland das Zeitungswesen ausgebildet hat. Dem Drang nach freier Meinungsäußerung wurde 1819 durch die Karlsbader Beschlüsse ein Riegel vorge-schoben. Es wurde für den gesamten deutschen Bund eine gleichförmige Zensur festgesetzt. Dieses Pressegesetz trug dazu bei, die nationale und freiheitliche Bewegung zu entflammen.

Richten wir weiter unser Augenmerk auf Baden, so beobachten wir, daß zunächst durch das Pressegesetz vom 28. Dezember 1831 die Zensur erleichtert und aufgelockert worden war. Aber bereits 1832 wurden diese Bestimmungen infolge des Bundesbeschlusses wieder teilweise aufgehoben und die Handhabung der Zensur wurde verschärft. Im gleichen Jahr setzten die Verbote einzelner Zeitschriften durch die Regierungen ein. Darunter fielen die "Neue Zeitschwingen", der "Westbote", der "Wächter am Rhein", der "Volkesfreund", die "Freisinnige", die "Deutsche allgemeine Zeitung", um nur einige zu nennen. Es wurden Gesetze über die Polizei der Presse und die Bestrafung der Pressevergehen sowie die Vollzugsverordnungen hierzu erlassen.

Bevor auf die Zensur der innerhalb des Landes verfaßten Schriften und Artikel eingegangen wird, soll die

große Gefahr der revolutionären Beeinflussung durch ausländische Zeitungen behandelt werden.

Den größten Anteil trägt die Schweiz, daneben werden aber auch Frankreich und Amerika Ausgangspunkte für derartige 'aufrührerische' Schriften. Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade in Baden als dem südwestlichen Grenzland des deutschen Staatenbundes am ehesten solche Schriften einschleichen und ausbreiten konnten; und trotz der scharfen Kontrolle durch die Regierung an den Zollstationen und Postämtern fanden sich immer wieder Mittel und Wege für die Interessenten, sich bei der Herbeischaffung dieser Literatur der Kontrolle der Regierung zu entziehen.

Im April 1847 beklagt sich der Präsident des Innenministeriums Bekk gegenüber dem Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten über die "kommunistischen" Schriften, die "... nach übereinstimmenden Nachrichten ... beinahe alle ... aus der Schweiz kommen, und die frechsten rühren von dem bekannten K. Heinzen, welcher ganz offen und ohne Scheu sein hochverräterisches Treiben gegen Deutschland - man kann sagen- gewerbsmäßig fortsetzt"¹⁸⁾. Bedauerlicherweise sei ein Einschreiten der badischen Regierung allein in dieser Angelegenheit nicht möglich. Daher empfehle er, "... mit allem möglichen Nachdruck ein wirksames collectives Einschreiten sämtlicher deutschen Staaten gegen die Eidgenossenschaft zu veranlassen"¹⁹⁾. Minister Bekk schlägt vor, man möge die Ausweisung des K. Heinzen von der Schweiz verlangen, ebenso die des Dr. Püttmann, der sich "vor den Thoren von Constanzt" aufhalte. "Wenngleich seine Schriften weniger direkt zum Hochverrath auffordern, so sind sie durch die populäre Darstellung atheisticcher und kommunistischer Lehren nicht minder gefährlich"²⁰⁾.

Z.B. war in der Schweiz eine Zeitschrift erschienen, die sich "Ein deutsches Rechenexempel" nannte. Darin waren statistische Angaben über die jährlichen Ausgaben der Fürstenhäuser in ganz Deutschland gegeben und die Vereinigten Staaten dazu in erbaulichen Kontrast gestellt²¹⁾. Am 4. April 1847 forderte das Innenministerium die vier Kreisregierungen auf, mit Hilfe der Polizeibehörden die

Weiterverbreitung der Zeitschrift "Ein deutsches Rechen-exempel", welche in der Osternacht vom 3. auf den 4. April 1847 in mehreren hundert Exemplaren im Amtsbezirk Offenburg heimlich verbreitet worden war, und welche "... voll Majestätsbeleidigungen ist und eine Aufforderung zur Revolution enthält..." zu verhindern. Die Regierung weist dabei darauf hin, daß es sich hier um das nämliche Blatt handeln muß, "... welches schon vor einem halben Jahr bei Constanz aus der Schweiz eingeführt wurde und dem Karl Heinzen zugeschrieben wird. "... Man solle nach den Verbreitern fahnden und ein strafgerichtliches Verfahren gegen sie einleiten"²²⁾.

Man kann wohl nicht behaupten, daß sich das Innenministerium darüber im Unklaren gewesen sei, wie ernst und wie groß die Gefahr dieser zum Aufruhr und Umsturz antreibenden Schweizer Presse gewesen ist. Das Ministerium hat dabei auch an diejenigen gefährlichen radikalen Schriften gedacht, von denen Bekk sagt, daß man bedenken müsse, "... wie vieles in dieser Beziehung geschieht und nicht zur Kenntniss der Behörden gelangt"²³⁾. Immer wieder erwähnt er das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, sich bald mit den anderen deutschen Bundesländern in Verbindung zu setzen und gemeinsame Schritte gegen dieses Treiben der Schweiz zu veranlassen. Dazu antwortete der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Dusch, daß diesbezüglich Mittheilungen an die Kabinette von Wien und Berlin ergangen seien, und seit Jahren über "... die Nachteile des revolutionären und völkerwidrigen Treibens in der Schweiz. ." korrespondiert würde. Dieses sei aber nur eine unausbleibliche Folge der traurigen Zustände in der Schweiz, welche zuerst einmal abgestellt werden müßten. Seiner Meinung nach sei "... zu einer solchen Verbesserung aber wenig Aussicht, da bei den demokratischen Verfassungsexperimenten der schweizerischen Bevölkerung es an geistiger und moralischer Kraft zu fehlen scheint, wenigstens an gehöriger Sammlung derselben, um sich zu einer festen staatlichen Ordnung wieder emporzuarbeiten. Nur das Gefühl dauernder materieller Nachtheile oder die ernste Besorgnisse vor gemeinschaftlichem Einschreiten der Mächte

könnte sie zur Besinnung bringen. Aber diese Einstimmigkeit hat in voller Wahrheit auch nicht bestanden, eine momentane Annäherung wird durch die Verwicklungen der großen europäischen Politik gestört²⁴⁾. Eine bewaffnete Intervention sei z.Zt. nicht denkbar. Die einzelnen Regierungen trügen Bedenken "zu halben Maßregeln zu schreiten, die nicht ohne Nachtheile für ihre eigenen Lande bleiben würden". So müsse der schon lange so bestehende Zustand unverändert bleiben, "so lange die Mächte durch größere politische Rücksichten abgehalten sind, oder sich abgehalten glauben, mit Ernst einzuschreiten"²⁵⁾.

Über das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten konnte sich das Innenministerium also keine direkte Hilfe erhoffen und war darauf angewiesen, durch Maßnahmen innerhalb des eigenen badischen Landes die aus der Schweiz hereinflutenden aufwiegelnden Schriften abzufangen, was aber auch nur eine halbe Maßnahme bleiben mußte. Mit Bitterkeit beklagt sich Minister Bekk bei seinem Kollegen von

Dusch über diese Zustände: Bis auf "einige Blätter, die ohnehin einer guten Richtung folgen", kämen die Druckschriften nur über ganz bestimmte Zollstationen ins Land, wo sie sorgfältig zensiert würden. "Das alles hilft aber wenig; denn der eigentliche Unfug wird, wie Euer Exzellenz hinlänglich bekannt ist, durch das heimliche Hereinschleppen und Verbreiten aufrührerischer Pamphlete getrieben, welche in schweizerischen Druckereien in großer Zahl gedruckt werden"²⁶⁾. Ursache dieser Zustände seien eben die Verhältnisse in der Schweiz, und ohne deren Besserung nütze selbst die sorgfältigste Überwachung der Zeitungen und Bücher nichts.

Im Bühler Kreis hatte sich im August 1847 eine Flugschrift verbreitet mit dem Titel "Revolutionsaufruf an Deutschland". Sie stammte von einem in New York lebenden Bierbrauer C. Richter. Diese Zeitschrift war in drei Exemplaren von einem nach Amerika ausgewanderten Bühler Bürger namens Louis Springer mit Briefen in die Heimat gesandt worden mit dem ausdrücklichen Auftrag, diese Schriften unter Freunden zu verbreiten. Zwar wurde vom

Innenministerium der Befehl erteilt, alle derartigen Zeitschriften sofort polizeilich zu beschlagnahmen, und das Justizministerium beauftragte den Staatsanwalt des Hofgerichtes des Mittelrheinkreises, gegen den Bierbrauer C. Richter wegen versuchten Hochverrates und Majestätsbeleidigung Anklage zu erheben. Aber man sieht hieraus, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen der Einfluß radikal-liberal ausgerichteter Meinungen sich breit machte. Wieviele solcher Schriften mögen niemals von der Regierung erfaßt worden sein! - Und was nützte eine Beschlagnahme, wenn diese zunächst einmal von Teilen der Bevölkerung gelesen worden waren! Gerade das nachträgliche Verbot mußte doch die Kenntnis des Inhalts besonders interessant machen, und es ist dann auch nicht verwunderlich, daß derartige aufwiegelnde Aufrufe aus dem freiheitlichen Amerika, welches vielen unter der einfacheren Bevölkerung als ein Traum- und Wunschland vorschwebte, überspitzt und aufgebauscht unter der Decke gewissermaßen weitergegeben wurden. Auch Frankreich war, wie sich versteht, beteiligt am Einschmuggeln revolutionärer Schriften.

Im Oktober 1847 erging vom Minister Bakk an die vier Kreisregierungen die Warnung, daß sich durch öffentliche Blätter und andere Notizen sowie in Frankreich als auch in Deutschland unter den Radikalen sogenannte Schweizer-Commités bilden. Diese hätten zur Aufgabe, die radikale Partei in der Schweiz mit Geld und Freischaren zu unterstützen. Daher seien alle Amtsbezirke diesbezüglich zu besonderer Wachsamkeit aufgerufen. Da in Baden selbst die Möglichkeit zum Druck dieser liberal-radikalen Schriften nicht gegeben war, bediente man sich des in diesem Sinne weiter fortgeschrittenen Nachbarlandes. Es war also kein einseitiger Impuls von seiten der Schweiz, sondern Baden selbst und auch Frankreich förderten indirekt diese literarische revolutionäre Beeinflussung sowie überhaupt das Emporkommen der liberal-radikalen Partei.

Wie stand es indessen um die Presse im eigenen Lande? Nach dem Pressegesetz unterlagen alle Schriften und gedruckten Veröffentlichungen unter 20 Seiten stark der Zensur. Der Zensor trug der Regierung gegenüber persönliche Verantwortung für seine Streichungen, sowie für alle politischen Bemerkungen, die er in den Zeitschriften abdrucken ließ. Das war gewiß eine verantwortungsvolle, oft sehr angefeindete und nicht leichte Aufgabe. Im Oktober 1846 wandte sich das Innenministerium mit der Klage und Mahnung an Seine Königliche Hoheit den Großherzog, zum Höchstpreisslichen Staatsministerium, daß "die Beschwerden über den Muthwillen und die Verderblichkeit der badischen Presse und über die Erfolglosigkeit der dagegen ergriffenen Maßregeln"²⁷⁾ sich mit jedem Tage häuften. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften reichten nicht mehr aus, um dem Übelstand abzuhelpfen, und es müsse, "... soll das Land nicht der Demoralisierung preisgegeben und das Verhältnis zu den Nachbarstaaten auf empfindliche Weise gestört werden, ein entschiedener Schritt geschehen"²⁸⁾. Das von der Bundesversammlung für alle Bundesstaaten verbindliche zu erwartende Pressegesetz könne man nicht mehr abwarten und müsse bis dahin das badische Pressegesetz den Forderungen der Zeit entsprechend provisorisch abändern. Dabei müsse das Ziel verfolgt werden, die "Pressegesetzgebung nach präventiven Grundsätzen zu einem harmonischen Ganzen zu überarbeiten und diesem eine solche Ausdehnung und Strenge zu geben, daß der Zweck der Präventive auch wirklich erreicht wäre"²⁹⁾. Dabei rechnet das Ministerium des Innern durchaus mit den Schwierigkeiten, die es bei der zweiten Kammer "... in der derzeitigen Zusammensetzung..." zu erwarten hätte.

Aber erst am 3. November 1847 rief ein Erlaß des Großherzogs dazu auf, eine Kommission zu bilden mit je einem Mitglied der drei Ministerien der Justiz, des Großh. Hauses und des Innern, um einen Pressegesetz-Entwurf auszuarbeiten, sich stützend auf den Königlich Preussischen Entwurf und den Königlich Sächsischer seits hierzu gemachten Bemerkungen.



Ebenfalls im Oktober 1846 waren die Regierungsdirektoren vom Innenministerium angewiesen worden, die Zensoren zu besonderer Strenge anzuhalten, mit dem Hinweis auf den § 9 der Zensur-Instruktion, welcher deutlich ausspricht, "... daß die Zensur die Druckerlaubnis solchen Schriften zu verweigern habe, welche Ereignisse billigen, die gegen den Bestand der Staatsgewalt gerichtet sind"³⁰⁾. Einen Monat später wurden die Regierungsdirektoren wiederum ermahnt, daß "trotz mehrfältiger Erinnerung von seiten des diesseitigen Ministeriums, die Vorschriften der Zensurordnung nicht mit gehöriger Umsicht und Strenge gehandhabt werden"³¹⁾. Die auswärtigen Regierungen beklagten sich über "die Zügellosigkeit der radikalen Blätter". Anlaß zu Beschwerden böten vor allem die "Seeblätter", das "Mannheimer Journal" und die "Mannheimer Abendzeitung". Man müsse sich darüber im klaren bleiben, daß für einen durch die Zensur gegangenen Artikel die Verantwortlichkeit des Verfassers durch die Regierung gedeckt sei, und bei eventuellen Beschwerden einer ausländischen Regierung die Großh.badische Regierung sich zu verantworten habe. Daher seien die Zensoren sorgfältig auszuwählen und gegebenenfalls sei gegen dieselben einzuschreiten. Zu manchen Zeiten könne man es sich leisten, mit mehr Nachsicht zu verfahren; aber in der gegenwärtigen politischen Situation sei größte Wachsamkeit nötig, "wo jedes beleidigende Wort gegen auswärtige Regierungen und in Sonderheit gegen unsere großen Bundesgenossen schärfer empfunden wird und der Regierung und dem Lande große Unannehmlichkeiten bereiten kann"³²⁾.

Trotz dieser ständigen Ermahnungen fand das Staatsministerium immer wieder Grund, sich beim Innenministerium zu beklagen, "daß trotz der von dort aus erlassenen strengen Weisung, die Oppositions-Blätter in ihren Beleidigungen gegen unsere großen deutschen Bundesgenossen, wenn auch nur durch kurze höhnische Sätze oder einzelne Ausdrücke fortfahren"²³⁾.

So war der Stand der Dinge, als Minister Bekk die Leitung des Innenministeriums übernahm. Die politische Lage



war gespannt. Das Vertrauen der Regierung den Zensoren gegenüber war nicht immer sehr groß; andererseits traf dieselben auch das Mißtrauen der Verfasser und Verleger der Zeitungen und Zeitschriften. Die Oppositionsblätter versuchten soviel wie möglich durchzubringen. Das war nur dort möglich, wo der betreffende Zensor ihrer politischen Einstellung nicht völlig ablehnend gegenüberstand. Manchmal brachten es auch zu große Eile oder das Überarbeitet-sein eines Zensor mit sich, daß hier und da überspitzte und aggressive Artikel gegen die Regierung zum Druck kamen. Umgekehrt häuften sich die Klagen beim Ministerium über Streichungen von Sätzen und ganzen Abschnitten, die keine staatsverletzende Tendenz aufzeigten, wo ein kleinlicher Beamter die Zensurfeder mit Übereifer geführt hatte, und dort Beleidigungen zu entdecken glaubte, wo gar nicht davon die Rede sein konnte.

Zuweilen hatte sich eine Zensur auch gegen gehässige Intrigien zu wehren, wie z.B. der Zensor der "Seeblätter": Der Redakteur derselben erlaubte sich ständig "grobe Verunglimpfungen" besonders gegen den Regierungsdirektor. Daraufhin wurden drei Aufsätze von ihm gestrichen. Jedoch hatte die Regierung an dem Verhalten des Zensors zu tadeln, daß er sich in eine Korrespondenz mit dem Redakteur eingelassen hatte. Man hatte in diesem Fall nämlich annehmen müsse, daß der Redakteur gar nicht mit einem Imprimatur der betreffenden Artikel gerechnet haben konnte, vielmehr "den Inhalt nur auf diese Weise zur Kenntnis des Zensors bringen" wollte. Jedoch bei Wiederholung eines solchen Verhaltens des Redakteurs solle der Staatsanwalt veranlaßt werden, eine Klage zu erheben.

Unter besonders scharfer Kontrolle standen die Artikel, die sich mit den Angelegenheiten des Auslandes befaßten. Es war gewiß keine leichte Aufgabe, hier ein gesundes Gleichgewicht zwischen vorsichtigem Schweigen und freizügiger Kritik der liberal-radikalen Meinung zu finden. Gleich im ersten Monat der Amtsführung des Ministers des Innern Bekk bekommen wir einen Beweis für seine Haltung in bezug auf die in der Presse aufgenommene Auslands-

politik. Der Regierungsdirektor des Unterrheinkreises hatte die zensierenden Beamten in Mannheim angewiesen, bezüglich der Verhandlungen im Londoner Parlament und der Pariser Kammer nur das passieren zu lassen, was die Karlsruher Zeitung bereits aufgenommen hatte. Auf den Bericht hierüber an das Innenministerium antwortete Minister Bekk: Mit dieser Verfügung sei man nicht einverstanden, indem man da "etwas zu weit gegangen sei". Es würde "...minderem Bedenken unterliegen, jene offiziellen Verhandlungen aus englischen und französischen Blättern mitzuteilen, als Correspondenzartikel und Raisonsnements aus dem Inlande, durch welche die betreffenden Regierungen angegriffen werden, und welche als Ausspruch der Ansicht des Inlandes erscheinen könnten"³⁴. Vielmehr sollten die Zensoren nichts passieren lassen, was die betreffenden Regierungen verletzen könnte.

Große Schwierigkeiten erwuchsen auch aus der wenig einheitlichen Auffassung über die Handhabung der Zensur beim Ministerium und den vier Kreisregierungen. Das drückt sich z.B. auch in einem Erlaß des Regierungsdirektors des Mittelrheinkreises vom 22. Januar 1847 ans Ministerium aus. Da heißt es u.a.: "In einem Lande, in welchem sich die öffentliche Stimme gegen die Zensur erklärt hat und die höchsten Staatsbeamten sie nur noch für ein unvermeidliches Übel erklären, in welchem überdiess die Pressgesetzgebung von ganz anderen Prinzipien ausgeht, als die Zensur, ist es ebenso schwierig zu fragen, in welcher Weise die Zensur geübt werden solle, als wer dazu geeignet sei"³⁵. Er erachte die Zensurordnung trotz des Tadel, dem sie hin und wieder ausgesetzt sei, für "gelingen" und "den bestehenden Gesetzen für entsprechend", doch dürfe man deswegen auch nicht übersehen, welchen Verdächtigungen, Verletzungen und Anfeindungen jeder Zensor ständig ausgesetzt sei.

Als das Patent über die Preussische ständische Verfassung Anfang Februar 1847 bekanntgegeben wurde, fürchtete die Regierung die Kritik in den öffentlichen Blättern und wies daher im voraus die vier Regierungsdirektoren an, dafür Sorge zu tragen, daß die Beurteilung dieser Verordnungen nicht auf "eirehönische oder verächtlich

machende Weise" geschehe. Zu Anfang März bot sich wieder ein Ereignis, bei dem sich die Regierung durch vorbeugende Maßnahmen vor Gerüchten und eventuellen Angriffen in der Presse zu schützen versuchte. Dieser Anlaß war der Brand des Karlsruher Theaters. Ein knapper, sachlicher Bericht über den Vorfall an die vier Kreisregierungen sollte denselben einen Leitfaden für die Zensoren in die Hand geben, und es sei darauf zu achten, daß "... sie keinem Aufsätze, der den einen oder anderen Theil in dieser Streitsache verletzen und aufreizen könnte, die Druckerlaubnis zu erteilen haben"³⁶⁾. Bei diesem Brand sei es nämlich zu Streitigkeiten zwischen einigen Bürgern und wachehabenden Militärpersonen gekommen. Daraufhin hatte das Karlsruher Tageblatt eine Einladung zu einer Versammlung an die Bürger veröffentlicht zwecks Beratung einer Beschwerde gegen das Militär. Da sich aber ebenfalls das Militär zu dem Treffpunkte versammelte, konnte ein Konflikt zwischen beiden Parteien nur durch das Dazwischentreten des Stadtkommandanten und des Polizeiamtmannes verhindert werden. Im Anschluß an diese Affaire liefen verschiedene Gerüchte von Mund zu Mund, so daß zwei Tage nach der oben angeführten Anweisung an die Kreisregierung das Innenministerium erneut davor warnte, diesbezügliche Berichte in die Zeitungen aufzunehmen. Die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen, und daher sei auch noch keine zusammenhängende Darstellung des Vorfalls möglich. Etwai-ge die Theaterverwaltung beschuldigende oder verdächtigende Gerüchte sollten nur dann Druckerlaubnis erhalten, wenn der Verfasser mit seiner Unterschrift die Verantwortung für seine Aussagen trage.

Im April 1847 fand sich ein neuer Anlaß, nämlich die Thronrede des Königs von Preußen, vor deren öffentlicher Kritik sich die Regierung ebenfalls im voraus über die Zensoren verwahrte. Vor allem sei darauf zu achten, daß keine "herabwürdigenden Angriffe" und "Anzüglichkeiten" gegen die "höchste Person Seiner Majestät" in irgendwelchen Aufsätzen zum Abdruck kämen.

Ein Beispiel für die Art und Weise, durch welche sich die liberal-radikal ausgerichteten Kreise und Parteien zu ihrem Recht verhalten, um ihre Forderungen durchzusetzen,



bietet die Zensurbeschwerde, die der Obergerichtsadvokat Rotteck in Freiburg, der Sohn des berühmten Karl v. Rotteck, im Namen mehrerer Bürger der Stadt an die Regierung des Oberrheinkreises richtete. Zugleich ist die Handhabung derselben ein Beweis für die verschiedene Auffassung der Zensur innerhalb der Beamtenschaft. Es handelte sich um die Ergänzungswahl für den großen Bürgerausschuß, bei der "verschiedene Unrichtigkeiten" vorgekommen seien. In der Beschwerde wurde der Gemeinderat gebeten, "deren Berichtigung beziehungsweise Ausscheidung der ihrer Ansicht nach gesetzwidrig einberufenen Mitglieder des Ausschusses und Einberufung ihrer Candidaten" zu veranlassen. Da der Gemeinderat die Bitte abwies, sollte diese "nunmehr durch den Druck verbreitet und als Gärungstoff weiter benützt werden"³⁷⁾. Die Druckerlaubnis wurde vom Zensor verweigert, woraufhin vom Advokaten Rotteck Oberrekurs ergriffen wurde. Die Kreisregierung beantragte Verwerfung der Beschwerde, weil die Veröffentlichung dieser Bitte vor der nächsten Versammlung des großen Ausschusses nur dazu beitragen würde, die Beratung dieses Gegenstandes zu erschweren und man darauf aus sei, "schon im Voraus den Gemeinderath zu verdächtigen und die Stellung der Mitglieder, welchen die gesetzlich erforderliche Stimmzahl abgesprochen wird, unhaltbar zu machen. Die Recurrenten mögen das sich vorgesetzte Ziel der Umstoßung der Ausschuwahlen auf dem gesetzlich vorgezeichneten Wege zu erreichen suchen und seiner Zeit das Resultat ihrer Bemühungen zur öffentlichen Kenntniss bringen"³⁸⁾. Mit diesem Verhalten war das Ministerium des Innern nicht einverstanden. Es eröffnete der Kreisregierung, daß es den Beschluß derselben aufhebe und daß mit wenigen geringfügigen Änderungen im Text die Druckerlaubnis zu erteilen sei.

Allerdings war es ein zeitraubender Geschäftsgang von den Ergänzungswahlen am 14. März über die erste Verfügung der Kreisregierung vom 30. März zum Bericht an Innenministerium am 6. April hin bis zur schließlichen Erledigung der Angelegenheit von seiten des Ministeriums am 31. Mai 1847.



Solch ein Hinziehen der Verhandlungen war natürlicherweise nicht dazu geeignet, die Stimmung für die Regierung unter den Liberal-Radikalen zu heben. Einerseits fürchteten die unteren Instanzen, welche den engeren Kontakt zu den eigentlich aktiven Schichten der sich verbreitenden revolutionären Bewegung hatten, sie müßten mit Gewaltmaßnahmen denselben so schnell wie möglich entgegentreten; andererseits bemühte sich wiederum das Ministerium um ein gemäßigteres Auftreten und versuchte die zu strenge Handhabung der Zensur abzumildern. Es kam häufiger vor, daß das Ministerium Handlungen der Kreisregierungen und ihrer Bezirksämter tadeln oder rückgängig machen mußte.

In Mannheim war es z.B. passiert, daß im April 1847 sich die Buchhändler beschwerten, daß ein Polizei-Commissär vom Stadtamt die Ermächtigung erhalten habe, die Handbücher und das Geschäftsjournal der hiesigen Buchhändler einzusehen. Das Ministerium des Innern beauftragte daraufhin die Regierung des Unterrheinkreises "... das Stadtamt Mannheim dahin zu belehren, daß, wo nicht ein besonderer Verdacht der Verheimlichung verbotener Druckschriften vorliegt, die Polizeibehörde nicht ermächtigt ist, Einsicht der Handelsbücher und Geschäftsjournale der Buchhändler zu verlangen..."³⁹⁾

Bezüglich der gerichtlichen Verfolgung bei der Verbreitung von aufrührerischen Schriften gab es einen Differenzpunkt zwischen den Ministerien des Innern und der Justiz. Im Sommer 1847 ging eine heftige Korrespondenz zwischen beiden hin und her über die Aufgaben und Pflichten zum Einschreiten der Staatsanwälte, sobald sie Kenntnis von derartigen Schriften strafbaren Inhalts erhielten.

Das Innenministerium hatte sich dabei über die Nachlässigkeit der Handhabung dieser Geschäfte durch die Staatsanwälte zu beklagen und forderte daher das Justizministerium auf, die Staatsanwälte möchten doch durch Verfügungen darauf aufmerksam gemacht werden, welche Aufgaben ihnen nach dem Pressegesetz zufielen; daß sie auch ohne polizeiliche "Requisitive" bei Kenntnis eines derartigen Falles einzuschreiten hätten, weiter, daß sie bei aus dem Ausland hereingetragenen Schriften gerichtli-



che Verfolgung gegen die zu ermittelnden Verbreiter einzuleiten hätten oder daß sie gegen dieselben das Contumacial-Verfahren erwirken müßten, um einer Verjährung des Falles vorzubeugen. Diese Forderungen wurden sichtlich aus der Not heraus gestellt, bei den Staatsanwälten eine tatkräftigere Stütze gegen das immer mehr überhandnehmende Übel der revolutionären Presse zu finden. Zugleich spürte die Regierung wohl auch ihre Ohnmacht, ohne die ausübende Gewalt nur allein mit vorbeugenden Maßnahmen gegen das Verbreiten dieser Schriften vorzugehen. Der Ton dieser Forderung an das Justizministerium ist sehr bestimmt und streng, und alle einzelnen Punkte werden mit Berufung auf die entsprechenden Paragraphen des Pressegesetzes belegt. Das Justizministerium antwortete darauf ablehnend, indem es den Staatsanwälten aus den Paragraphen des Pressegesetzes nicht die Pflicht ablesen könne, "... sich fortwährend durch Prüfung der im Großherzogtum verlegt oder verbreitet werdenden Schriften zu verlässigen, ob etwa Grund zum Einschreiten vorliege. Eine solche allgemeine Beaufsichtigung der Presse gehört bei der bestehenden Strafgesetzgebung nach der Natur der Sache zu den Obliegenheiten der Polizeibehörde..."⁴⁰⁾ Außerdem könnte man diese Beaufsichtigung den Staatsanwälten schon deshalb nicht zumuten, da sie noch mit "mehrfachen anderen Geschäften" belastet seien. Dies sei wohl der Grund, weshalb sie nur auf Antrag der Polizeibehörden einschreiten, nicht aber die Unkenntnis der Vorschriften des Pressegesetzes. Das Innenministerium gab sich nicht zufrieden und wiederholte sein Ansuchen, die Staatsanwälte zur strengeren und aufmerksameren Beachtung ihrer Aufgaben anzuhalten. "Vor dieser ihrer gesetzlichen Verpflichtung kann sie der zufällige Umstand nicht entbinden, daß ihnen auch noch andere Geschäfte übertragen sind"⁴¹⁾.

Auch hierauf wieder erfolgte eine Ablehnung von seiten des Justizministeriums, in dem es zum Schluß dem Innenministerium anheimstellte, "... diesen Differenzpunkt höherer Entscheidung zu unterwerfen..."⁴²⁾ Es mag dahingestellt bleiben, wieweit die Vorstellungen des Innenmini-



steriums über die Besserung des Pressewesens durch derartige Maßnahmen den tatsächlichen Möglichkeiten entsprach, und wieweit sich das Justizministerium im Recht befand; die Tatsache allein, daß hier ein Ministerium dem andern hemmend den Weg versperrte, statt unterstützend einzugreifen, mußte die Unsicherheit der Regierung nur vermehren.

Zum Ende des Jahres 1847 hin wurde die Presse immer dreister. Die Zensoren verwickelten sich in die schwierigsten Situationen. Woher sollten sie sich einen festen Maßstab nehmen für das, was tatsächlich ohne Gefahr gedruckt werden durfte und für jenes, was man, wenn man nicht zu kleinlich auftreten wollte, noch durchgehen lassen konnte. Die meisten politischen Nachrichten aus dem In- und Auslande waren irgendwo mit lächerlich machenden, höhnischen und beleidigenden bis zu offen angreifenden Bemerkungen gegenüber der Regierung oder den Kammern versehen. Wurde zuviel gestrichen, ging ein Rekurs zum Ministerium; wurde aber zu wenig gestrichen, kam diesmal ein Verweis vom Ministerium. Jeder geringste Anlaß wurde benutzt, um der bestehenden Staatsordnung einen Stein in den Weg zu werfen. Besonders peinlich wurden die Beleidigungen gegen auswärtige Regierungen und ihre Maßnahmen. Liefen dann Beschwerden darüber über die betreffenden Gesandtschaften ein, so hatte das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Verantwortung zu tragen für etwas, was es selber nicht billigte, und die einzige Genugtuung konnte ihm nur dadurch zuteil werden, daß man den Zensor tadelte.

Im Januar und Februar des Jahres 1848 hatte das Innenministerium fast täglich irgendwelche Artikel in den Zeitungen zu verurteilen, und mußte jeweils die Kreisregierungen zur Rechenschaft ziehen, warum dieses oder jenes die Zensur ungehindert passieren konnte. Eine derjenigen Zeitungen, die ständig der Übertretung der Zensurvorschriften ageklagt wurde, war die "Mannheimer Abendzeitung". Am 6. Dezember 1847 hatte sie z.B. einen Aufsatz aufgenommen, worin der Kurfürst von Hessen nicht



gerade sehr ehrenvoll benannt wurde. Es handelte sich um seine Durchreise, bei der er von "einem großen Haufen" angetrunkener Studenten in der Dunkelheit unerkannt in seiner Chaise angesprochen "... und mit den größten Verbal-Injurien malträtirt" ⁴³⁾ worden wäre. Diese Geschichte ist in allen möglichen Zeitungen mit großen Übertreibungen geschildert worden. Die Mannheimer Abendzeitung wollte diesem Gerücht einen Riegel vorschieben, indem sie einen Artikel aufnahm, der die an und für sich geringfügigen Tatbestände zusammenfaßte, diese ganze Angelegenheit dabei aber in eine lapalienhafte Lächerlichkeit zog, sich einerseits über die Aufbauschungen anderer Zeitungen mokierend, andererseits aber auch dabei dem Kurfürsten von Hessen nicht gerade die männlichste Haltung einnehmen ließ. Geschrieben war dieser Artikel von einem Giessener Professor. Der Zensor schreibt in seiner Verteidigungsantwort an das Ministerium, er habe in dem Artikel "... die humoristische Laune eines Giessener Gelehrten" erkannt, "welcher durch scherzhafte Übertreibungen die betreffenden Studenten in Schutz nimmt, und die Hochschule für etwa aus dem fraglichen Vorfall entspringenden Nachtheile bewahren möchte..." ⁴⁴⁾ Zum Schluß fügt er seiner Rechtfertigung hinzu: "Der Unterschied zwischen der individuellen Ansicht des Lesers und des Zensors muß meine Rechtfertigung abgeben" ⁴⁵⁾.

Auch der Zensor des "Deutschen Zuschauers" in Mannheim wurde schon im Oktober 1847 in einer Beschwerdenote der Preussischen Gesandtschaft angeklagt. Dieses Blatt sei "... dasjenige unter den radikalen Blättern Deutschlands, welches die Preussische Regierung am frechsten angreift, und sich sichtlich bemüht, hierin selbst die Mannheimer Abendzeitung noch zu überbieten". Die über Preussen aufgeführten Artikel enthielten "... so offenbare Verletzungen der bundesgesetzlichen Bestimmungen", deren Zulassung von der Zensur nicht mehr zu rechtfertigen wäre ⁴⁶⁾.

Ebenfalls im Oktober beschwerte sich der hessische Gesandte über die gleiche Zeitung. Im Januar 1848 hatte das Innenministerium erfahren, daß der Redakteur des "Deut-

schen Zuschauers" beabsichtige, den gesamten Jahrgang 1847 in zwei Bänden über 40 Bogen mit Aufnahme sämtlicher von der Zensur gestrichenen Stellen und Aufsätze herauszugeben. Dabei könnte man nicht bezweifeln, daß "... nach dem, was unter Zensur wirklich erschienen ist, zu urtheilen, ... die gestrichenen Aufsätze und Stellen vielfach strafbaren Inhalts sind"⁴⁷⁾. Deshalb warnte das Innenministerium die Regierung des Unterrheinkreises, sie solle beim Erscheinen dieses Jahrganges die Polizeibehörde einschalten und - falls der Inhalt wirklich strafbar sei - die Bände mit Beschlag belegen lassen.

Auch von den übrigen Landesregierungen kamen Beschwerden über den "Deutschen Zuschauer;" so z.B. am 29. Januar 1848 von der Königlich Sächsischen Regierung wegen "verschiedener verleumderischer Artikel; ebenso am 31. Januar von der Württembergischen und am 1. Februar 1848 von der Churhessischen Gesandtschaft, welche damit drohte, daß sie in der nächsten Versammlung beim deutschen Bundestag diese Beschwerde zu Protokoll geben werde. Der Staatsminister von Dusch äußerte sich dazu dem Innenminister gegenüber, er werde zwar dafür Sorge tragen, daß alle Verletzungen gegen die Großherzogliche Regierung selbst daraus gestrichen oder entsprechend gerügt würden, und er bitte daher um Mitteilung, "... die uns in den Stand setzen, der Beschwerde auf eine genügende Weise zu begegnen..."⁴⁸⁾, obwohl er an der Möglichkeit dazu zweifelte. Wie machtlos sich die Ministerien im Grunde gegenüber diesen Übertretungen fühlten, beweist der Nachsatz des Ministers von Dusch in diesem Schreiben: "Unsere Zensoren fahren leider fort auf eine unverantwortliche Weise, die Großherzogliche Regierung in schwere Verwicklungen mit auswärtigen Regierungen zu bringen, welche entrüstet darüber, daß alle heftigen und beissenden Angriffe aus Baden gegen sie herkommen, ohne auf ihre Beschwerden eine Abhilfe zu erfahren, zuletzt selbst in einen gehässigen Ton gegen die Großherzogliche Regierung geraten"⁴⁹⁾.

So haben sich trotz der Zensur die liberal-radikalen Stimmen durch die Presse ihren Weg gebahnt und die sie leitenden und sie eindämmenden Schranken durch die Behörden und die Regierung durchbrochen. Es darf wohl nicht außer acht gelassen werden, wie weit dieser Prozeß der Auflehnung in der Presse bei Regierungsantritt des Ministers Bekk als Präsident des Innenministeriums bereits fortgeschritten war. Dieser Prozeß war nicht mehr aufzuhalten, geschweige denn rückgängig zu machen; er war wohl aber in einer Bahn zu halten, in der die Regierung ihr Gesicht als "den Bürgern Badens zum Wohle dienend" bis zu einem gewissen Grade wahren konnte. So kann man es wohl einen glücklichen Umstand bezeichnen, daß gerade in dieser gärenden Zeit, wo die Bevölkerung die größten Anstrengungen machte, zur Revolution zu gelangen, ein Mann diesen so verantwortlichen Posten innehatte, dessen gemäßigt liberale Haltung auch der Presse gegenüber sich noch im Februar 1848 in folgendem Ausspruch Bekks bekundete: "Ein Blatt, welches auf die öffentlichen Verhältnisse einwirken will, muß wohl eine (mitunter unangenehme) freie Sprache führen, sonst genießt es das Vertrauen nicht, welches nöthig ist, um in geeigneten Fällen die etwas gesteigerte öffentliche Meinung in eine gemäßigtere Bahn zu führen"⁵⁰⁾.

III. Handwerk und Gewerbe

Ein weiterer Gefahrenpunkt für den Umsturz der staatlichen Ordnung im Großherzogtum Baden war der Einfluß Frankreichs und der Schweiz über die von dort zurückkehrenden deutschen Handwerksgesellen. Diese politische Beeinflussung wirkte auf die betreffenden Kreise unmittelbarer als die Presse. Die altgewohnte Sitte des Wanderns der Handwerksgesellen, um in der Fremde Erfahrungen und Fertigkeit zu erwerben, war an sich eine unentbehrliche und wertvolle Einrichtung. Es ist aber auch erklärlich, daß die Gesinnung dieser jungen Menschen besonders leicht beeinflußt werden konnte, die für den Reiz des Neuen und Fremden besonders aufnahmebereit waren. Denken wir z.B. an Paris. Dort war der Boden der revolutionären Bewegung am wirksamsten, und so wurden die in der Fremde gehörten und oft kritiklos und begeistert angenommenen Ideen mit heimgetragen und dort wieder eingepflanzt.

Es wurden gerade in den vierziger Jahren an vielen Orten Badens Vereine gegründet, die vor der Öffentlichkeit den Deckmantel eines "Lesevereins" oder "Vereins zur Förderung der Bildung der Handwerker" trugen, im Grunde aber "politische Clubs" waren, in denen politische Lieder gesungen und die im Ausland aufgefangenen Ideen diskutiert wurden.

Als ein Hauptorganisator derartiger Gesellenvereine war der Advokat Gustav von Struve bekannt. Er wußte es geschickt auszunützen, diese nach Fortbildung und Verbesserung der vielfach veralteten Formen und unhaltbaren Zustände in der Gewerbeordnung strebenden Handwerker für seine liberal-radikalen Ansichten zu gewinnen und sie gegen die bestehende Ordnung aufzuwiegeln.

Diese Vereine stellten zwar Statuten auf, - oft nach den Vorbildern der schweizerischen Gesellenvereine - die an sich keinen revolutionären Anstrich hatten. Aber bei den Zusammenkünften beschäftigte man sich doch in der Hauptsache mit der politischen Meinungsbildung.

Mit Beginn des Jahres 1847 hatten diese Vereine einen Stand erreicht, der der Regierung Besorgnis erregen mußte. Es wurde eine verschärfte Beobachtung und im Laufe der folgenden Monate ein Eingreifen von seiten der Regierung notwendig, wofür hier ein Beispiel anhand von Ministerialakten untersucht werden soll.

In Mannheim war bereits 1844 eine derartige Verbindung von Handwerksgesellen unter der Bezeichnung "Leseverein" gegründet worden. Das Patronat über den Verein hatte der Advokat Gustav von Struve übernommen. Durch das politische Verhalten der Mitglieder war die Regierung auf diesen Verein aufmerksam geworden. Im Februar 1847 leitete das Stadtamt Mannheim bereits eine Untersuchung gegen einzelne der Handwerksgesellen ein. Es kam zu drei Verhaftungen. Minister Bekk schreibt am 27. Februar an den Regierungsdirektor in Mannheim: "Die Gefährlichkeit des Vereins ist jedenfalls nicht zu verkennen, da die vorgefundenen Schriften und Lieder hinreichend klar machen, daß alles darauf hinausgeht, unter den Handwerksgesellen Unzufriedenheit mit ihrem Zustande und einen Haß derselben gegen die Besitzenden und gegen die Staats-Ordnung zu nähren"⁵¹⁾. Das Innenministerium wies die Regierung des Unterrheinkreises an, den Stand der Sache aufmerksam zu beobachten, und die etwa notwendig werdenden Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen.

Am 11. März 1847 wurde dann das Verbot des Mannheimer Gesellenvereins vom Innenministerium angeordnet, "... ob-
schon er nur die bessere Ausbildung als seinen Zweck aufstellte; gleichwohl durch die Art seiner Beschäftigung an den Tag gelegt, daß es sich mehr um Nahrung einer der bestehenden Staatsordnung feindseligen Gesinnung und um Verbreitung kommunistischer Richtungen handle..."⁵²⁾. Daher wurde auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 der Verein als "das öffentliche Wohl gefährdend" aufgelöst und die fernere Teilnahme bei Strafe untersagt. Ferner verfügte man, daß alle besonders aktiv gewesenen Mitglieder aus der Stadt ausgewiesen wurden.



sicht gestellt und ihnen alles Wandern bis auf weitere Verfügungen untersagt werden..."⁵⁵⁾ Dieses Wanderverbot ist in Bayern aufrecht erhalten worden, im Gegensatz zu Baden. In der bayerischen Verfügung heißt es weiter bezüglich der Handwerksgelesen aus anderen Staaten, welche sich in Frankreich aufgehalten hatten, daß sie polizeilich beaufsichtigt werden sollten, und daß man sie bei dem geringsten Verdacht aus dem Lande entfernen solle.

In einem Auszug aus einem Visitationsbericht, der als Zirkularnote an die Bundestagsgesandten am 4. Februar 1842 gerichtet war, heißt es: "Es ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß fast alle deutschen Handwerker in Paris in die dortigen politischen Verbindungen gezogen werden, und mehr oder minder politisch verderbt ins Vaterland zurückkehren. Das Wandern der Gesellen nach der Schweiz ist aus politischen Gründen verboten, gleichwohl halte ich dasselbe im Vergleich mit dem Wandern nach Frankreich für unschädlich und harmlos. - Solange das Letztere nicht verboten oder doch erschwert wird, dürfte es den fortwährenden Anlaß zur Ansteckung und Verbreitung des revolutionären Giftes gewähren. So sehr ich es auch beklagen würde, wenn unseren jungen Gewerbetreibenden die Gelegenheit entzogen werden möchte, in der Hauptstadt Frankreichs die nur da zu erlangende Ausbildung in gewissen Gewerbs- und Kunstzweigen zu erlangen, so glaube ich doch, daß das damit verbundene Übel überwiegend sei, und daß das Kleinere dem Größeren zum Opfer gebracht werden müsse..."⁵⁶⁾

Es handelte sich hier also um ein Problem, das schon lange in den deutschen Staaten gährte und jetzt so kurz vor dem Ausbruch der Märzrevolution von 1848 neuen Aufschwung bekam und entsprechend drohende Formen annahm.

Mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten korrespondierte das Innenministerium wegen eines eventuell zu erlassenden Wanderverbots der Handwerksgelesen in die Schweiz. Jedoch glaubte man, nicht ohne Übereinkunft mit den Nachbarstaaten die Initiative ergreifen zu können. Daher blieb zunächst die strenge Überwachung der aus der Schweiz heimkehrenden Gesellen als die einzig mögliche Maßnahme.

Wenn auch die Aufsichtsmaßnahmen verschärft wurden, so war damit dem Übel doch kein endgültiger Riegel vorgeschoben. Die Entwicklung nahm langsam aber sicher ihren Lauf in Richtung auf eine gewaltsame Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung. Dieser Punkt des Wanderverbots scheiterte auch nicht zuletzt wieder daran, daß man sich beim Bunde nicht einigen konnte auf einen gemeinsam zu fassenden Entschluß. Baden konnte es sich nicht leisten, vereinzelt eine so schwerwiegende Entscheidung zu fällen, die obendrein auch zwecklos gewesen wäre, ohne den Anschluß wenigstens aller süddeutschen Staaten.

Daß die Regierung aber nicht grundsätzlich abgeneigt war gegen "die Bildung von Vereinen zur Hebung der arbeitenden Klasse"⁵⁷⁾, dafür möchte folgendes Beispiel dienen. Fast zur gleichen Zeit des Verbots des Mannheimer Gesellenvereins wandte sich am 18. Mai 1847 Minister Bekk an das Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten mit der Bitte, über die betreffende Gesandtschaft Erkundigungen einzuziehen über den in Hamburg bestehenden Bildungsverein für Arbeiter. Dieser war ein Zweigverein der schon seit langem bestehenden Gesellschaft zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Bekk schreibt: "Die Verfassung und Wirksamkeit jenes Zweigvereins ist uns bekannt. Doch wünschten wir auch in denselben Beziehungen nähere Kenntnis über die letzterwähnte Gesellschaft, und insbesondere auch über deren Verhältnis zur Staatsregierung zu haben, in dem wir nicht abgeneigt wären, das Entstehen von Vereinen obiger Art, falls ihre Verfassung die gehörige Gewähr gegen Ausartungen zum Nachtheile der öffentlichen Sicherheit und des allgemeinen Wohls darbieten würde, auch im Großherzogtum zu veranlassen und zu befördern..."⁵⁸⁾. Aus demselben Grunde wünschte der Innenminister Näheres über die Wirksamkeit des Berliner "Zentral- und Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klasse" und ebenfalls deren Beziehung zur Staatsregierung zu erfahren.

Hieraus ist zu erkennen, in welcher schwierigen Lage die Regierung immer wieder geriet, indem sie gezwungen war,

hemmend und verbieternd dort dazwischen zu treten, wo an sich erwünschte Einrichtungen und Verbesserungen durch politische Beeinflussung zum Gefahrenherd für die Staatsordnung wurden.

Ein besonderer Grund zur Unruhe entstand auch unter dem Gewerbe der Uhrmacher im Schwarzwald. Die Armut der Uhrmacher war zu Beginn 1847 so groß geworden, daß die Regierung zu Hilfe gerufen werden mußte. Es wurde einerseits hier wie auch bei den übrigen Gewerben eine feste Gewerbeordnung angestrebt, zum andern sollte sich die Regierung für den besseren Absatz der Uhren verwenden. Die zu verfertigende Gewerbeordnung sollte auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ruhen, aber weder mit völliger Ungebundenheit noch mit Einzünftung. Das Innenministerium beauftragte daher die Regierung des Oberrheinkreises, einen Entwurf und eine Zusammenstellung aller gewerbepolizeilichen Vorschriften auszuarbeiten, die zur Hebung der Uhrmacherei im Schwarzwalde notwendig erschienen.

Die auf diese Weise von der Regierung entworfene Gewerbeordnung stimmte mit den Wünschen und Vorschlägen der Uhrmacherkonferenz im wesentlichen überein. Die Hauptpunkte darin betrafen⁵⁹⁾:

1. die Unabhängigkeit des Uhrmachergewerbes von den Gemeinden und dem Gemeinderecht;
2. die Festsetzung der Lehrzeit auf drei Jahre;
3. die Trennung der Geschäftsordnung der Uhrenpacker von der der Uhrmacher;
4. die Beseitigung des Unterschieds zwischen Meistersöhnen und anderen Lehrlingen;
5. die Einstellung von Gesellen nur auf Vorweisen eines Lehrentlassungszeugnisses;

u. a. m.

Es wurde ein "Uhren-Gewerbe-Verein auf dem Schwarzwalde" gegründet, der sich um das Wohl und Wehe der Uhrmacher annahm. Dieser Verein verfolgte den Zweck der Hebung der Gewerbsamkeit, indem er eintrat für die immer größere Teilung der

Arbeit, für den Bau von Uhrengewerbshallen und Uhrenlagerhäusern, für die Errichtung einer Uhrengewerbeschule samt Werkstatt mit zweckmäßiger Leitung. Ferner sollte dafür Sorge getragen werden, daß der Handel aus den Händen fremder Kaufleute wieder zurück in die Hände von Schwarzwald-Uhrenhändler-Gesellschaften komme. Alle zwei Jahre sollte eine Uhrengewerbsausstellung stattfinden, und die Verbindung mit anderen Gewerbevereinen sollte gepflegt werden. Daneben erschien ein Uhrengewerbsblatt als Beilage zum "Villinger Schwarzwälder". Auf Verlangen wurden auch an die Mitglieder geeignete Druckschriften abgegeben.

Dieser Gewerbeverein für die Uhrmacher des Schwarzwaldes reichte beim Innenministerium eine Bittschrift ein, die Regierung möge sich dafür verwenden, ob nicht nach China oder nach anderen ostasiatischen Staaten Schwarzwalduhren abgesetzt werden könnten, damit durch eine derartige Verstärkung des Absatzes die ärgste Not gelindert werden würde⁶⁰⁾. Zu diesem Zweck schlug der Verein eine Mission erfahrener Männer nach China vor, um diesbezüglich Erkundigungen einzuziehen. Außerdem könnte man auch auf diplomatischem Wege erfragen, ob und in welcher Weise eine solche Absatzmöglichkeit bestehe.

Das Innenministerium hatte Mitte September 1847 die Bitte zur Prüfung weitergegeben an das Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Aus einer Antwort des Innenministeriums an die Regierung des Seekreises vom 12. November 1847 ersehen wir, daß man u.a. mit der preußischen Gesandtschaft in Korrespondenz getreten war und einen Bericht erhalten hatte über die Sendung eines gewissen Commerzienraths Grube nach China (1845), welcher Bemerkungen über den Absatz von Zollvereinserzeugnissen nach diesem Land enthielt. Darin waren namentlich auch die Schwarzwalduhren, Spielsachen etc. als solche Gegenstände bezeichnet, welche in nicht zu großer Menge verkäuflich sein würden. Die Aussicht auf einen großen und merklich spürbaren Absatz der Uhren war damit nur gering, aber doch wenigstens nicht gänzlich ausgeschlossen.

Mehr erreicht wurde mit der Bittschrift des Gewerbevereins vom 15. August 1847 um Errichtung einer Gewerbeschule nebst Musterwerkstatt. Die Bitte wurde damit begründet, daß die Konkurrenz des Auslandes die Hauptursache des Zerfalls des Uhrengewerbes sei. Die ausländischen Uhren seien schon seit ein bis zwei Jahrzehnten viel geschmackvoller und billiger. Dadurch sinke der Preis der Schwarzwalduhren oft bis auf ein Drittel des früheren. Deswegen hätten sich viele Uhrmacher so verkleinern müssen, daß sogar Meister sich als Tagelöhner verdingen müßten. In einer Petition an den Großherzog heißt es: "Die Theuerung der Lebensmittel seit den zwei letzten Jahren hat die Größe des Zerfalls, in welchem das Uhrengeschäft des Schwarzwaldes seit drei bis vier, namentlich aber seit den letzten anderthalb Jahrzehnten versunken ist, erst in seinem vollen Umfang an den Tag gebracht ⁶¹⁾. Die erbetene Staatsunterstützung bezog sich daher auf eine Hebung der Konkurrenzfähigkeit durch eine Besserung und Modernisierung der Produktion. Ferner bat der Verein um die Sendung geeigneter Männer vom Schwarzwald in die Schweiz, nach Frankreich und England zur Herbeischaffung von Werkzeugen und Maschinen, von Musteruhren sowie auch Herstellern derselben für die mit der Gewerbeschule zu verbindenden Musterwerkstatt.

Daraufhin berief das Innenministerium aus jedem Amtsbezirk durchschnittlich zwei Uhrmachermeister, zwecks einer Beratung der Gegenstände, die die Uhrenindustrie im Schwarzwald betrafen; und zwar wurde dafür der 25. November 1847 festgesetzt. Auf Grund dieser Beratung erlangte das Innenministerium am 24. Dezember 1847 vom Staatsministerium die Bewilligung einer bestimmten Summe, welche zur Errichtung der Schule und Musterwerkstätte notwendig war. Diese Summe wurde in das Budget für Unterrichtswesen aufgenommen. Auch zur Aufstellung von Preisen für gute Leistungen wurden auf Veranlassung des Innenministeriums jährlich 250 fl. ausgesetzt.

Wie wenig die einheimischen Uhren z.B. mit den französischen konkurrenzfähig waren, zeigt ein Fall, der sich 1846/47 ereignete, und wo sich das Innenministerium zugunsten der aus dem Ausland gelieferten Uhren beziehungsweise Uhrenbestandteile entschied.

Mehrere Großuhrenmacher aus Bühl und Umgebung hatten am 6. Oktober 1846 eine Petition bei der II. Ständekammer eingereicht, worin sie sich beschwerten, daß Aufträge für Turm- und Eisenbahnstationsuhren an Ausländer vergeben worden seien, wodurch ihr Gewerbe beeinträchtigt würde. Daraufhin rechtfertigte sich die Direktion des Wasser- und Straßenbaues, welche für jene Uhrenanschaffungen zuständig war, mit der Bemerkung, für diesen Zweck seien besonders präzise Uhren erforderlich. Durch ein öffentliches Ausschreiben sei deshalb eine Konkurrenz eröffnet worden, worauf auch ausländische Uhrmacher reagiert hätten. Das Prinzip der Auswahl hätte sich dabei nicht allein nach dem günstigsten Preisangebot gerichtet, sondern ebenso nach bisher erprobter und erwiesener Tüchtigkeit der Meister. Da dabei der Straßburger Uhrmacher Schwilgué besonders auffiel, entschloß man sich, "...die Lieferung der Uhren, mit Ausnahme der für die Stationen Bühl und Achern, an den hiesigen Uhrmacher Krausbeck unter der Bedingung zu vergeben, daß die Hauptteile der Uhrwerke von dem Mechaniker Schilgué in Straßburg bezogen werden müssen"⁶²⁾. Die Uhren waren zur vollkommensten Zufriedenheit ausgefallen. Dagegen wurden die Uhren der Stationen Bühl und Achern inländischen Uhrmachern übergeben, um dem Vorwurf zu begegnen, das inländische Fabrikat auszuschließen, ohne daß dasselbe erprobt wurde. Bei beiden Uhren waren nachher Klagen über deren unregelmäßigen Gang eingelaufen. Daher glaubte man, in Zukunft bei den erforderlichen Uhrenbestellungen auf diese Petition keine Rücksicht nehmen zu dürfen.

Auch das Innenministerium schloß sich dieser Meinung an. Es schlug daher in seinem diesbezüglichen Bericht an das Staatsministerium vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Eine dritte Bitte des Uhrengewerbevereins betraf die Handhabung des Hausierhandels und den dabei von den Juden getriebenen Wucher. Die Beschwerde ging dahin, daß die Juden durch Tauschhandel mit Wucherpreisen sich von den armen Uhrmachern Uhren und Uhrenbestandteile einhandelten oder ihnen verkauften. Oft sähen sich die Uhrmacher

bei Vorauszahlungen geprellt und versuchten daher ihrerseits nun dasselbe zu tun, indem sie minderwertige Uhren lieferten. Diese würden von den Juden in den Städten teuer verschachert, und dadurch gerieten die Schwarzwalduhren in Mißkredit. Man verlange deshalb vom Innenministerium eine Verordnung, wonach sich

1. kein Jude mehr im Schwarzwald irgendetwas einkaufen dürfe und ihnen das Hausieren verboten würde;
 2. kein Jude sich länger in einem Orte aufhalten dürfe;
 3. sollten Schwarzwälder beauftragt werden mit dem Einsammeln von Lumpen und Metall, und zwar als Alleinberechtigte;
- u. a. m.

Dieser Bitte wurde vom Ministerium aber nicht stattgegeben mit dem Hinweis darauf, daß zur Strafe derartiger Vergehen, wie sie sich die Juden zuschulden kommen ließen, die zuständigen Behörden da seien.

Dieser Judenhaß herrschte nicht allein unter den Uhrmachern, sondern der Wucherhandel und die Betrügereien machten sich überall dort am auffälligsten bemerkbar, wo die Bevölkerung entweder durch die Teuerung infolge der Mißernte oder aus anderen Gründen besonders verarmt war. So machten sich die Juden deren Notlage nutzbar für ihre Geschäfte. Von dieser Seite her sind dann auch die Plünderungen und Ausfälle gegen Judenfamilien im Wirrwarr der Revolutionsbewegung verständlich, welche Hand in Hand gingen mit jenen Aufständen der Bauern gegen die bevorrechteten Adelsfamilien.

Unter dem Gewerbe der Weinbauern und dem Branntweinausschank waren Unzufriedenheiten entstanden durch einen Regierungserlaß vom Oktober 1845, wonach die Führung von sogenannten Bürgerwirtschaften verboten wurde. Es handelte sich hierbei um ein Jahrhunderte altes Recht der Weinproduzenten, alle zwei Jahre aus ihrer Gemeinde eine bestimmte Anzahl von Weinbauern zu wählen, die eigenen angebauten Wein gegen Vergütung ausschenken durften. Im Laufe der Zeit wanderte dieses Ausschankrecht dann reihum. Gegner dieses Geschäftes waren die nicht anbaucnden

Wirte, die sogenannten "Schildwirth", da ihnen durch jene zu viel Umsatz verloren ging. Nach den Angaben jener Schildwirte seien die 'Bürger- oder Winkelwirtschaften' obendrein moralisch verderbt.

Seit der Aufhebung der Bürgerwirtschaften war vielen Weinbauern gerade auch im badischen Rebland großer Verlust dadurch erwachsen, weil nun die Konkurrenz der Bürgerwirte für die Schildwirte wegfiel. "... die sonst einen großen Theil des hier erzeugten Weines aufzukaufen pflegten, um ihn aus den Händen der Bürgerwirte zu bringen"⁶³⁾. Jetzt würden sie diesen liegen lassen und sich zum Ankauf in andere Gegenden wenden. Dadurch seien die Weinproduzenten gezwungen, ihren Wein zu niedrigsten Preisen abzulassen.

Im Januar 1848 richteten die Weingärtner in Heidelberg eine Petition an die II. Kammer, die den "Verzupf des aus ihren eigenen Weinbergen gewonnenen Weines" betraf⁶⁴⁾. Seit dem Anschluß Badens an den deutschen Zollverein fänden die hiesigen Weine keinen Absatz mehr; dies sei das Opfer Badens zugunsten "... einer festeren Vereinigung unseres gemeinsamen Vaterlandes." - Diese Opfer sollten aber nicht nur wenigen auferlegt werden. Zur Erleichterung sollte wenigstens gestattet sein, den selbstgebauten Wein auch im kleinen verkaufen zu dürfen. Der mittlere und geringere Wein eigne sich nicht zum Versand, er sei für die hiesigen Bewohner gedacht. Aber die Weinbauern dürften den Wein nur an Händler verkaufen, die ihn verteuern "und kunstreich verbessern". Hinzu käme, daß der Wein jenseits des Rheins besser, beliebter und auch teurerer sei, und sich daher zum Anbau mehr lohne, während der hiesige sogenannte "berrheinwein" liegen bliebe und so billig abgegeben werden müßte, daß nicht einmal die Baukosten gedeckt würden. Die Petition strebte die Aufhebung der Beschränkung der Verkaufsfreiheit an, damit der Preis "... nicht mindestens zur Hälfte mit dem nicht arbeitenden Wirte oder Weinhändler geteilt werden müsse... 65

Im April 1848 ermächtigte dann das Innenministerium die Regierung des Mittelrheinkreises zur Wiedereröffnung

der Bürgerwirtschaften. Damit war der einen Seite zwar geholfen, aber noch vor Ablauf des Jahres hatten sich die Klagen und Beschwerden der Gegenmeinung, nämlich der Wirte, beim Ministerium schon wieder so gehäuft, daß die Regierung erneut zum Einschreiten genötigt wurde.

Auch dieses Beispiel zeigt wieder, daß es ständig Grund zur Unzufriedenheit gab, und man von der Verwaltung fortwährend sozusagen Patentlösungen erwartete, die alle gleichmäßig befriedigen sollten.

Die Teuerung von 1847 brachte auch unter das Bäcker-gewerbe Unruhen, welches gegen die von der Polizei festgesetzten Brottaxen Beschwerde einlegte. Die Bäcker waren mit dieser Regulierung unzufrieden, da diese Preise zu niedrig seien, sie müßten das Brot über den Preis herstellen und würden zugrunde gerichtet.

Am 10. März 1847 bemerkte die Regierung des Mittelrheinkreises in einem Bericht ans Innenministerium, daß diese Beschwerden gar nicht gerechtfertigt wären. Im Vergleich zu den Jahren 1845/46 seien die diesjährigen Brotproben wesentlich besser ausgefallen, da die Ernte in der Gegend besser gewesen sei. Durch bessere Qualität sei der Mehlpreis gesunken. Zudem sei der Ertrag größer gewesen, und der Nutzen davon solle auch dem gesamten Volke zugute kommen. Diesen wollten aber die Bäcker für sich einstecken, und daher beschwerten sie sich gegen die Brotpreissenkung.

Darauf ordnete das Innenministerium am 19. April 1847 an, daß die Bäckermeister sogleich nach Rastatt einzuberufen seien, um ihnen die Ergebnisse der letzten Mehl- und Backproben zu eröffnen, ihre Einwendungen zu hören und - wenn möglich - gleich durch mündliche Auskünfte dieselben zu berichtigen. Wenn aber die Bäcker auf ihrer Beschwerde bestehen sollten, so sollten sie die Beschwerdepunkte genau festlegen, damit das Ministerium darüber selbst entscheiden könne.

Am 25. April 1847 fand in Rastatt die Besprechung statt. In dem Bericht des Mittelrheinkreises darüber heißt es: Es sei den Rekurrenten überhaupt darum zu tun, daß keine Normen mehr für die Brottaxe aufgestellt werden. Sie ständen auf dem Standpunkt, daß es für das Publikum noch nachteiliger wäre, wenn die Taxe jeweils nach einer Übereinkunft mit den Bäckern festgesetzt würde, als wenn eine Konkurrenz der Zunftgenossen unter sich entstünde. Aber die Regierung meinte, eine solche Konkurrenz käme, wie die Erfahrung lehrte, ja doch nicht zustande, und daher bestand sie weiterhin auf der Verwerfung der Beschwerde.

Wie das Volk zu diesem Problem der Brotpreise stand, erklärt ein Vorfall aus Heidelberg zu Anfang Mai 1847. Es hatte ein Schustergeselle versucht, "... die Leute dahin zu vermögen, daß sie bewaffnet nach Heidelberg ziehen und Gewalttätigkeiten gegen die Bäcker und Mehlhändler verüben sollen..."⁶⁶⁾ Zum Versammlungsort war dann jedoch niemand erschienen. Man hatte den Gesellen ausfindig gemacht und ergriffen. Derselbe war auch geständig. Das war am 5. Mai. Zwei Tage später besagt ein Bericht aus Heidelberg, daß man ernstlich befürchte, die Bewohner werden die Wohnungen der Bäcker plündern, um sich Lebensmittel zu verschaffen. So entstanden an vielen Orten unter den Gewerbetreibenden kleinere und größere Unruhen, die die Regierung wieder auszugleichen hatte.

S c h l u ß

Betrachten wir noch einmal zusammenfassend die Möglichkeiten für ein Unterdrücken der revolutionären Erhebungen in Baden in den letzten zwei Jahren vor dem März 1848 und die Maßnahmen, die der verantwortliche Minister Bekk in jener Zeit einleitete:

Als Ursachen der Unruhen unter den Bürgern treffen viele Motive in jenen Jahren zusammen, die bedingt waren durch die geistesgeschichtliche Entwicklung als Erbe der Aufklärung. Die badische Regierung - stärker als die anderen deutschen Gebiete beeinflusst durch die liberalen Ideen der angrenzenden Länder Frankreich und der Schweiz - galt unter den deutschen Bundesstaaten als die fortschrittlichste und liberalste. Gerade diese Stellung verschaffte ihr aber im Verband des deutschen Bundes, besondere Schwierigkeiten, da ihre den Volksrechten entgegenkommenden Maßnahmen ständig mit Rücksicht auf die politisch noch nicht so weit entwickelten Nachbarstaaten eingedämmt wurden. So mußte es notgedrungen dem Bunde gegenüber zu Konflikten kommen, welche sich besonders in den Pressezuständen zeigten.

Von sekundärer, aber nicht zu unterschätzender Bedeutung waren auch verschiedene Anlässe in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes. Die aufstrebende Industrialisierung hatte auf sozialem und gesellschaftlichem Boden ihr Teil zu der Not und den Unruhen unter den Gewerbetreibenden und den Arbeitern beigetragen. Hinzu kam die Teuerung von 1847 infolge von vorausgegangenen Mißernten, welche besonders auf die an sich arme Bevölkerung im Schwarzwald und Odenwald drückte, wodurch sich die Last der Sonderabgaben in den ehemals reichsunmittelbaren Gutsherrschaften erst recht als Anlaß zu Unruhen bemerkbar machten.

Es zeigten sich aber in Baden auch die großen Widersprüche zwischen den Verfassungsversprechungen und den tatsächlichen Verwaltungszuständen. Einerseits war das Volk schon vorbereitet worden auf eine auf dem Rechtsstaat fußende Mitbestimmung und Mitverantwortung aller

Bürger; andererseits hielt aber die Entwicklung nicht schritt mit den daraus erwachsenden Forderungen. Der Konstitutionalismus konnte noch nicht so konsequent durchgeführt werden, und daher fühlte sich das Volk um viele Verfassungsrechte betrogen. Das führte zu den heftigen Debatten in den Sitzungen der II. Ständekammer.

So viele Verdienste in bezug auf die Entwicklung des Konstitutionalismus sich auch manche der badischen Staatsmänner erworben haben - denken wir nur z.B. an die Geheimräte Winter und Nebenius -, um so verhängnisvoller war jedoch das Regiment des Ministers Freiherr von Blittersdorff, der zum Ende der vierziger Jahre noch einmal mit starker Hand die Verwaltung des Großherzogtums Baden im Sinne des monarchischen Absolutismus zu führen begann. Dadurch wurden die Erfolge, die der Liberalismus in den dreißiger Jahren errungen hatte, wieder weit zurückgeworfen. Der starke Einfluß, den das Blittersdorffsche System vor allem auf die bürokratische Verwaltung in Baden ausgeübt hatte, war aber nicht in so kurzer Zeit wieder auszumerzen. Häusers Charakterisierung der badischen Bürokratie im Vergleich zu den anderen deutschen Staaten erscheint mir sehr zutreffend, wo er behauptet: "Unsere Bürokratie war minder pedantisch, ließ sich mehr gehen, war aber auch nicht so diszipliniert, so regelrecht und gebildet, wie die in anderen Staaten, namentlich in Preussen. Die große Mehrzahl war auch ohne politische Bildung; es beschränkte sich das meiste auf Routine. Nur so ist es erklärlich gewesen, wie ein Teil dieser Bürokratie mit derselben Bereitwilligkeit allen politischen Systemen hat dienen können; brutal und gewaltsam unter Blittersdorff, furchtsam und kraftlos unter Bekk..."¹⁾ Daß Blittersdorff die Parole ausgegeben hatte, man müsse die Beamten wie Instrumente bedienen und nach belieben zerbrechen können, hatte sehr nachteilige Folgen sowohl für die Beamten selbst, indem sie sich der persönlichen Verantwortung enthoben fühlten, sowie auch für das immermehr schwindende Vertrauen der übrigen Bürger. Man berief sich bei jeder Gelegenheit darauf und verursachte dadurch häufig Miß-

verständnisse, die zu dementieren späterhin der Regierung große Schwierigkeiten einbrachten. Es war Blittersdorff auf eine wohl funktionierende polizeiliche Maschinerie angekommen, die mit Schikanen und Raffiniertheit zu arbeiten lernte. Ein auf diese Weise ausgebildetes Beamtenwesen war kein leichtes Erbe, zumal es viel zu tief eingewurzelt war, als daß es in kurzer Zeit hätte umgebildet werden können. Auch unter Nebenius - als Blittersdorff bereits zurückgetreten war - besserten sich diese Zustände nicht, im Gegenteil, sie gewannen ein noch viel verzerrteres Gesicht, da nun unter einem sogenannten S c h e i n-konstitutionalismus die alten Zustände fort dauerten und den Haß zwischen Bürokratie und Bürgerschaft nur verschärften.

Bekk sollte diese Mißstände beheben und darüberhinaus die liberalen Volksforderungen auf schnellstem Wege verwirklichen helfen. Die Stimmung unter den Bürgern hatte hier und da bereits drohende Formen angenommen. Alles drängte auf ein tatkräftiges, rasches Handeln. Man machte Bekk hier den nach meiner Meinung ungerechten Vorwurf, er habe nicht fest genug durchgegriffen, als die gärende Menge sich zu erheben begann. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß er als gesetzlich anerkannter leitender Staatsbeamter nur auf dem Gesetzesboden handeln und seine Maßnahmen verantworten konnte. Als konstitutionell gesinnter gemäßigt Liberaler konnte er nicht die liberalen Forderungen gänzlich unterdrücken, wenn auch seine Maßnahmen in bezug auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sehr wohl beweisen, daß er sich um die Unterdrückung der radikalen Kräfte bemühte.

Nach dem Endergebnis der Erhebungen, nämlich dem endgültigen Sich-durchsetzen der konservativen Mächte war es nachträglich ein leichtes, Bekk einen Mangel an robustem Durchgreifen vorzuwerfen. Es sollte aber nicht außer acht gelassen werden, mit welchem diplomatischen Geschick, mit welcher persönlichen Aufrichtigkeit und juristischen Schärfe und Konsequenz Bekk das Ruder der badischen Regierung in den öffentlichen Diskussionen wie auch in den Schwierigkeiten und Anfeindungen bei den Verwaltungsmaßnahmen

führte. Daß Bekk dem rechtsstaatlichen Denken und dem Konstitutionalismus gedient und ihnen in ihrer Entwicklung nach Kräften weitergeholfen hat, bleibt eine dankenswerte Tatsache, wenn sie auch von den wenigsten seiner Zeitgenossen erkannt und gewürdigt wurde und er dabei seinen 'politischen Ruf' auf's Spiel setzte

A n m e r k u n g e n

Einleitung:

1) Der Name ist bis in die 30er Jahre in der Schreibweise B e c k zu lesen (Ministerialakten); 2) Bekks besonderer Verdienst liegt in seiner Mitarbeit an der Strafprozeßordnung, an der Entwicklung des Pressegesetzes und der Reform der Gemeindeordnung; 3) von Weech: Bad. Biographie, Bd. I, 1875; 4) Heffter, S. 166; 5) Schnabel, Bd. II, S. 177; 6) Personalakten Bekks im G.L.A. Karlsruhe; 7) Heffter, S. 166; 8) Häusser, S. 82; 9) Häusser, S. 30; 10) Personalakten Bekks, G.L.A.; 11) Häusser, S. 54; 12) G.L.A. Haus- und Staatsarchiv VII, Nachlaß Bekk, Brief Bekks an Abg. Dr. Bissing;

Kapitel A:

1) J.B. Bekk, Die Bewegung in Baden, Mannheim 1950; 2) Heinrich von Andlaw, Aufruhr und Umsturz in Baden, Frbg. 1850; 3) bis 5) siehe Bekk, S. 3; 6) Bekk, S. 5; 7) bis 9) Bekk, S. 6; 10) Bekk, S. 7; 11) und 12) Bekk, S. 8; 13) und 14) Bekk, S. 9; 15) vgl. H. Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, S. 344; 16) Bekk, S. 13; 17) Bekk, S. 16; 18) Bekk, S. 21; 19) Bekk, S. 22; 20) Bekk, S. 25; 21) und 22) Bekk, S. 28; 23) Bekk, S. 36; 24) Bekk, S. 38; 25) Heffter, S. 126/127; 26) Heffter, S. 183.4; 27) Heffter, S. 417; 28) Bekk, S. 39; 29) Bekk, S. 50; 30) Heffter, S. 298; 31) Bekk, S. 92; 32) und 33) Bekk, S. 70; 34) Bekk, S. 73; 35) Bekk, S. 64; 36) Bekk, S. 83; 37) Bekk, S. 88; 38) Bekk, S. 354; 39) Bekk, S. 119; 40) von Andlaw entstammt einem alteingesessenen elsässischen Adelsgeschlecht. Zu seinen Vorfahren zählt auch der Staatstheoretiker Peter von Andlaw aus dem 15. s.; 41) und 42) Andlaw S. IV; 43) Andlaw S. 29; 44) Andlaw S. 12; 45) Andlaw S. 13; 46) Andlaw S. 14; 47) und 48) Andlaw S. 1; 49) Andlaw S. 2; 50) Andlaw S. 3; 51) Andlaw S. 5; 52) Andlaw S. 9; 53) Andlaw S. 15; 54) Bekk, Die Bewegung in Baden von 1848 - 1849, Ein Nachtrag, Mannheim 1852, S. 8; 55) Andlaw S. 15; 56) Andlaw S. 20; 57) Andlaw S. 22; 58) Andlaw S. 23; 59) Andlaw S. 24; 60) Andlaw S. 25; 61) Andlaw S. 31; 62) Andlaw S. 32; 63) Andlaw S. 37; 64) Andlaw S. 39; 65) Andlaw S. 38; 66) Andlaw S. 60; 67) Andlaw S. 63; 68) Andlaw S. 65; 69) Andlaw S. 70; 70) und 71) Bekk, Nachtrag S. 16/7; 72) Andlaw S. 74; 73) Andlaw S. 77; 74) und 75) Andlaw S. 79; 76) Andlaw S. 81; 77) und 78) Andlaw S. 166; 79) Andlaw S. 166; 80) Andlaw S. 167; 81) Andlaw S. 168; 82) bis 83) Andlaw S. 171; 84) Andlaw S. 172; 85) Andlaw S. 173; 86) Bekk, Nachtrag S. 201; 87) Bekk, Nachtrag S. 202; 88) Bekk, Nachtrag S. 203);

Kapitel B:

1) L. Häusser, Aufs. in der "Allgemeinen Zeitung" Apr. 1847, abgedruckt in: L. Müller, Die politische Sturm- und Drangperiode Badens I. Teil, Mannheim 1905, S. 127-137; 2) bis 16) Zitate aus Häussers Aufsatz; 17) L. Müller S. 144; 18) siehe Müller S. 115; 19) Abdruck des Programms der "Deutschen Ztg." siehe Müller, S. 179-188; 20) 6. Beilageheft zu den Landtagsprotokollen v. 1846. 18. Sitzung vom

Literatur- und Quellenverzeichnis

=====

A D B Bd. II S. 24

A K T E N des badischen Innenministeriums und des Großherzoglichen Haus- und Staatsarchivs im G.L.A. Karlsruhe;

A n d l a w, Frhr. Heinr. von, Aufruhr und Umsturz in Baden, I. Abt. 1818-1849, Frbg. 1850

A n d r e a s, Willi, Gesch. der bad. Verwaltungsorganisation u. Verfassung, in den Jahren 1802-1848, Bd I, Lpz. 1913

B a d e r, Jos., Badische Landesgeschichte, Frbg. 1834²⁾

B a d i s c h e s R e g i e r u n g s b l a t t, Jahrg. 1830-48

B a d. R e g. - B l a t t, 1849 (Nr. 1 - 19, 16 Mai bis 23. Jun.

B e k k, Joh. Bapt., Die Bewegung in Baden, Mannheim 1850

ders. Die Bewegung in Baden von 1848-1849, Ein Nachtrag, Mannheim 1852

ders. Das Großherzogl. Badische Pressgesetz vom 15. Febr. 1851 mit Erläuterungen, Karlsru. 1851

ders. Mündliche Vorträge über die Großherzogl. Badischen Strafgerichte, einschl. der Schwurgerichte und das Verfahren derselben. Karlsruhe, 1851

B i n g n e r, Dr. A. Literatur über das Großherzogtum Baden in allen seinen staatlichen Beziehungen von ca. 1750-1854, Karlsru. 1854

C o d e N a p o l é o n, mit Zusätzen und Handelsgesetzen als Landrecht für das Großh. Baden, Karlsruhe 1809

E r s t e s C o n s t i t u t i o n s e d i k t die kirchliche Staatsverfassung des Großh. Badens betreffend, Karlsruhe, 1807

F e d e r e r, Dr. Jul., Beiträge zur Gesch. des bad. Landrechts in: Baden im 19. und 20. s., verfassungs- und verwaltungsgerichtl. Studien, Bd. I, 1948

G o l d m a n n, Rud., Die rechtlichen Grundlagen der bad. Gewerbegesetzgebung im 19. s. Frbg. Diss. 1953

H a a s, Ernst, Die Selbstverwaltung der bad. Gemeinde im 19. s. Frbg. 1947

H ä u s s e r, C. Die bad. Handwerkerbewegung von der Einführung der Gewerbefreiheit bis zur Gegenwart 1842-1917 Mannh. 1917 (Festschrift)

- Mackert , J.A., Von der peinlichen Prozedur zum Anklageprozeß in: Baden im 19. und 20. s., Verfassungs- und Verwaltungsgeschichtl. Studien, Karlsr. 1950
- Marcks , Erich, Der Aufstieg des Reiches, (1907-1871/78)
2 Bde.
- Martens . W. Badische Geschichte, Karlsr. 1909
- Müller , Leonh., Die politische Sturm- und Drangperiode Badens, 1. Teil 1840 - 1848, Mannh. 1905
- ders. Badische Landtagsgeschichte, 4 Teile (1819-1840)
Berlin 1900 - 1902
- Rassow , Peter, Handbuch der dt. Gesch., Gewerbe und Industrie S 436 ff
- Reichlin-Melddegg , Jos. Frhr. von, Aus den Erinnerungen eines badischen Beamten, Frbg. 1872
- Rhein , Karl. Wilhelm Nock, Ein badischer Staatsmann, Mü. 1955
- Schmitt , Herb., Das vormärzliche Staatsdenken und die Revolution von 1848/49 in Baden, ersch. in: Baden im 19. und 20. s., Verfassungs- und Verwaltungsgeschichtl. Studien, Karlsr. 1950
- Schnabel , Franz, Ludwig von Liebenstein, Ein Geschichtsbild aus den Anfängen des süddt. Verfassungslebens, Karlsr. 1927
- ders. Sigismund von Reitzenstein, Der Begründer des bad. Staates, Heidelbg. 1927
- ders. Geschichte der Ministerverantwortlichkeit in Baden, Karlsruhe 1922
- ders. Deutsche Geschichte in 19. s., 4 Bde, Frbg. Bd. I
3¹⁹⁴⁷, II ²1949, III ²1950, IV ²1951
- Stadelmann . Rud., Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948
- Stadelmann/Fischer , Die Bildungswelt des dt. Handwerkers um 1800, 1955
- Struve , Gustav von, Aktenstücke der Zensur des Großherzogl. Bad. Regierungsrates von Uria - Sarachaga, (Eine Rekurschrift an das Publikum), Mannh./Heidelbg. 1845
- Platz , C.F., Zur Streitfrage Zwischen Staatsrat Bekk und Freihr. v. Andlaw, Mannh. 1852
- Weech , Friedr. von, Badische Geschichte, Karlsr. 1896
- ders. Badische Biographien Bd. I, 1875

W_e_i_z_e_l , Dr.G., Das Badische Gesetz vom 5 10 1863 über
die Organisation der inneren Verwaltung mit den
dazu gehörigen Verordnungen, samt geschichtl
Einleitung und Erläuterungen. Karlsruhe 1864

.. W_i_n_d_e_l_b_a_n_d , Dr.Wolfig : Die Verwaltung der Markgraf-
schaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs,
Lpz. 1916

Z_G_O (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins), ver-
schiedene Jahrgänge

L e b e n s l a u f

Am 30. Juli 1932 wurde ich als Tochter des Rechtsanwaltes Dr. Herbert Scholtissek und seiner Ehefrau Maria, geb. Stephan als viertes Kind in Dortmund geboren. Ich bin katholisch. Nach vierjährigem Grundschulbesuch in Dortmund-Brakel bestand ich im Sommer 1943 die Aufnahmeprüfung auf die Hedwigschule, Städt. Oberschule für Mädchen in Neisse. Ein Jahr darauf wurde mein Schulbesuch infolge des Krieges für zwei weitere Jahre unterbrochen. Am 23.8.1946 wurde ich in die dritte Klasse der Goethe-Oberschule für Mädchen in Dortmund aufgenommen und bestand dort am 25.2.1953 meine Reifeprüfung. Im gleichen Jahr erfolgte die Übersiedlung meiner Eltern von Dortmund nach Baden-Baden. Nach einem halbjährigen Volontariat beim Südwestfunk in Baden-Baden wurde ich im Herbst 1953 für zwei Semester an der Universität Freiburg in der Philosophischen Fakultät immatrikuliert. Meine Fächer waren Deutsch, Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte. Nach zwei weiteren Semestern an der Universität Köln studierte ich seit dem Wintersemester 1955/56 an der Universität München. Meine Promotionsfächer sind neuere Geschichte, mittlere Geschichte und Deutsch.

Meine akademischen Lehrer waren: in Freiburg - die Herren Professoren Bauch, Bauer, Baumann, Maurer, Max Müller, Rehm, Ruprecht, Schuchhardt, Tellenbach, Erik Wolf und Zeeden; in Köln - Alewyn, Emrich, Kauffmann, Klinkenberg, Kallen, Schieder, Speiser, Volkmann-Schluck und Wilpert; in München - Dempf, Deku, Gollwitzer, Guardini, Hederer, Höfler, Kuhn, Kunisch, Leist, Rosenfeld, Schnabel, Spindler, Spörl und Stepun.

Die Dissertation ist unter der Leitung von Herrn Professor Schnabel entstanden.

Marietheres Scholtissek

München, den 10. Januar 1959

